



65. Sitzung

Mittwoch, 10. November 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Änderung der Tagesordnung

4041

Aktuelle Stunde

4041

Fraktion der CDU:

Winterdienst: Hamburg ist gut aufgestellt

Jörn Frommann CDU	4041
Ole Thorben Buschhüter SPD	4042
Martina Gregersen GAL	4043
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	4044
Anja Hajduk, Senatorin	4045
Jörg Hamann CDU	4046

Fraktion der SPD:

HSH Nordbank – Skandale ohne Ende: Auch Senator Frigge ist Teil des Problems und nicht der Lösung

Michael Neumann SPD	4047, 4053
Thies Goldberg CDU	4048, 4056
Jens Kerstan GAL	4049
Dora Heyenn DIE LINKE	4050
Carsten Frigge, Senator	4051, 4054
Roland Heintze CDU	4054
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	4055
Thomas Völsch SPD	4055
Dr. Peter Tschentscher SPD	4057

Fraktion der GAL:

Verlässliche Ganztagsbetreuung und -bildung – Nachmittagsangebote für alle Schülerinnen und Schüler

(Fortführung am 11.11.2010)

Fraktion DIE LINKE:

Die unsoziale, umwelt- und klimateindliche HVV-Preiserhöhung stoppen, den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen!

(Fortführung am 11.11.2010)

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Beibehaltung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen

– Drs 19/7673 – 4058

Barbara Ahrons CDU	4058
Ingo Egloff SPD	4059
Jens Kerstan GAL	4059
Elisabeth Baum DIE LINKE	4060
Ian Karan, Senator	4060

Beschluss 4061

Antrag der Fraktion der SPD:

Massive Einsparungen bei Arbeitsmarktmitteln und falsche Akzentsetzung durch team.arbeit.hamburg – die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg muss transparent und nachvollziehbar sein
– Drs 19/7670 –

– Drs 19/7670 – 4061

Elke Badde SPD 4061, 4070

Hjalmar Stemmann CDU 4063

Antje Möller GAL 4064, 4069

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE 4065, 4071

Ian Karan, Senator 4067, 4071

Elisabeth Baum DIE LINKE 4068

Beschluss 4071

Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

"Neue Mitte Altona" – ein neuer Stadtteil für das 21. Jahrhundert

– Drs 19/7674 – 4071

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Neue Mitte Altona – Mitbestimmung von Bezirk und Bürger/-innen verbindlich sichern und Wohnungsnot lindern

– Drs 19/7808 – 4071

Horst Becker GAL 4071, 4077, 4081

Hans-Detlef Roock CDU 4073

Arno Münster SPD 4074

Norbert Hackbusch DIE LINKE 4075, 4081

Andy Grote SPD 4078, 4080

Anja Hajduk, Senatorin 4079

Beschlüsse 4082

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Wo bleibt der Senatsbericht zu den Atomtransporten?

– Drs 19/7672 – 4082

Dora Heyenn DIE LINKE 4082, 4089

André Trepoll CDU 4085

Dr. Monika Schaal SPD 4086

Jenny Weggen GAL 4087

Beschluss

4089

Antrag der Fraktion der SPD:

Evaluation der Hochschule der Polizei noch in den Haushaltsberatungen vorlegen

– Drs 19/7671 – 4089

Dr. Andreas Dressel SPD 4089

Kai Voet van Vormizeele CDU 4091

Antje Möller GAL 4091

Christiane Schneider DIE LINKE 4092

Beschluss 4094

Beginn: 15.03 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt 6 vertagt werden soll. Es handelt sich dabei um die Große Anfrage der CDU-Fraktion aus Drucksache 19/7521, die ursprünglich heute als zweiter Debattenpunkt vorgesehen war.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Winterdienst: Hamburg ist gut aufgestellt

von der SPD-Fraktion

HSH-Nordbank – Skandale ohne Ende:
Auch Senator Frigge ist Teil des Problems
und nicht der Lösung

von der GAL-Fraktion

Verlässliche Ganztagsbetreuung und -bildung –
Nachmittagsangebote für alle Schülerinnen und Schüler

und von der Fraktion DIE LINKE

Die unsoziale, umwelt- und klimafeindliche
HVV-Preiserhöhung stoppen, den öffentlichen
Nahverkehr ausbauen!

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Frommann hat das Wort.

Jörn Frommann CDU: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst wünsche ich uns erst einmal zwei spannende und ertragreiche Tage.

(Beifall bei *Martina Gregersen* GAL und *Thomas Böwer* SPD)

– Ich wusste, dass dann hier alle aufwachen.

Nachdem sich nunmehr in der Stadt und auch bei uns auf dem Lande gezeigt hat, dass der Frost gekommen ist und der Winter sich langsam einstellt, ist es aus unserer Sicht noch einmal Anlass genug, das Thema Winterdienst aufzugreifen und uns hier damit zu beschäftigen.

(Zuruf von *Jan Quast* SPD)

Wer erinnert sich nicht an den Extremwinter 2009/2010, Herr Quast, der im Wesentlichen durch extreme Temperaturen und Schneemengen geprägt war: fünfmal so hohe Neuschneemengen, fünfmal so viele Tage mit Neuschnee, fünfmal so

viele Eistage im Vergleich zum Durchschnitt der zehn Jahre davor, deutlich niedrigere Durchschnittstemperaturen und 50 Prozent mehr Frosttage. Zu was hat das geführt? Es hat letztendlich zu der Überforderung des bisherigen Winterdienstes geführt, das haben wir hier hinlänglich und häufiger debattiert mit den bekannten und viel diskutierten Folgen. Da war zum einen die Gefährdung der Verkehrssicherheit und der Gesundheit der Menschen, es waren die vielen öffentlichen Flächen, die kaum passierbar waren durch diese Situation, und es waren insbesondere für die älteren und behinderten Bürger sowie die Radfahrer die Probleme bei der Fortbewegung. Bereits mit dem durch den Altbürgermeister von Beust einberufenen Eisgipfel wurde deutlich, dass die Winterdienstkonzeption Hamburgs einem solchen Extremwinter, wie er seit rund 30 Jahren nicht mehr vorgekommen ist – das wissen viele hier –, nicht gewachsen ist und angepasst werden muss. Wir wissen alle, woher diese alte Konzeption kommt; damals war ein gewisser Herr Wagner Senator.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Monika Schaal* SPD: Ach du grüne Neune!)

– Ich weiß, Sie können sich nicht mehr daran erinnern, aber es gab ihn.

Die Bürgerschaft hat am 10. Februar, also einen Tag nach dem Gipfel, den Senat ersucht, dieses Konzept zu evaluieren in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, mit den Einwendungen der Bürger, aber auch insbesondere mit den Bezirken. Dieses Ergebnis wurde uns nun im Oktober vorgestellt und nach der Vorstellung bleibt eines festzuhalten: Der Senat hat seine Hausaufgaben vorbildlich gemacht und Hamburg geht gut gerüstet in den nächsten Winter.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Allerdings, Frau Senatorin, für die Eins mit Sternchen reicht es nicht ganz, darüber müssen wir noch einmal sprechen.

Die identifizierten Problemfelder wurden durch das neue Konzept weitestgehend identifiziert und die berechtigte Kritik der Bürgerinnen und Bürger, die im vergangenen Winter vorgebracht wurde, wurde aufgegriffen. So sieht Politik aus, die sich am Wohlbefinden der Bürger orientiert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wesentliche Eckpfeiler dieses überarbeiteten Konzepts will ich hier kurz noch einmal erwähnen. Da ist zum einen die Zuständigkeitskonzentration. Wir hatten das Problem, dass an vielen Schnittstellen – ich brauche gar nicht an die Bushaltestellen oder Ähnliches zu erinnern – einfach die Zuständigkeit nicht einwandfrei geklärt war

(*Ingo Egloff* SPD: Wieso? Herr Röder hat das doch einwandfrei geklärt!)

(Jörn Frommann)

und deswegen die Situation eingetreten ist, dass Schnee und Eis liegen geblieben sind.

Diese Lücke wird durch das neue Konzept geschlossen, insbesondere im Bereich der Bushaltestellen, und die anliegerfreien Straßen, die uns auch vielfach beschäftigt haben, sind ebenfalls als Lücke geschlossen worden. Das Know-how wird optimal komprimiert und die Bezirke haben Zeit, einem anderen Part ihrer Aufgabe, nämlich der Ahndung von Missständen, wenn Anlieger ihre Straßen nicht räumen, nachzukommen. Wir haben ein verbessertes Management der Winterdienstfirmen vorgenommen und ein zentrales Streustoffkonzept entwickelt, auch wenn nicht jeder unbedingt mit den neuen Containern leben kann. Eines muss aber klar bleiben: In den Anliegerstraßen bleibt es nach wie vor bei der Verantwortlichkeit der Anlieger; das wird sich nicht verändern.

Wir haben einen weiteren Schwerpunkt im Fußgängerverkehr. Hier werden wir dafür Sorge tragen, dass die Fußgängerwege auf den anliegerfreien Gehwegstrecken, Brücken und Plätzen ebenso wie in Grünanlagen künftig freigehalten werden. Ein weiterer Schwerpunkt des neuen Konzepts ist die Nutzbarkeit des ÖPNV. Mehr Winterdienst auf den Zuwegungen und vor allen Dingen Winterdienst an allen 4000 Bushaltestellen ist ein wirklicher Fortschritt in dem Bereich und sichert in solchen Extremsituationen die Gesundheit der Bürger.

Ein Schwerpunkt wird aber auch die bessere Information und Überwachung der Anlieger sein, das hatte ich eben schon erwähnt. Hier muss die Ahndung aus meiner Sicht allerdings mit Augenmaß geschehen und hier ist die Stadtreinigung, die in Zukunft in dieser Zuständigkeitskonzentration diese Aufgabe mit übernehmen wird, gefordert, das im Auge zu behalten.

(Glocke)

– Ich sehe schon, Herr Präsident, vielen Dank.

Ein Schwerpunkt sind auch die Radwege, dazu wird aber die Kollegin Gregersen sicherlich gleich noch etwas sagen. Die Mobilität und die Sicherheit der Menschen werden in Zukunft in solchen Extremsituationen weiter gewährleistet sein und Hamburg befindet sich insofern auch weiterhin in guten Händen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Bisher nicht!)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg ist gut aufgestellt, so lautet der Titel der Aktuellen Stunde, aber was wie eine Feststellung klingt, ist nicht mehr als

die Hoffnung, dass sich das Eischaos, mit dem der Senat im letzten Extremwinter wochenlang hilflos zu kämpfen hatte, im nächsten Winter nicht wiederholt.

(Beifall bei der SPD – Martina Gregersen GAL: Auch mal nach Berlin schauen!)

Wir wollen uns in Erinnerung rufen, wie es vor zehn Monaten in der Hansestadt aussah. Schnee und Eis hatten von der Stadt Besitz ergriffen und viele Gehwege waren nur unter schwierigsten Bedingungen passierbar. Viele ältere Menschen waren wochenlang in ihren Wohnungen quasi gefesselt

(Jörn Frommann CDU: Gefesselt? Hallo?)

und trauten sich nicht mehr auf die Straße. Nebenstraßen waren ebenfalls häufig nicht mehr passierbar, Prellungen und Knochenbrüche waren die Folge. Wochenlang sahen der Senat und seine Behörden zu, stets hoffend, morgen käme die große Schneeschmelze und alles würde besser werden. Aber es wurde nicht besser. Wochenlang dauerte es, bis der Eisgipfel einberufen wurde und die vielen staatlichen Akteure – Sie haben es eben beschrieben – an einen Tisch zu bekommen waren. Dann setzte langsam Besserung ein, aber das Allergrößte war zu dem Zeitpunkt auch schon überstanden. Viel zu spät bekam der damalige Erste Bürgermeister mit, dass in der Stadt der Notstand ausgebrochen war

(Ingo Egloff SPD: Wenn man auf Sylt ist, kann man das auch nicht mitbekommen!)

und versprach am Rande des Presseballs, während sich draußen die Bürger die Knochen brachen, im nächsten Jahr werde alles besser. Am Ende bleibt vor allem eine Erinnerung an den letzten Winter: Der Senat und seine Behörden haben versagt; nicht auszumalen, was passiert, wenn ganz andere Katastrophen über Hamburg hereinbrechen sollten. Sind wir für solche Fälle dann gut aufgestellt?

(Beifall bei der SPD)

Die Neukonzeption des Winterdienstes, wie sie vor drei Wochen im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung, keine Frage, aber sie setzt auf Lücke, denn teilweise bleibt es bei Ankündigungen.

(Jörn Frommann CDU: Welche Lücke?)

Das Gute vorweg: Es ist richtig, die Kompetenz für den Winterdienst bei der Stadtreinigung zu bündeln, denn dort ist tatsächlich eindeutig die Kompetenz. Damit liegt die Behörde aber auch genau auf der Linie des SPD-Antrags, den CDU und GAL im Juni noch rundweg abgelehnt hatten.

(Beifall bei der SPD)

(Ole Thorben Buschhüter)

Überhaupt wirkt die Neukonzeption des Winterdienstes zu einem großen Teil von dem abgeschrieben, was die SPD-Fraktion schon im April vorgelegt hatte.

(Jörn Frommann CDU: Das ist skandalös!)

– Das ist nicht skandalös, sondern dabei können Sie noch lernen. Sie sprachen eben davon, das sei Politik, die nahe am Bürger ist. Wenn Sie häufiger bei uns abschreiben, lernen Sie etwas dabei.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Bitte dämpfen Sie die Gespräche und Zurufe ein kleines bisschen, Herr Buschhüter wird hier gar nicht verstanden.

(Jörn Frommann CDU: Bisher hat er nichts gesagt!)

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): – Dass die CDU das nicht hören will, kann ich verstehen.

Zu den Punkten, die wir schon im April vorgestellt hatten, zählten auch die Reinigung von sehr wichtigen Radwegen, wie jetzt im Konzept enthalten, die Reinigung von bestimmten Verbindungswegen in Grünanlagen, einheitliche Maßstäbe für den Fall, dass einige ihrer Winterdienstpflicht nicht nachkommen, und die bessere Information der Anlieger über ihre Winterdienstpflichten im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne. Aber gerade da wird das Konzept schon wieder zur Farce. Im Ausschuss haben wir gehört, dass die Broschüre – und dieser Info-Flyer ist durchaus lobenswert – nur in einer Auflage von 15 000 Stück gedruckt werden soll, und es ist mir unerklärlich, wie Sie damit alle Anlieger wirklich informieren wollen. Sinnvoll wäre es doch gewesen, jeden Anlieger zum Beispiel mit dem Müllgebührenbescheid zu informieren, damit sich keiner mehr herausreden kann, er wisse nicht Bescheid.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unverständlich ist uns schließlich, wie es angehen kann, dass die Neukonzeption des Winterdienstes nicht in vollem Umfang bereits zur bevorstehenden Wintersaison umgesetzt werden soll. Die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen im Wegegesetz und im Grünanlagengesetz werden bloß angekündigt und sollen erst im nächsten Jahr erfolgen. Hier regiert wieder das Prinzip Hoffnung, dass es hoffentlich nicht so schlimm wird wie im letzten Jahr. Aber was, wenn doch? Am Ende bleibt vor allem eine trübe Aussicht, dass nämlich die Eiszeit, die zurzeit in der Koalition herrscht, von der ganzen Stadt Besitz ergreift

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja ganz clever!)

und dass die mit sich selbst beschäftigten Koalitionsäre erneut tatenlos die Stadt ihrem Schicksal überlassen. Das ist schlecht für unsere Stadt und so einen Senat können wir nicht gebrauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird von einer Eiszeit gesprochen, heute auch von einer Eiszeit in der Koalition.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ihnen ist ganz schön heiß geworden!)

Herr Kollege Buschhüter, da interpretieren Sie zu viel hinein. Es mag für Sie vielleicht nett sein, auf eine Eiszeit zu hoffen und dem Senat Versagen vorherzusagen, aber eine Eiszeit herrscht bei uns in der Koalition nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hamburg ist gut aufgestellt und vorbereitet, wir sind quasi für den nächsten Winter rutsch- und wetterfest und das war zugegebenermaßen beim letzten Mal nicht so der Fall. Deshalb haben GAL und CDU im Februar dieses Jahres auch den Senat aufgefordert, den Winterdienst neu zu gestalten und aus den Fehlern und Erfahrungen zu lernen.

(Ingo Egloff SPD: War Herr Maaß da schon zuständig?)

Dies hat der Senat nun vorbildlich gemacht, auch wenn die Opposition natürlich immer versucht, irgendetwas zu kritisieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Senat stellte uns im letzten Stadtentwicklungsausschuss am 20. Oktober dann auch das Konzept dar. Klar war der letzte Winter hart und hat zu vielen Unannehmlichkeiten und leider auch zu Verletzungen und Unfällen geführt. Besonders ältere und behinderte Menschen waren in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Ich vermag auch nicht zu sagen, wie dieser Winter wird,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es soll kalt werden!)

ob er wieder so extrem kalt und mit erheblichem Schneefall daherkommen wird wie der letzte. Letztes Mal war auch keiner daran gewöhnt und es hatte sich keiner richtig vorbereitet. Sie führen an, dass der Senat unvorbereitet war, aber ehrlich gesagt war doch der ganze Norden weithin bis Berlin unvorbereitet und, Herr Kollege Buschhüter, Häme hilft nicht gegen Glatteis, es hilft auch nicht, nach vorne zu schauen.

(Martina Gregersen)

(Ingo Egloff SPD: Das stimmt!)

Warum haben denn zum Beispiel die Bezirksamtsleiter auch der rot geführten Bezirksbürgerhäuser hier nicht einmal gesagt, dass sie Hilfe brauchen oder von der Situation überfordert waren? Da müssen Sie sich vielleicht auch einmal an Ihre Nase fassen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Schuld ist nicht die Umweltbehörde; das ist doch Quatsch!)

Die BSU hat sich den Sommer über mit allen Akteuren und relevanten Menschen in diesem Bereich ausgetauscht, Beschwerden und Situationsbeschreibungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Erfahrungen der Wegewarte und der bezirklichen Ordnungsdienste ausgewertet und das alles in das Konzept mit einfließen lassen. Die Analyse zeigte schnell und deutlich, dass es zu viele Akteure gab und nicht alles super vorbereitet war. Es gab lange anliegerfreie Strecken, auch in Grünanlagen, die doch wichtig sind und die nicht geräumt wurden. Ein weiteres Manko war, dass Radwege über Wochen nicht geräumt wurden, da gab es bei uns dann viele Beschwerden. Teilweise wurde der Schnee dann auch auf die Radwege geschoben, wenn geräumt wurde.

Nun sind aber die Lösungsansätze ganz klar definiert worden. Die Zuständigkeit liegt bei der Stadtreinigung. Für Unvorhergesehenes gibt es eine schnelle mobile Einsatztruppe, der Winterdienst auf Gehwegen wird flächenmäßig auch noch erweitert und Verbindungen, die vorher nicht gestreut wurden, werden nun gestreut, wenn sie relevant sind. Es gibt neue dezentrale Streugutbehälter, damit man besser verteilen kann, das Vorratsvolumen an Sand und Granulat hat sich deutlich vergrößert. Und auf die Benutzbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere auf die Schnellbahnhaltestellen und die 4000 Bushaltestellen, wird jetzt ganz besonders geachtet. Es war schwierig; TEREG war hier zuständig, der nächste dort und was war dazwischen? Jetzt läuft es aus einer Hand und wir werden sehen, dass es besser wird.

Aber es gab auch Anwohner, die ihrer Räumspflicht nicht nachkamen. Hier ist es so, dass wir jetzt besser informieren wollen und die Bürger, falls sie gegebenenfalls immer noch nicht räumen, dazu aufgefordert werden. Wenn das nicht hilft, könnte man das eventuell auch einmal kostenpflichtig für sie vornehmen. Denn da gab es letztes Jahr erhebliche Defizite, wie ich auf meinem Weg zum Bahnhof feststellen konnte. Natürlich kostet so viel Schnee- und Eisreinigung auch viel Geld, aber das haben wir für den nächsten Haushalt eingeplant und wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass wir das auch ausgeben wollen und dass es wichtig ist.

Neu ist, dass 180 Kilometer Radwegenetz – nämlich die wichtigsten innerstädtischen Trassen, aber auch ein kleines Teilnetz in Bergedorf und Hamburg – geräumt werden sollen. Das ist noch nicht die ganze Fläche, die man sich wünschen würde, aber man muss da auch realistisch sein, alles könnten wir uns nicht leisten. Dort, wo Straßen gar nicht befahrbar sind, dürfen die Radfahrer dann auch einmal auf die Fußwege ausweichen. Ich mahne natürlich auch die Radfahrer, sich auf die Witterungsverhältnisse auch beleuchtungsmäßig einzustellen und auch auf Fußgänger Rücksicht zu nehmen.

Um Rücksichtnahme bitte ich eigentlich alle. Im letzten Winter habe ich gemerkt, dass viele gerne meckern, aber auch nicht selbst einmal Besen und Schaufel in die Hand nehmen. Dazu möchte ich die Leute auffordern und ich möchte die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auch bitten, beim Schneeräumen wirklich einen Meter Breite frei zu halten, damit Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, aber auch Menschen mit Rollatoren und Gehhilfen durchkommen können.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Sehen Sie das blinkende Licht?

Martina Gregersen (fortfahrend): Ich sehe das Licht und ich bitte dann darum, dass wir alle tatkräftig informieren, aufklären und älteren Menschen helfen, aber auch einmal selbst den Besen in die Hand nehmen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Neukonzeption des Winterdienstes durch die BSU ist für die Linksfraktion eine pure Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie an dieser Stelle ausdrücklich betonen, Herr Frommann und Frau Gregersen, dass der Senat seine Hausaufgaben nicht nur gemacht, sondern vorbildlich gemacht habe, lässt nur den Schluss zu, dass das nicht der Normalfall ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Sie müssen schon gute Gründe haben, dieses Thema, das im Stadtentwicklungsausschuss – jedenfalls nach meiner Wahrnehmung – völlig unstrittig war, hier als aktuelles Thema anzumelden

(Ingo Egloff SPD: Die haben nichts anderes!)

(Dr. Joachim Bischoff)

und daraus einen politischen Erfolg ableiten zu wollen.

Frau Gregersen und Herr Frommann, die Bausteine dieser Konzeption, also Konzentration der Zuständigkeiten, Bevorratung des Streuguts und Erweiterung der Zuständigkeiten für die Stadtreinigung, waren völlig unstrittig. Es ist ausdrücklich positiv hervorzuheben, dass jetzt die Stadtreinigung auch Gehwege in einem bestimmten Umfang mit einbeziehen wird, und selbstverständlich begrüßen wir auch, dass die Haltestellen des ÖPNV mit einbezogen sind. Es ist auch ganz klar ein Fortschritt, dass der Winterdienst künftig einen Blick auf die ausgewählten Radwege haben wird. Dieses Ganze ist zum einen eine Selbstverständlichkeit, aber – das wird jeder im Haus wissen – das kostet auch etwas. Es bestand im Stadtentwicklungsausschuss – ich sage das auch für unsere Fraktion – Einvernehmen, dass diese höheren Finanzmittel bereitgestellt werden müssen. Das sind durch die Leistung des Umbaus immerhin knapp 2 Millionen Euro mehr. Insofern werden wir für einen durchschnittlichen Winter, auf den Hamburg sich bestimmt einrichten kann, 10 Millionen Euro ausgeben müssen; das ist alles unstrittig.

Kritisch anzumerken ist an dieser Stelle – dass Sie gut aufgestellt sind, werden Sie nicht so ohne Weiteres von der Opposition hören –, dass es nach wie vor Klagen über die Schäden und Schlaglöcher in Hamburgs Straßen gibt.

(Jörn Frommann CDU: Das ist ja kein Winterdienst!)

Obwohl wir da gemeinsam eine ganze Menge auf den Weg gebracht haben, sind sie aber nur zu einem kleineren Teil behoben. Frau Gregersen, wir müssten uns unabhängig vom Winterdienst auch noch einmal stärker auf die Frage der Qualität der Radwege konzentrieren. Damit meine ich gar nicht unbedingt die Radwege, die als selbstständige Trassen angelegt sind, sondern auch die auf der Straße.

Ein letzter Punkt soll bei dieser Debatte noch in Erinnerung gerufen werden. Wir haben noch einen großen Berg unerledigter Schadensersatzansprüche und Klagen gegen die Stadtreinigung und die Bezirke vor uns. Insofern sieht man, dass da durchaus noch einiges zu tun ist. Ich hoffe, dass das im nächsten Winter anders läuft. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Senatorin Hajduk hat das Wort.

Senatorin Anja Hajduk:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verlauf der Debatte bringt mich zu dem Schluss, dass ich hier nun wirklich nicht mehr die verschiedenen Punkte aufzählen muss. Wir haben auch im Stadtentwicklungsaus-

schuss ausführlich darüber gesprochen, wie wir den Winterdienst neu aufstellen wollen und dass wir das tun müssen. Da sind wir uns alle einig. Deswegen möchte ich das von meiner Seite auch durchaus kurz halten, aber auf zwei, drei Punkte noch einmal hinweisen. Bei unseren acht Änderungspunkten gab es eine klare Diagnose; das Hauptproblem waren unübersichtliche und in vielerlei Hinsicht eben ausdifferenzierte Zuständigkeiten. Wir haben die Aufgabe des Winterdienstes zentralisiert und von den Bezirken zur Stadtreinigung verlagert, weil wir auch schon in dem letzten, extremen Winter die Erfahrung gemacht haben, dass die Stadtreinigung in ihrem Zuständigkeitsbereich ihre Aufgabe sehr verlässlich und kompetent wahrgenommen hat. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einen Aspekt betonen, der uns vielleicht in anderen Feldern noch einmal beschäftigt. Diese zentrale Steuerung durch die Stadtreinigung in einem für die Bürgerinnen und Bürger in Winterzeiten sehr wichtigen Feld ist ein Beispiel dafür, dass eine zentrale Lösung auch eine sehr bürgernahe Politik sein kann.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Jens Kerstan, beide GAL)

Das erwähne ich hier noch einmal, weil wir in der Diskussion um Zentralisierung und Dezentralisierung häufig eine Gleichsetzung haben, dass das eine per se bürgernah sei. In diesem Fall ist die steuerungskompetentere die zentrale Lösung; das möchte ich in dieser Debatte nur noch einmal betonen. Ich bin froh, dass wir uns bei diesem Beispiel einig sind. Das gilt nicht grundsätzlich, aber es gibt solche Beispiele und das ist mir ganz wichtig für die Debatte, die wir vielleicht sonst noch führen.

Das Ausweiten des Winterdienstes auf Gehwegen ist von Ihnen schon beschrieben worden, ich will es nicht wiederholen, aber die Freiheit und die Souveränität der Menschen, sich im Winter zu bewegen, hat eben auch ganz viel mit dem sicheren Nutzen des öffentlichen Nahverkehrs zu tun. Deswegen ist das auch ein besonderer Schwerpunkt, ebenso wie wir das Thema des Radverkehrs, nicht zuletzt auch aufgrund der Diskussion mit Ihnen, aufgenommen haben, um dafür ein zusätzliches Angebot zu schaffen. Das Thema der zentralen Steuerung des Streustoffkonzeptes ist ebenso Gegenstand des Acht-Punkte-Plans.

Eine Sache darf man nicht verschweigen und vergessen: Natürlich wird es auch weiterhin den Aspekt der Anliegerverantwortung geben, dass man nicht das Winterthema als ein per se durch die Stadt gelöstes Problem betrachtet. An dieser Stelle werden die Bezirksämter weiter in der Verpflichtung sein und sie haben sich sehr entschlossen darauf vorbereitet, einheitlich und auch konsequenter vorzugehen, wenn Anlieger ihren Pflichten nicht in der nötigen Weise nachkommen. Insofern hoffe ich, dass wir uns gut vorbereitet haben auf

(Senatorin Anja Hajduk)

diesen Winter. Es ist richtig, dass wir die Bürgerschaft noch einmal mit Gesetzesänderungen befassen wollen und die werden in diesem Winter hier auch eingespeist. Das ist vorhin von Herrn Buschhüter ein bisschen kritisch nachgefragt worden. Die Kompetenz, Gesetze zu ändern, liegt in diesem Hause und dann wollen wir das auch mit der gebührenden Sorgfalt tun.

Richtig ist, dass wir mehr Geld brauchen für den Winterdienst. Das ist in Zeiten, in denen man mit Haushaltsmitteln sorgsam umgehen muss, eben keine Selbstverständlichkeit. Richtig ist auch, dass für die Folgen des Winters im Straßenbereich auch deutlich mehr Mittel vorgesehen wurden, nicht zuletzt durch Anträge aus der Bürgerschaft, was ich richtig finde. Diese Prioritätensetzung haben nicht nur in diesem Jahr vorgenommen, sondern auch für die Zukunft im Doppelhaushalt, sowohl was den Winterdienst als auch die Sanierungskosten für die Straßen betrifft. Sie wissen selbst, dass in der ganzen Bandbreite der Zuständigkeit unseres Haushalts solche neuen und zusätzlichen Schwerpunktsetzungen keine Selbstverständlichkeit sind. Aber sie sind richtig und in der Gewissheit, dass es eine hohe Aufmerksamkeit hinsichtlich der Professionalität des Winterdienstes in diesem Jahr geben wird, können Sie sicher sein, dass wir das mit aller Konzentration angehen werden. Wir werden auch ein lernendes System bleiben und wir werden Erfahrungen mit den neuen Verabredungen sammeln, aber ich freue mich, dass wir pünktlich zur Winterdienstsaison, und bei der Stadtreinigung beginnt die am 1. November, fertig aufgestellt waren. Wir setzen dann nicht nur auf gutes Wetter, sondern auch auf gute Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Hamann.

(Wolfgang Rose SPD: Was wurde denn noch nicht gesagt?)

Jörg Hamann CDU:* Was ich immer wieder feststelle,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erst mal die Anrede!)

ist das Leiden der Opposition, noch bevor ich überhaupt am Rednerpult bin. Ihr Leiden ist mir ein Vergnügen, auch in dieser Frage.

Zum Tagesordnungspunkt. Es ist festzuhalten, dass wir lange keinen derartigen Extrem- und Jahrhundertwinter hatten und dass, als dann wirklich Winter im Winter war – sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren und liebe Kollegen –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Anrede ist das Beste an Ihrer Rede!)

wir alle ein wenig überrascht waren. Ich will mich da gar nicht ausnehmen und knüpfe an die Worte meine Kollegin Gregersen an. Zunächst habe ich, als es vor dem Mietshaus, in dem ich wohne, ein wenig verschneit und rutschig war,

(Wolfgang Rose SPD: Aktuelle Stunde! Zum Thema!)

eigentlich auch nichts anderes getan, als mich zu bemühen, Schnee und Eis möglichst zu übersehen, in der Hoffnung ... – Sind die Kollegen von der SPD so sehr entsetzt, mir zuhören zu müssen?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das sind wir!

– Ingo Egloff SPD: Bei Ihnen sind wir immer entsetzt, Herr Hamann!)

Wir sind nach wie vor ein freies Parlament und Sie haben die Möglichkeit, verschiedene Ausgänge zu benutzen. Sie vermisst hier niemand, genauso wenig, wie der Winter vermisst wird.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie sollten den Redner bitte zu Wort kommen lassen.

Jörg Hamann (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Die ersten Tage im letzten Winter habe also auch ich versucht, das zu ignorieren

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie der Senat, super!)

und erst als ich sah, dass ein älterer Nachbar mir gegenüber anfang, Schnee zu schieben,

(Dr. Andreas Dressel SPD: ... haben Sie selber auch ein bisschen geschoben!)

habe ich auch eine Schaufel genommen und den Weg geräumt.

(Beifall bei der SPD)

Sofort kam eine freundliche Nachbarin und sagte: Mensch Jörg, toll, dass du das machst, ich wollte auch gerade anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Die Geschichte wird noch viel besser.

(Dr. Andreas Dressel SPD: In Groß Borstel haben Sie nicht geschippt, oder?)

Am Abend dieses bemerkenswerten Tages hatte ich einen Termin, nicht in Groß Borstel, sondern in der Kurt-Schumacher-Allee – jetzt werden Sie ruhig – und konnte feststellen, dass vor dem Haus der Sozialdemokraten noch niemand geräumt hatte.

(Beifall bei der CDU)

(Jörg Hamann)

Ich frage mich, warum Sie hier eigentlich so auftreten. Sie wollen uns etwas von Verantwortung erzählen und schaffen es noch nicht einmal, vor dem eigenen Haus zu kehren,

(Beifall bei der CDU)

und das wollen Sie uns dann als Politik verkaufen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie war denn das am Leinpfad?)

Die Senatorin hat richtig ausgeführt, dass der Winterdienst ganz wesentlich auf die Bezirke übertragen worden ist. Mit der Bezirksverwaltungsreform 2008 ist die Verantwortung in großen Teilen auf die Bezirke übergegangen und diese, insbesondere die SPD-regierten Bezirke wie Hamburg-Mitte, haben es schlichtweg nicht geschafft.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach nee! – Dr. Andreas Dressel SPD: Wandsbek, Harburg!)

Dazu möchte ich den Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Herrn Markus Schreiber, zitieren, der dann dazu in der "Bild"-Zeitung einfach nur sagte, wo die von uns beauftragten Dienste gefordert waren, haben sie versagt. Das ist ja eine großartige Feststellung. Das haben wir alle gesehen, Herr Schreiber. Diese Feststellung hat uns nicht geholfen; Taten hätten uns geholfen.

(Beifall bei der CDU)

Genauso wenig wie vor dem Kurt-Schumacher-Haus geräumt wurde, wurde in den SPD-regierten Bezirken geräumt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist mit Wandsbek? – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Bitte, meine Damen und Herren!

Jörg Hamann (fortfahrend): Vorhin waren Sie der Ansicht, zu diesem Thema sei alles gesagt. Jetzt habe ich den Eindruck, Sie hätten fürchterlich viel dazu zu sagen; da müssen Sie sich schon entscheiden.

Sie sollten auch einmal darüber nachdenken, was die Senatorin völlig zu Recht sagte. Gerade der Winterdienst ist ein klassisches Beispiel dafür, dass es besser ist, dann und wann etwas zu zentralisieren,

(Dirk Kienscherf SPD: Sie waren doch gegen die Zentralisierung!)

und zwar insbesondere dann, wenn einige Bezirke wie die Ihrigen es einfach nicht schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zum zweiten Thema der aktuellen Stunde, angemeldet von der SPD-Fraktion:

HSH Nordbank – Skandale ohne Ende:
Auch Senator Frigge ist Teil des Problems
und nicht der Lösung

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall.
Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Gestern hat sich der Senat endlich entschieden, Herrn Nonnenmacher zu entlassen. Vor gut zwei Jahren hatte er für seinen Vorstandsjob Konditionen ausgehandelt, die jedem normalen, anständigen Hamburger die Sprache verschlagen haben. Spätestens, als im Sommer 2009 sage und schreibe 2,9 Millionen Euro an ihn gezahlt wurden, war eigentlich dem Letzten in dieser Stadt klar, dass das der falsche Mann für diese Bank ist.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

2009 hätte sein Rauswurf die Stadt genau diese 2,9 Millionen Euro gekostet, jetzt wird er uns möglicherweise weitere Millionen kosten. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, geht voll auf Ihr Konto, denn das ist das Ergebnis Ihrer falschen Nibelungentreue, Ihres Lavierens und Ihrer Unentschlossenheit

(Wolfgang Beuß CDU: Neumann, krieg dich ein, das ist unerträglich!)

und vor allem Ihres Versteckens hinter Herrn Kopper. Das war und ist Dilettantismus, ein Markenzeichen dieses Bürgermeisters und seines Senats, von der unausgegorenen Personalpolitik bis hin zur Causa Nonnenmacher. Das ist, nach 70 Tagen als Bürgermeister, Ihr Verdienst.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Reg dich ab!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang die "WirtschaftsWoche" zitieren.

"Schuld ist eigentlich Roland Berger. Der forderte [...] seine Partner auf, die Firmenanteile zu übernehmen, die bislang bei der Deutschen Bank lagen. Weil sich Berger-Berater Carsten Frigge nicht hoch verschulden wollte, ..."

– damals hatte er eine andere Auffassung als heute –

"... ihm Deutsche-Bank-Aufsichtsratschef Hilmar Kopper gut zuredete und für die ersten Aufträge sorgte, machte Frigge sich in Düsseldorf mit einer eigenen Unternehmensberatung selbstständig."

Schön, wenn man Freunde hat, Herr Frigge.

(Michael Neumann)

(Frank Schira CDU: Na, Ihre Freunde sind sehr übersichtlich!)

Jetzt verstehe ich auch, warum es von Ihrer Seite so lange eine Nibelungentreue zu den Herren Kopper und Nonnenmacher gegeben hat. Sie sind erst auf Distanz gegangen, als Ihre C4-Beratung für die HSH Nordbank und J.C. Flowers ruchbar wurde, nicht eher, und haben Ihr Heldentum erst entdeckt, als die Einschlüge immer näher kamen; das war zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn Sie als Wirtschaftsstaatsrat Herrn von Beust über Ihre Geschäfte mit Flowers informiert haben sollten, sind damit die Sachverhalte noch lange nicht geklärt. Es werden immer neue Gesellschaften genannt. Ich habe einmal versucht, aufzuzeichnen, in welchem Firmenkonglomerat Sie sich privat engagieren. Da gibt es neben der C4 Consulting GmbH die C4 Communications, die Cardo Communications GmbH, GLS-Public Relations und eine zweite C4 Beteiligung Consulting. Wenn ich es recht sehe, hat der Senat neuerdings auch noch eine C4 Consulting Group GmbH entdeckt. Von dem Mainzer Ermittlungsverfahren gegen Sie und der Ihnen vorgeworfenen Straftat will ich gar nicht reden, aber es ist deutlich geworden, dass Sie Ihre Aufgabe als Finanzsenator ganz offensichtlich nicht von Ihrem privaten Engagement getrennt haben. Spätestens, als Herr von Beust Sie zum Finanzsenator machen wollte, hätten Sie die Entscheidung treffen müssen, das geht nicht, ich bin Protegé von Kopper.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diese Befangenheit Herrn Kopper gegenüber hat Sie daran gehindert, die Interessen unserer Stadt und ihrer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wirksam geltend zu machen. Deshalb hätten Sie niemals Finanzsenator werden dürfen und vor allen Dingen – und das liegt in der Verantwortung des Bürgermeisters, der diesen schweren Fehler gemacht hat – hätten Sie es niemals bleiben dürfen. Sie, Herr Ahlhaus, haben diesen Mann auf seinem Posten gelassen und das haben wir nun teuer zu bezahlen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Gestern haben Sie, nach langer Qual und entsprechender Vorberichterstattung, endlich entschieden, dass Herr Nonnenmacher entlassen werden soll. Entscheidungstärke haben Sie dabei nicht bewiesen, im Gegenteil. Es war nicht die Einsicht, dass Herr Nonnenmacher der Bank und der Stadt Schaden bereitet, sondern es war die GAL und damit reiner Macht- und Koalitionserhalt, der Sie dazu getrieben hat, diese Konsequenz zu ziehen. Deshalb waren Sie gestern auch nicht bereit, diese Entscheidung öffentlich zu begründen,

(Wolfgang Beuß CDU: Blödsinn!)

und das war feige.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Die Hoffnung einiger Kolleginnen und Kollegen in der CDU, dass dies gestern ein Befreiungsschlag gewesen wäre, trügt. Das war genauso wenig ein Befreiungsschlag, wie die Wahl von Herrn Ahlhaus ein schwarz-grüner Neustart war. Wenn ich in Ihre Gesichter schaue, dann wissen Sie, wenn Sie ganz ehrlich sind, dass das der Anfang vom Ende dieses Senats gewesen ist. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, ich habe schon befürchtet, Sie würden es mir schwer machen, aber das haben Sie nicht getan. Wir kennen das von Ihnen. Wenn Sie Ihre Rede an jemanden adressieren können, folgt immer das Gleiche:

(Barbara Ahrons CDU: Ja!)

Sie holen eine große Tüte Dreck und beschmeißen ihn damit, weil Ihnen inhaltlich nichts einfällt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Sie scheinen es jedem übel zu nehmen, der in seinem Leben vor der Politik irgendetwas anderes gemacht hat

(Dora Heyenn DIE LINKE: So ein Quatsch!)

und deshalb zufälligerweise auch geschäftliche Kontakte hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und zufällig läuft ein Ermittlungsverfahren, oder was?)

Sie scheinen es übel zu nehmen, wenn so jemand es statt Ihrer in den Senat schafft.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Es geht nur darum, dass man das nicht miteinander verknüpfen darf!)

Schon Dr. Peiner haben Sie unterstellt, er habe bei der Privatisierung des LBK mit seinem Kumpel Broermann große, dunkle Geschäfte gemacht. Es gibt keine Belege, aber Sie unterstellen es erst einmal nach dem Motto: Werfen wir mal ordentlich mit Dreck, es wird schon was kleben bleiben. Das ist unterirdisch, unwürdig und menschenverachtend.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Ist er noch beteiligt oder nicht?)

Getreu diesem Motto sind Sie auch mit Herrn Freytag umgegangen und so gehen Sie mit Herrn Frig-

(Thies Goldberg)

ge um. Sie wissen ganz genau, denn Sie haben die Antwort auf die Kleine Anfrage gelesen, dass die C4 keine Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank erbracht hat. Sie wissen das und trotzdem tun Sie so, als hätte Herr Frigge persönlich von Geschäften im Zusammenhang mit der Bank profitiert. Sie wissen, dass das falsch ist und bringen es hier trotzdem auf den Tisch. Das ist nicht in Ordnung, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Um auf das Thema Professor Nonnenmacher zu kommen: Sie haben in einem Punkt recht. Es ist richtig, Herrn Nonnenmacher jetzt abzuverufen,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Auf einmal!)

und zwar aus einem einzigen Grund.

(Ingo Egloff SPD: Weil Herr Kerstan das gefordert hat!)

– Herr Egloff, hören Sie erst einmal zu, dann können Sie sich selber zu Wort melden.

Das ist aus einem einzigen Grund richtig, um nämlich die HSH Nordbank vor weiterem Schaden zu bewahren und sie aus den Schlagzeilen zu bekommen, in die eine völlig verfehlte Oppositionspolitik sie erst gebracht hat.

(Lachen bei der SPD – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich wieder um Gehör für den Redner bitten?

Thies Goldberg (fortfahrend): Sie haben nicht einen einzigen Beleg für ein strafrechtlich relevantes oder ein aktienrechtliches Fehlverhalten von Herrn Nonnenmacher. Trotzdem tun Sie so, als sei er der größte Bankenverbrecher, den es gibt. Das ist unwürdig und absolut unfair dem Mann gegenüber. Sie wissen ganz genau, dass er eine unternehmerische und keine politische Aufgabe hatte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und die Staatsanwaltschaft ermittelt im luftleeren Raum? Fragen Sie mal Ihren Justizsenator! – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Dr. Dressel, nicht so laut zu schreien; das geht einfach nicht.

Thies Goldberg (fortfahrend): – Herr Dressel, Sie können mir gleich widersprechen. Kommen Sie an das Rednerpult, das steht Ihnen frei. Sie haben einen rechten und einen linken Arm, Sie können sich zu Wort melden.

(Michael Neumann SPD: Regen Sie sich nicht so auf!)

– Ach, Herr Neumann, das macht doch Spaß, das kennen wir doch von Ihnen auch. Das ist das Einzige, was wir gemein haben.

Sie wissen ganz genau, dass Herr Nonnenmacher die unternehmerische Aufgabe, die er übernommen hat, bis heute hervorragend erfüllt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben ein seltsames Verständnis von Unternehmertum!)

– Herr Dr. Dressel, Sie haben offensichtlich keine Ahnung davon, wie es in der Bank aussieht und wie es aussah, als Herr Nonnenmacher seine Aufgabe übernommen hat. Damit setzen Sie sich nicht auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Der Mann hat bis heute eine hervorragende Arbeit geleistet. Das Einzige, was Sie erreicht haben, ist, dass Sie mit Ihren Angriffen auf einen Mann, der seine Aufgabe versteht und der sie unternehmerisch richtig erfüllt hat, eine Gefahr für die Bank heraufbeschworen haben. Dass nun möglicherweise eine Abfindung gezahlt werden muss, ist Ihr Verdienst und hat nichts damit zu tun, dass der Senat Fehlentscheidungen getroffen hätte. Diese Opposition betreibt Oppositionspolitik auf dem Rücken öffentlicher Unternehmen und ihrer Mitarbeiter.

(Beifall bei der CDU)

Sie behaupten mit der Benennung Ihres Themas, der Senator sei nicht Bestandteil der Lösung. Das finde ich interessant. Dieser Senator ist derjenige, der erstens das strukturelle Defizit deutlich adressiert und zweitens das Thema Konsolidierung auf den Weg gebracht hat, dem Sie sich bis heute komplett verweigern. Und weil Sie auf Augenhöhe zu keiner Kritik fähig sind, versuchen Sie stattdessen, ihm von hinten in die Galoschen zu urinieren.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, bitte!

Thies Goldberg (fortfahrend): Das ist Ihre Art des Umgangs und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Kreative Buchführung!)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, zu einem etwas niedrigeren Geräuschpegel und weniger Zwischenrufen zurückzukehren.

Herr Kerstan hat jetzt das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor eineinhalb Jahren hat Ham-

(Jens Kerstan)

burg 1,5 Milliarden Euro Eigenkapital in die HSH Nordbank eingezahlt und 5 Milliarden Euro Garantien bereitgestellt, um den Zusammenbruch der Bank zu verhindern. Es wurde befürchtet, dies würde nicht ausreichen und ein Scheitern der Bank würde weitere Milliardenzahlungen bis hin zu 40 Milliarden Euro auslösen. Das hätte diese Stadt und ihre Finanzen ins Chaos gestürzt. Die gute Botschaft ist, dass dieses Horrorszenario nicht eingetreten ist. Die Sanierung der Bank geht voran, und zwar besser, als im Sanierungsplan vorgesehen. Dennoch werden Sie, wenn Sie heute in der Stadt nach der HSH Nordbank fragen, nur eine Antwort bekommen: Das ist eine Bank, die von einem Skandal zum anderen taumelt und auf keinen grünen Zweig mehr kommen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn von Skandalen geredet wird, von unerhörten Vorgängen, die in der bislang nicht gerade skandalarmen Geschichte der Landesbanken in diesem Lande beispiellos sind, dann sind das keine Vorgänge, die förderlich für die Sanierung der Bank sind. Diese Vorgänge gefährden die Sanierung der Bank.

(Beifall bei der GAL, der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Da deutlich wurde, dass der Vorstand unter der Führung von Professor Nonnenmacher nicht in der Lage war, diese Probleme zu lösen und die Bank aus den Skandalen herauszuholen, und er noch nicht einmal den Anschein erweckt hat, dass man ernsthaft an Aufklärung interessiert ist, blieb uns als Anteilseigner nur eines, die Verantwortung zu tragen, die Verantwortung für die Bank und ihre Mitarbeiter, aber auch für die finanzielle Situation der Anteilseigner und damit der Steuerzahler. Vor diesem Hintergrund war es nicht nur richtig, sondern notwendig, dass die Anteilseigner gehandelt und die Ablösung von Herrn Nonnenmacher in die Wege geleitet haben, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Inwieweit es dabei um persönliche Verfehlungen von Herrn Nonnenmacher gegangen ist, dazu wird der Aufsichtsrat die notwendigen juristischen Prüfungen und rechtlichen Schritte einleiten. Aber es geht in dieser Situation nicht alleine darum, ein persönliches Fehlverhalten nachzuweisen. Der Vorstandsvorsitzende einer Bank trägt die Verantwortung dafür, was seine Mitarbeiter und die von ihm Beauftragten treiben. Wenn im Auftrag der Bank Unrecht geschehen ist, und davon gehen die Staatsanwaltschaften nicht nur in Hamburg, sondern auch in Kiel und New York aus, dann trägt der Vorstandsvorsitzende eine Verantwortung, selbst wenn es keine persönlichen Verstrickungen, die durchaus bestritten werden, gegeben haben sollte. Ein Vorstandsvorsitzender muss die Bank

nach außen vertreten und dafür sorgen, dass diese Vorgänge aufgeklärt werden.

Welcher Kunde soll diese Bank denn noch guten Gewissens als Geschäftsadresse angeben? Welche Mitarbeiter der Bank wollen denn noch in ihrem Freundeskreis erzählen, dass sie hier arbeiten? Welche Mitarbeiter sollen sich für diese Bank einsetzen, wenn sie befürchten müssen, dass Sicherheitsfirmen dort Unheilvolles treiben?

Für all dies trägt Herr Nonnenmacher als Vorstandsvorsitzender die Verantwortung. Er mag ein brillanter Mathematiker und fachlich gut geeignet sein, aber die Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen und diese Bank sinnvoll nach außen zu vertreten, hat er nicht; das hat sich doch gezeigt. Deshalb ist er an der Spitze dieser Bank nicht länger tragbar und deshalb war es richtig, ihn abzuverufen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD und bei Kersten Artus und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Jetzt muss die Sanierung und Gesundung der Bank im Fordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund, liebe Kollegen von der SPD, mag es sein, dass Sie lieber über Senator Frigge reden und das mit der HSH Nordbank vermengen wollen, denn damit können Sie in der Stadt viel Aufregung produzieren. Verantwortung gegenüber der Bank und der Gesundung der Finanzen dieser Stadt drückt diese Vorgehensweise nicht gerade aus.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hinsichtlich der Beteiligung des Finanzsenators an der C4 Consulting und ihrem Mandat für J.C. Flowers ist die Sachlage doch relativ eindeutig: Die Vorschriften sind eingehalten worden. Herr Frigge hat seinen Dienstherrn informiert und der hat kein Problem darin gesehen. Herr Frigge hat erklärt, dass das Mandat in keinem Zusammenhang mit der HSH Nordbank gestanden hat.

(Ties Rabe SPD: So wie Herr Nonnenmacher ein brillanter Mathematiker war!)

Ich kann nicht verstehen, dass Sie das in einer Situation, in der es darum geht, endlich Ruhe in diese Bank zu bringen, zusammenmengen. Das halte ich für kein verantwortbares Verhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mit Ihrer Rede auf den Ernst der Lage eingegangen und zu den Tatsachen zurückgekehrt sind; was wir davor gehört haben, war wirklich unerträglich.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Herr Nonnenmacher diese Bank verlässt, was wir für überfällig halten, dann sind damit keineswegs alle Probleme gelöst. Und wenn Sie, Herr Goldberg, sagen, es sei gut, dass er die Bank verlässt, aber er habe eigentlich alles richtig gemacht, dann tun Sie alles dafür, damit seine Abfindung möglichst hoch ausfällt. Das ist, bei dieser Faktenlage, absolut skandalös.

Zu den Sachfragen und Hintergründen, was bei der HSH Nordbank gelaufen ist: Sie wussten, wie die Bank vor Herrn Nonnenmacher aussah – wir alle wissen es nicht –, Sie wissen, wie die Bank jetzt aussieht, und das wissen wir auch nicht.

(Viviane Spethmann CDU: Informieren Sie sich mal!)

Das muss geklärt worden und dafür haben wir einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Es gibt einen Punkt, Herr Kerstan, an dem ich nicht mit Ihnen übereinstimme. Sie haben der SPD vorgeworfen, Sie würde Herrn Frigge unberechtigterweise in Zusammenhang mit der HSH Nordbank bringen wollen. Da besteht sehr wohl ein Zusammenhang, den können Sie gar nicht leugnen, und zwar in mehrfacher Hinsicht nicht. Es geht dabei um seine Firma C4 und all die Dinge, die Herr Neumann aufgeführt hat. Es ist beispielsweise ein Problem, dass ein Geschäftsführer dieser Firma, Herr Große-Leege, die HSH Nordbank in Kommunikationsangelegenheiten beraten hat. Damit hängt die Entlassung des New Yorker Filialleiters zusammen. Mag sein, dass rein rechtlich alles in Ordnung ist, aber hier sind Ziel- und Rollenkonflikte, die weit über diese rechtliche Ebene hinausgehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

An anderer Stelle beklagen wir, dass die Glaubwürdigkeit der Politik als gering erachtet wird, dass so wenige Leute wählen gehen und Politiker einen schlechten Ruf haben. An dieser Stelle haben wir ein zusätzliches Glaubwürdigkeitsproblem und die Politik wird weiter beschädigt. Das hat nichts mit einer Tüte Dreck zu tun, man muss die Dinge einfach beim Namen nennen.

(Viviane Spethmann CDU: Dann aber richtig!)

Wir haben die empfindliche Position des Finanzsenators mit einer Person besetzt, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue läuft. Das alleine wäre schon ein Grund gewesen – da gebe ich Herrn Neumann völlig recht –, dass Sie, Herr Frigge, dieses Amt niemals hätten annehmen dürfen,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

und es war ein großer Fehler, dass Herr Ahlhaus Sie bei seinem Bemühen, den Neuaufbruch von

Schwarz-Grün zu symbolisieren, wieder zum Finanzsenator gemacht hat.

Ohnehin hat man den Eindruck, dass sich, frei nach Tucholsky, alles immer wieder unter den gleichen 100 Menschen abspielt. Man kennt sich gut und man hilft sich. Wenn ich in Wikipedia schaue, was ich ab und zu tue, alleine schon, um zu prüfen, ob meine Schüler da etwas abgeschrieben haben, finde ich zu Carsten Frigge unter der Überschrift "Berufliche Karriere" – ich zitiere –:

"Frigges Geschäftsfreund, der damalige Deutsche-Bank-Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper, sorgte für erste Aufträge [für seine Firma]."

Hilmar Kopper ist auch in der HSH Nordbank. Ist das die nötige Distanz, die wir von einem Finanzsenator bei einer solch schwierigen Frage erwarten? Ich halte das für problematisch.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich habe gelesen, Herr Frigge, dass Sie gerne Abraham Lincoln zitieren, und zwar am liebsten folgende Aussage – ich zitiere –:

"In Übereinstimmung mit der Öffentlichkeit kann nichts fehlgehen, ohne diese nichts erfolgreich sein."

Recht hat er. Die Hamburgerinnen und Hamburger stimmen nicht damit überein, dass Sie, Herr Frigge, Finanzminister sein sollten; wir auch nicht. Treten Sie zurück.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Senator Frigge.

Senator Carsten Frigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, die Anmeldung dieses Themas zur Aktuellen Stunde, die am Montag erfolgt ist, als wir uns intensiv mit dem Schicksal der Bank beschäftigt haben, und die weder auf die Situation der Bank noch auf die Verpflichtung der Stadt eingeht und nur ein einziges Ziel hat, nämlich zu diffamieren, zeigt doch nur, dass die SPD von der Sache keine Ahnung hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben zitiert, ich hätte einer Verschuldung nicht aufgeschlossen gegenüberstanden. Offensichtlich haben Sie nicht bemerkt, dass wir das heute noch genauso halten. Wir machen eine sehr solide Finanzpolitik mit dem Ziel, von der Verschuldung dieser Stadt herunterzukommen und die Netto-Neuverschuldung zu reduzieren. Da hat sich nichts geändert, das muss Ihnen entgangen sein.

Ich glaube, dass Sie viel zu viel von dem glauben, was in der Zeitung steht.

(Senator Carsten Frigge)

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD
– *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, das ist immer gefährlich!)

Es gibt eine ganze Reihe anderer Informationsquellen, aber die ziehen Sie nicht zurate. Sie lesen, was in der Zeitung steht und nehmen das für bare Münze.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was stimmt denn da jetzt nicht?)

Das muss nicht immer eine gute Idee sein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich um Ruhe bitten!

Senator Carsten Frigge (fortfahrend): Aber wenn Sie schon glauben, was in der Zeitung steht, dann sollten Sie sich auch an "Die Welt" vom 1. November dieses Jahres halten, in der berichtet wird, dass C4 Consulting die HSH Nordbank nicht beraten hat und auch J.C. Flowers in keiner Fragestellung, die etwas mit der Bank zu tun hat,

(Zuruf von der SPD: Das ist eine der Stellen, die wir nicht glauben! Wir glauben ja nicht alles, was in der Zeitung steht!)

dann sollten Sie das "Hamburger Abendblatt" vom 2. November anschauen...

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ich denke, die Zeitung sollen wir nicht lesen! – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! So geht es nicht. Sie können den Redner nicht dauernd mit einer ganzen Kette von Zwischenrufen aus dem Konzept bringen. Der Redner hat das Wort und nur er.

(Beifall bei der CDU)

Senator Carsten Frigge (fortfahrend): Meine Damen und Herren, lieber Herr Neumann! Wenn Sie sich das im Einzelnen angucken würden, dann würden Sie feststellen, dass diese Dinge eben genau das sind, als was sie dargestellt wurden, nämlich sauber voneinander getrennt. Dass Sie es sich möglicherweise nicht vorstellen können, dass wirtschaftliches Handeln von politischen Aufgaben getrennt ist, verstehe ich durchaus bei der Vielzahl von Anwälten und Notaren mit SPD-Parteibuch, die umfangreiche Tätigkeiten wie die Beurkundung von Verträgen und die Beratung öffentlicher Unternehmen in der Freien und Hansestadt ausüben.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Wen meinen Sie denn da? – *Michael Neumann SPD*: Wen meinen Sie denn, Herr Frigge? Nennen Sie Ross und Reiter!)

Aber es gibt die Möglichkeit, das zu trennen, und die ist im Einzelnen dargestellt worden.

Frau Heyenn, wenn Sie darauf anspielen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Beratung eines ehemaligen Geschäftsführers eines C4-Tochterunternehmens und der Entlassung des New Yorker Niederlassungsleiters der HSH Nordbank gegeben habe, dann darf ich Sie darauf hinweisen, dass das nicht der Fall ist. Das können Sie unter anderem der "Hamburger Morgenpost" des heutigen Tages entnehmen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir sollten doch nicht lesen!)

oder der Tatsache, dass es zu dieser Fragestellung eine Reihe von Unterlassungserklärungen gibt, unter anderem des "Spiegels".

Insofern glaube ich, dass jeder, der der Sache auf den Grund gehen möchte, zu dem Ergebnis gelangen wird, dass daran nichts Verwerfliches ist.

Und dann zu der Frage des Zögerns bei der Entscheidung, sich von Herrn Nonnenmacher zu trennen. Das gab es und das ist auch richtig, denn das ist eine schwierige Entscheidung und die ist nicht einfach abzuwägen. Wir haben es uns in der Koalition und im Senat auch nicht leicht gemacht. Wir haben uns diese Entscheidung sehr genau überlegt, denn wir stehen auf der einen Seite vor der Situation, dass wir eine erfolgreiche Restrukturierung der Bank haben. Das werden wir auch erneut sehen, wenn die Zahlen des dritten Quartals vorgelegt werden. Dort kommen wir nicht umhin festzustellen, dass diese Dinge wirtschaftlich vorangehen und das ist auch richtig so.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich eine ganze Reihe von Skandalen, das sieht doch ein Blinder mit dem Krückstock, das ist nicht wegzudiskutieren, das hat auch nie jemand getan. Und dass die eine Belastung für die Bank sind, ist doch auch keine Frage. Wenn man in dieser Situation abwägt zwischen zwei schwierigen Entscheidungen, darf man es sich nicht zu leicht machen, so wie Sie es tun, sondern man muss sich der Verantwortung stellen. Die Bank ist eines der letzten großen Assets, das für diese Stadt noch entwicklungsfähig ist,

(*Ingo Egloff SPD*: Weil Sie den Rest verkauft haben!)

wenn es uns gelingt, diese Bank zu sanieren. Diesen Weg müssen wir gehen und deswegen müssen wir klug und abgewogen handeln. Das hat der Senat nach einer langen, genauen und gewissenhaften Prüfung getan. Er ist zu einer Entscheidung gekommen, diese Entscheidung ist richtig und ich kann nur an Sie appellieren im Interesse der Stadt, hier zu einer gemeinsamen Unterstützung dieser Entscheidung zu kommen, denn es steht sehr viel Geld für die Freie und Hansestadt Hamburg auf

(Senator Carsten Frigge)

dem Spiel. Dieser Verantwortung muss man gerecht werden. Ich bin nicht sicher, dass Sie das mit Ihrem Verhalten tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wer das gerade mit durchlitten hat, hat erfassen können, warum dieser Mann in dieser Funktion überfordert ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und bei allem eventuellen Respekt: Dass Sie als Anwalt in eigener Sache sprechen, ist auch nicht das, was ein Hamburger Senator tun sollte. Wir sollten die Nerven gemeinsam bewahren.

(Zurufe von der CDU)

Der PUA HSH Nordbank wird sich mit all den Dingen, sollten Sie dann noch im Amt sein, beschäftigen, er wird dies aufklären und die Fakten ans Licht bringen. Es mag sein, dass Sie sich durch juristische Winkelzüge so abgesichert haben, dass man juristisch nichts zu bemängeln hat.

(Zurufe von der CDU)

Politisch ist und bleibt es mindestens verwerflich, in welchem Beziehungsgeflecht Sie zwischen der HSH Nordbank, zwischen Ihren Unternehmen, zwischen Flowers und zwischen Herrn Kopper stecken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die rhetorische Figur zu sagen – das gilt auch für den Kollegen Goldberg –, die Opposition möge sich nicht an der Zukunft der Bank vergehen, wenn sie ihre Oppositionsaufgabe wahrnehme, ist ein netter Versuch. Kalli Warnholz kennt diese rhetorische Figur eines ehemaligen gescheiterten sozialdemokratischen Innensensors, der immer gesagt hat, kritisiert doch nicht mich, denn wenn ihr mich kritisiert, dann kritisiert ihr die Hamburger Polizei. Das ist so ausgelutscht und platt in der Argumentation. Es ist unsere Aufgabe, Informationen einzufordern,

(Viviane Spethmann CDU: Aber die richtigen!)

und wenn wir so massive Hinweise darauf haben, dass Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind, dann lassen wir uns durch den Vorwurf, wir würden die Bank schlechtreden, nicht aufhalten. Nicht die Opposition ist das Problem, sondern die mangelnde Aufsicht und die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Senats bei der HSH Nordbank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Hinzu kommt, dass der grundlegende politische Fehler, den dieser Senat begangen hat und auch Sie, Herr Frigge, war, sich aus dem Aufsichtsrat herauszuziehen. Jetzt muss dieser hamburgische Senat Bettelbriefe an Herrn Kopper schreiben, er möge sich doch bitte einmal mit der Causa Nonnenmacher beschäftigen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Und Herr Kopper teilt lakonisch mit, man werde sich in der turnusmäßigen Sitzung Anfang Dezember mit der Frage beschäftigen. Das gehört sich nicht. Das ist begründet in Ihrer falschen Entscheidung, dass wir uns in einer Bank, in die wir noch einmal erhebliche Finanzmittel investiert haben, aus der Aufsichtsratsstätigkeit herausgezogen haben. Das war die Fehlentscheidung, die dieser Senat getroffen hat. Das war grundfalsch und jetzt erleben wir es.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt: Wer es vermocht hat, den Ausführungen von Herrn Goldberg zu folgen, und wer auch die Ausführungen von Jens Kerstan verfolgt hat, der kann sich ein Bild davon machen, in welchem Zustand diese Koalition ist, denn er hat deutlich gesagt, warum es richtig war, auf den Tisch zu hauen, warum es richtig war, den Druck auf den Senat zu erhöhen und warum es richtig war, dass in diesem Parlament schon immer eine Mehrheit dafür vorhanden war, Nonnenmacher vor die Tür zu setzen. Sie sind diejenigen gewesen, die uns in diese schwierige Situation gebracht haben,

(Viviane Spethmann CDU: Sagen Sie!)

und nicht diejenigen, die Fragen stellen, nicht diejenigen, die kontrollieren, sondern diejenigen, die weggeschaut haben, aus welchen Motiven auch immer. Aber damit wird sich der Untersuchungsausschuss ausgiebig beschäftigen. Deshalb bin ich froh, dass Jens Kerstan diese klaren Worte heute gefunden hat. Es war aufschlussreich, mit welcher Argumentation Herr Goldberg vorgegangen ist, der nichts Besseres vorhatte, als persönliche Angriffe loszuwerden,

(Heiterkeit bei der CDU)

und wie deutlich abgesetzt davon der grüne Fraktionsvorsitzende Position bezogen hat. Ein deutlicheres Zeichen für die tiefe Zerrissenheit in dieser Frage kann man in diesem Parlament nicht geben. Das war überdeutlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Frigge.

Senator Carsten Frigge: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, die Freie und Hansestadt Hamburg ist mit einem eigenen Senatsdirektor im Aufsichtsrat der HSH Nordbank vertreten.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Ein armer Beamter! Das wird ja immer peinlicher!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Lieber Herr Neumann, bei Ihrem Beitrag haben mir verschiedene Dinge gefehlt. Bis kurz vor Schluss hat mir gefehlt, dass Sie, wie üblich, die vermeintliche Zerrissenheit der Koalition aufs Tapet bringen; das haben Sie auch noch geschafft. Viel wesentlichere Fragen haben Sie nicht beantwortet. Sie sprachen von massiven Hinweisen, die vorlägen. Sie haben Vorwürfe gemacht, Sie haben Menschen angegriffen. Nur haben Sie leider überhaupt nichts konkretisiert und sind sogar noch hinter der Berichterstattung der Tageszeitungen zurückgeblieben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was ist denn das für ein Verantwortungsgefühl? Das, was Sie hier an Wissen offenbaren, wie Gesellschaften privatrechtlich und aktienrechtlich geführt werden,

(*Elke Thomas CDU*: Das versteht er nicht!)

wie Gremien funktionieren und wie man dort arbeitet, das ist blamabel für einen Oppositionsführer.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn der Haupteigner eines Konzerns oder einer Bank einen Brief an den Aufsichtsratsvorsitzenden schreibt und sagt, man hätte noch nicht alles, dann tut er das schriftlich, weil er etwas in der Hand haben will und nicht von Ihnen den Vorwurf kassieren will, er hätte das lieber schriftlich machen sollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben keinerlei Verständnis dafür, wie solche Gremien funktionieren und was man tun muss, um im Sinne der Stadt verantwortlich zu handeln. Man könnte nun sagen, das muss man als Opposition auch nicht, weil man einfach kritisieren kann, ein bisschen "Dropping" machen kann und dann schaut, was passiert. Sie haben es hier aber mit Menschen zu tun, deren Reputation Sie angreifen, und das findet teilweise unter der Gürtellinie statt, und zwar ohne jeglichen Beleg.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was hat die Prevent AG gemacht?)

Besonders schön wird es, wenn Frau Heyenn sagt, Herr Goldberg würde als eine Art Anwalt für Herrn

Nonnenmacher auftreten. Herr Goldberg hat sicherlich politisches Gewicht, das ist unbestritten. Aber eines scheint die Opposition zu vergessen: Entscheidungen treffen in diesem Fall immer noch die Staatsanwaltschaften in Bezug auf die Ermittlungen und die Gerichte in Bezug auf das Ergebnis,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die haben immerhin schon einen Anfangsverdacht gesehen, sonst würden sie nicht ermitteln!)

jedoch nicht die Opposition in der Fragestellung, ob denn nun jemand schuld hat oder nicht. Das sollten Sie den Staatsanwaltschaften und Gerichten überlassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Damit sind wir aus meiner Sicht bei einem Kern der Diskussion, der Unschuldsvermutung. Ich glaube, wir sind sehr gut beraten – hierbei schaue ich die Kollegen Bischoff, Böwer und Schäfer an –, wenn wir nicht immer gleich losmarschieren und pauschal behaupten, es würde etwas illegal weitergegeben, Menschen hätten ihre Aufsichtspflicht und Verschwiegenheit verletzt, andere Menschen erpresst und so weiter. Sie können hier nicht etwas für sich einfordern, was bei anderen nicht mehr gelten soll. Das halte ich für keinen guten Stil.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL* – *Michael Neumann SPD*: Das ist eine Unterstellung!)

Aber Sie spielen auch mit dem Feuer, weil Sie Grenzen verschieben zwischen politischer Auseinandersetzung, formaljuristischer Bewertung und persönlicher Verantwortung von Politikern. Sie verquicken völlig unzulässig die Personen Nonnenmacher und Frigge und versuchen, aus dem Fehlverhalten des einen den Generalvorwurf an den anderen zu stützen, und das ist nicht solide, das ist schlecht und schwach.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Insbesondere im Kontext Nonnenmacher wird es pikant und das macht mich nachdenklich. Herrn Nonnenmacher wird vorgeworfen, Mitarbeiter absichtlich denunziert zu haben, ihnen Kinderpornografie untergeschoben und sie aus der Bank gemobbt zu haben. Wenn das so war, kritisieren wir das zu Recht, dann muss er gehen und er wird jetzt auch gehen, völlig unabhängig davon, ob die Vorwürfe schon belegt sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ach so!)

Aber wir können uns hier nicht hinstellen und mit ähnlichen Methoden auf den Finanzsenator losgehen. Dieser Fall Nonnenmacher und die Vorgänge um die HSH Nordbank, die wir dort gerade erleben, sind nicht schön. Auch ich bin der Meinung und habe das auch schon früh geäußert, dass Herr Nonnenmacher jetzt gehen muss, völlig unabhän-

(Roland Heintze)

gig davon, ob wir wesentliche Vorwürfe schon waserdicht belegt haben. Aber wir sollten einen Moment innehalten und einmal darüber nachdenken, wie wir mit Menschen umgehen und ob am Ende die Verrohung der politischen Kultur

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ich sage nur Goldberg!)

unser Ziel ist. Das Ziel der CDU und der GAL ist es nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frigge hat vorhin einen Punkt zu Recht herausgestellt. Diese Bank ist nicht vom Zeitpunkt ihrer Entstehung an durch die Fusion, sondern durch zwei größere Kapitalaufstockungen eines der wichtigsten Engagements für die Freie und Hansestadt Hamburg. Nach dem Beschluss, die Bank zu sanieren – Herr Kerstan hat darauf hingewiesen –, haben die beiden Bundesländer noch einmal 3 Milliarden Euro investiert und garantieren einen beträchtlichen Teil umstrittener Wertpapiere mit 10 Milliarden Euro. Das sind jetzt Größenordnungen von 130 Milliarden Euro, die durch die Garantien abgedeckt werden. Und in einer hausinternen Bank reden wir – Stichwort "Bad Bank" – immer noch über 70 Milliarden Euro. Wir wissen alle, das würde ich auch dem Senat glauben, dass das ein Engagement ist, das über Jahre andauert, bis man beurteilen kann, wie man dort wieder herauskommt. Insofern ist das Grundproblem in der Tat, dass Hamburg und Schleswig-Holstein durch das Schicksal dieser Landesbank existenziell bedroht sind.

Ich kann es noch einmal für die Fraktion erklären. Wir hatten, als die Situation offenbar wurde – und es waren nicht DIE LINKE oder die Opposition, die für die Zustände verantwortlich waren –, darüber gestritten, wie ein Sanierungsprozess schonend für die Stadt und für die Steuerzahler ablaufen könne. Wir sind damit nicht durchgekommen. Sie haben mit Mehrheit diese Entscheidung getroffen. Es ist mir sehr wichtig, dass von dem Zeitpunkt an auch für uns galt, diesen Prozess kritisch zu begleiten, obwohl wir es anders haben wollten. Aber wir wollten, dass es zu einem guten Ende kommt. Herr Kerstan hat jetzt zu Recht darauf verwiesen, dass Anfang 2009 unakzeptable Verletzungen des Datenschutzes und der Arbeitsbeziehungen hinzugekommen sind, unabhängig von unserer Einschätzung der Finanzsituation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Kerstan hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Affären und Verletzungen nichts mit der Grundkonstellation zu tun hätten. Wenn man heute

fragt, wie so etwas entstehen konnte in einem Institut, dann kann man nur sagen, dass diese Affären etwas mit dem Klima der Angst, des Misstrauens und der Verdächtigungen zu tun haben, die sich in dieser Situation gebildet haben. Herr Frigge – da werden Sie mir auch folgen –, in dieser Situation hat ein Vorstandsvorsitzender nur begrenzte Zeit zu sagen, er würde zum Hindernis, wenn dies nicht aufgelöst würde, unabhängig von der Frage, ob er verwickelt ist oder nicht. Vorrang muss die Sanierung der Bank und die schadlose Entwicklung für die Städte, die Länder und die Steuerzahler haben.

Sie haben dem Vorstand dann auch Zeit gelassen; es sind viele Prüfungen erfolgt. Viele Kanzleien sind mit der Prüfung der Vorwürfe beauftragt worden, die Staatsanwaltschaft war im Haus. Wir können heute nur sagen, es ist nichts dabei herausgekommen. Insofern ist es richtig, dass diese Zeit irgendwann abgelaufen ist. Es wird schwierig, das ist jetzt offensichtlich auch Konsens. Es gibt natürlich noch die Debatte, ob man das nicht hätte früher machen müssen. Die Opposition sagt, das hätten Sie früher machen müssen. Das ist die verbleibende Differenz und auch die, Herr Frigge, dass es nicht hanseatisch ist, was Sie gemacht haben. Sie hätten von sich aus sagen sollen, dass Sie keinen Interessenkonflikt wollten, und hätten diese Stelle nicht annehmen sollen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Völsch.

Thomas Völsch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Frigge, nur der Vollständigkeit halber: Ich glaube, der Herr Dr. Klemmt-Nissen ist nicht mehr Senatsdirektor bei Ihnen im Haus, sondern er ist zwischenzeitlich Geschäftsführer bei der HGV geworden.

(Andy Grote SPD: Das hat nicht in der Zeitung gestanden!)

Aber vielleicht informieren Sie sich einmal, wer in Ihrem Haus noch so herumläuft.

Ich möchte gerade bei dieser Frage auf den Kern der Geschichte zurückkommen. Die Europäische Kommission prüft gegenwärtig, ob der Ausgabepreis der Aktien im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung überhöht war. Ich habe jedenfalls für heute die Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage bekommen und da teilt der Senat mir und dem Kollegen Böwer mit, das Unternehmen C4 Consulting GmbH habe im konkreten Fall mitgeteilt, dass ein Mandatsverhältnis mit der J.C. Flowers im erfragten Zeitraum bestanden habe, dieses aber in keinerlei Beziehung zur HSH Nordbank gestanden habe. J.C.F. ist im Übrigen kein Anteils-

(Thomas Völsch)

eigner der HSH Nordbank. Als ob wir das nicht schon gewusst hätten.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Neumann nicht!)

Das Entscheidende ist aber, dass Herr Flowers insgesamt neun Trusts berät, die die Anteilseigner der HSH Nordbank sind. Und er berät sie nicht nur, er vertritt sie sogar im Aufsichtsrat.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Und sie sind in der Insolvenz!)

Herr Goldberg, eigentlich müssten Sie noch einmal etwas sagen, weil ich das Gefühl habe, nach Ihrem Wortbeitrag kommt man zu dem Ergebnis, dass die Pressekonferenz des Senats gestern ein Ausrutscher war, denn mit Herrn Nonnenmacher ist alles hervorragend gelaufen. So geht das nicht und der Widerspruch zur GAL ist offensichtlich geworden. Sie sind an dem Punkt ziemlich am Ende.

Ich habe noch eine Bemerkung zu der Frage, wie es weitergehen soll. Wir können uns eine weitere Hängepartie bei der HSH Nordbank nicht erlauben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In den nächsten Monaten wird die Europäische Kommission darüber entscheiden, welche Opfer die HSH Nordbank in den nächsten Jahren dafür erbringen muss, dass sie in der Krise durch Hamburg und Schleswig-Holstein mit 3 Milliarden Euro Eigenkapital und 10 Milliarden Euro Garantien gerettet wurde. Davon hängt ab, wie sich die Zukunft der HSH Nordbank weiter gestalten wird. Das heißt, diese ganzen Verhandlungen muss jemand fortführen. Das kann nicht irgendwann passieren, sondern es muss schnell passieren. Es steht viel auf dem Spiel für die HSH Nordbank, es steht viel auf dem Spiel für die Stadt und die Steuerzahler. Deshalb ist es natürlich nicht nur eine Angelegenheit des Aufsichtsratsvorsitzenden, sondern es ist in erster Linie eine Angelegenheit des Bürgermeisters dieser Stadt, sich darum zu kümmern, dass bei der HSH Nordbank Ordnung herrscht. Man kann nicht das Ganze auf den Aufsichtsratsvorsitzenden schieben, Herr Bürgermeister, wie Sie das heute im "Hamburger Abendblatt" getan haben. Handeln Sie endlich und ducken Sie sich nicht weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da muss jetzt aber einiges richtiggestellt werden!)

Thies Goldberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, ich finde es gut, dass Sie das zurücknehmen, was Sie vorhin gesagt haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie sollten auch einiges zurücknehmen!)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen.

Einige Kleinigkeiten möchte ich noch anmerken. Herr Dr. Bischoff, wir haben keine "Bad Bank", sondern wir haben eine Abbaubank.

(Wolfgang Rose SPD: Sie Oberlehrer!)

– Sie können Oberlehrer sagen, lieber Herr Rose. Als vielfältiges Aufsichtsratsmitglied auch bei öffentlichen Unternehmen wissen Sie doch, dass es ganz sinnvoll sein kann, sich mit der Realität auseinanderzusetzen und nicht nur so ein bisschen politischen Bohai zu machen und die Fakten nicht zu berücksichtigen. Warum machen Sie so etwas?

Die Tatsache, dass wir eine Abbaubank haben, liegt vor allen Dingen daran, dass wir durch das Beihilfeverfahren dazu gezwungen sind, die Bilanzsumme zu halbieren. Das hat nichts damit zu tun, dass da nur Schrott enthalten ist, sondern ganz im Gegenteil. Wenn Sie sich einmal ansehen, wie hoch die Wertberichtigungen bei anderen Kreditsatzgeschäft-Portfolien waren, dann wissen Sie, dass dies bei der HSH Nordbank – und dass das Risikomanagement nicht gut war, da bin ich Ihrer Meinung – nicht nur ein Zocker-Portfolio war; das stimmt nicht, lieber Herr Bischoff.

Dann haben Sie gesagt, Sie hätten sich einen schonenden Sanierungsprozess für den Steuerzahler gewünscht. Darauf kann ich nur antworten, das finde ich gut, das haben wir uns auch gewünscht und das haben wir auch erreicht, denn statt Steuergeld in die HSH Nordbank zu geben, hat die HSH trotz des Sanierungsprozesses bis heute, seitdem dieses Verfahren in Gang gesetzt wurde, 600 Millionen Euro beim Finanzfonds abgeliefert, ohne dass Steuermittel in die Bank geflossen sind. Also wenn Sie sagen, Sie hätten einen steuerschonenden Sanierungsprozess gewollt – den haben Sie bekommen. Darüber können Sie sich nicht beklagen, Sie sollten einmal anerkennen, dass das ein gutes Konzept war. Übrigens ist dieses Konzept nicht nur von der Politik, sondern auch von Mitarbeitern der Bank erarbeitet worden; einige davon kennen Sie auch.

Dann haben Sie sich darüber beklagt, dass Datenschutzverletzungen begangen wurden. Da haben Sie recht, das ist passiert, und zwar in sehr großen Mengen. Zu dem Zeitpunkt, als die Frage der Sanierung der Bank besonders virulent war, wurden tagtäglich durch die Veröffentlichung von bankinternen Unterlagen in gewaltigen Mengen Straftaten zulasten der Bank begangen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da musste man schon mal die Prevent AG einschalten!)

Mit anonymen Drohungen gegen Mitarbeiter wurden weitere Straftaten begangen. Aber wenn Sie meinen, dass man ein Klima der Verdächtigungen

(Thies Goldberg)

zu kritisieren habe, dann frage ich Sie, was Sie denn hier schaffen. Sie schaffen ein Klima der Verdächtigungen. Sie verdächtigen einen Vorstandsvorsitzenden böser Dinge, Sie verdächtigen einen Finanzsenator, böse Dinge getan zu haben – das sind alles nur Verdächtigungen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Soll das jetzt die Rechtfertigung für Prevent sein?)

– Lieber Herr Dr. Bischoff, wenn man aus diesen Verdächtigungen sofort Rücktrittskonsequenzen ziehen soll, dann sage ich, dass man Sie auch verdächtigt hat, Geheimnisverrat begangen zu haben. Warum sitzen Sie dann noch hier?

(Zurufe von der SPD)

Die Frage stellt sich, warum Sie noch hier sitzen, wenn man so einem Verdächtigungsszenario-Vergleich nachgehen müsste. Warum sind Sie noch hier?

Lieber Herr Völsch, Sie kritisieren die Nicht-Durchsetzungsfähigkeit von Personalwünschen der Politik in der Bank. Ich darf Sie daran erinnern, dass die beiden Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein ganz gezielt aus zwei ehemaligen Landesbanken eine Aktiengesellschaft gemacht haben, um sie als Geschäftsbank zu verkaufen, und zwar deshalb, weil sie der Meinung waren, das Thema Landesbank sei obsolet geworden, womit sie recht hatten. Dieses Geschäftsmodell der fusionierten Bank wurde unter dem Aufsichtsratsvorsitz einer Frau Simonis aufgesetzt – ich weiß nicht, ob Sie sich an die Dame noch erinnern können –, die aus gutem Grund gesagt hat, man wolle eine solche Bank, damit man sie verkaufen könne, damit man eine Landesbank nicht einfach liquidieren müsse, sondern den Wert heben könne. Ob das am Ende des Tages eine gute Idee war, weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist dies von den Bundesländern, nicht nur von CDU-Politikern, mitgetragen worden. Man wollte eine Aktiengesellschaft und jeder, der sich ein bisschen damit auskennt, dazu gehören auch Sie, Herr Völsch, weiß, dass Vorstandsbesetzungen ausschließlich vom Aufsichtsrat gemacht werden. Und Aufsichtsratsbesetzungen werden ausschließlich von der Hauptversammlung gemacht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer ist denn im Aufsichtsrat der Hochbahn, wer ist denn im Aufsichtsrat der SAGA?)

Wenn Sie also der Meinung sind, dass die Politik unmittelbaren Durchgriff auf die Besetzung von Vorständen in Aktiengesellschaften haben sollte, dann müssten Sie sie entweder politisch besetzen oder Sie müssten das Thema Aktiengesellschaft abschaffen. Das müssen Sie sich überlegen. Aber dieser Vorwurf geht leider ins Leere. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Tschentscher für die restlichen vier Minuten.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir noch ein paar Minuten haben, würde ich gern zu dem Vorwurf von Herrn Goldberg etwas richtigstellen, nämlich dass wir mit falschen Verdächtigungen arbeiten würden. Sie haben uns das im Haushaltsausschuss vor zehn Tagen vorgeworfen, als wir sagten, es sei überfällig, dass wir einen neuen Vorstandsvorsitzenden brauchten. Seit September 2009 ist klar, dass wir einen Vorstandsvorsitzenden haben, der in der Vergangenheit persönlich in die skandalösen Geschäfte der HSH Nordbank verstrickt war und deshalb nicht unbelastet die Bank in die Zukunft führen kann, sondern der befangen ist. Und die 2,9 Millionen Euro Sonderzahlung, die er selbst eingefordert hat und die ihm der CDU-Bürgermeister von Beust eingeräumt hat, ist kein Gerücht, sondern eine Tatsache. Die Beteiligung an den Omega-Geschäften ist eine Tatsache. Eine 45-Millionen-Dollar-Überweisung an Goldman Sachs ist eine Tatsache. Die Ausschüttung in dreistelliger Millionenhöhe an stille Einleger ist eine Tatsache, die EU-Kommission musste das aus der Welt nehmen.

(Viviane Spethmann CDU: Aber keine Pflichtverletzung!)

Überschreitungen der 500 000-Euro-Jahresgehaltsgrenze der Parlamente durch Altersversorgung und weiteres sind Tatsachen. Weitere Bonusansprüche, die wir als Parlamente ausgeschlossen haben,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ganz genau!)

diverse Ansprüche, die für die Zukunft erworben sind, das alles sind Tatsachen, genauso wie das Tauziehen um jede Akte, die die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Hamburg und Kiel benötigen. Das alles ist seit einem Jahr bekannt und Sie haben sich das mit angeschaut. Seitdem brodelte es weiter und es ist nicht die Opposition, die sich das ausgedacht hat, sondern die Staatsanwaltschaften in Hamburg, in Kiel, in London und in New York ermitteln, weil es falsche Vorwürfe gegeben hat gegen den Londoner Niederlassungsleiter, zudem eine fragwürdige Entlassung eines Mitarbeiters in New York und fingierte Vorwürfe gegen ein Vorstandsmitglied in Hamburg. Dann gab es die Millionenaufträge an ein Unternehmen, das in einer öffentlichen Landesbank nichts zu suchen hat. Das alles brodelte und das hat mit Oppositionspolitik nichts zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, dass sich Schwarz-Grün seit einem Jahr weigert, die Verantwortung zu übernehmen

(Dr. Peter Tschentscher)

für eine überfällige Personalentscheidung an der Spitze der Bank. Und jetzt treffen Sie eine offensichtlich völlig unvorbereitete Entscheidung. Da wird noch nicht einmal der Bürgermeister vor den Pressevertretern erscheinen, um einmal sauber darzulegen, wie das jetzt laufen soll.

(Michael Neumann SPD: Hier ja auch nicht!)

Das ist für die wichtigste Kapitalbeteiligung, die Hamburg hat, eines der schlechtesten Stücke schwarz-grüner Rathauspolitik, die die Stadt erlebt hat. Das ist gegen die Interessen der Bank und gegen die Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu Punkt 22 unserer heutigen Tagesordnung, Drucksache 19/7673, gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Beibehaltung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Beibehaltung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen – Drs 19/7673 –]

Wird das Wort gewünscht? – Frau Ahrons, bitte.

Barbara Ahrons CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht bleiben wenigstens noch drei Leute drinnen. Dies ist nämlich ein sehr erfreuliches Thema, bei dem es sich lohnt, zuzuhören.

Wir alle haben die Situation Ende 2008/Anfang 2009 noch sehr gut in Erinnerung, als die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auch vor den Toren Hamburgs nicht Halt gemacht hat. Die Bundespolitik hat damals darauf mit einem Bundeskonjunkturprogramm reagiert und der Hamburger Senat und die Regierungsfractionen haben sich dann sehr schnell dazu entschlossen, parallel zu den Bundesprogrammen mit einem eigenen hamburgspezifischen Konjunkturprogramm gegen den Abschwung anzugehen. Oberstes Ziel war für uns, die Unternehmen und die Arbeitnehmer in Hamburg zu stärken, damit möglichst wenige Arbeitsplätze verlorengehen. Diese Strategie ist aufgegangen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die von uns auf den Weg gebrachten Maßnahmen greifen, negative Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten für unsere Hamburger Bürger abgemildert werden. Hamburg hat sogar

als erstes Bundesland ein Gutachten zur Wirkung der Konjunkturpakete in Auftrag gegeben und diese Studie sieht Hamburg ebenfalls auf dem richtigen Weg.

Erste Anzeichen von Wachstum und Erholung sind aktuell zu erkennen, was sich auch bei den Arbeitsmarktzahlen zeigt. Die positive Konjunkturentwicklung wirkt auf den Hamburger Arbeitsmarkt. Mit circa 70 500 Arbeitslosen wird im Oktober der niedrigste Wert seit Dezember 2008 erreicht. Das sind zwar immer noch 70 500 Arbeitslose zu viel, aber immerhin sinkt die Zahl und macht deutlich, dass Hamburg zur richtigen Zeit die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat. Ohne Konjunkturprogramme wären mit Sicherheit noch mehr Menschen arbeitslos geworden.

Ich betone das deswegen ganz besonders, weil es Vertreter anderer Parteien gibt, die andere Vorstellungen von Krisenbewältigung hatten und haben, die zum Beispiel der Meinung waren, in schlechten Zeiten wäre es das richtige Mittel, Steuern zu erhöhen und den Bürgern noch einmal so richtig in die Tasche zu greifen. Aber, liebe SPD und LINKE, das ist mit uns nicht zu machen. An dieser Schraube haben wir nicht gedreht und an dieser Schraube werden wir auch nicht drehen. Wir sorgen lieber dafür, dass die Investitionen in der Stadt angeschoben werden, dass die Wirtschaft floriert und Arbeitsplätze geschaffen werden, sodass wir lange und nachhaltig etwas davon haben.

Unser Ziel ist es, Menschen und Unternehmen in Hamburg zu stärken, nicht sie zu schröpfen. Deshalb möchte ich in unserem Antrag den Senat darum ersuchen, eine der erfolgreichen Maßnahmen dieser Konjunkturoffensive, nämlich die Erhöhung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen im Baubereich, über die gesetzte Frist 31. Dezember 2010 hinaus um zwei Jahre bis Ende 2012 zu verlängern. Die Wertgrenze haben wir 2009 von 250 000 Euro auf 1 Million Euro heraufgesetzt. Die Erhöhung hat sich bewährt und zu einer sehr positiven Entwicklung im Hamburger Mittelstand und Handwerk und zu einer Stärkung der regionalen Wirtschaft in der Metropolregion geführt. Die Prognos-Studie belegt, dass die Stadt Hamburg die regionale Wirtschaft in der Krise mit solchen Maßnahmen gezielt und erfolgreich unterstützt hat und mindestens 63 Prozent der gesamten Investitionsausgaben direkt in Hamburger Unternehmen fließen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Zu diesem Ergebnis kommt übrigens auch die Handwerkskammer Hamburg. Eine Auswertung der im Internet veröffentlichten Bauaufträge mit einem Auftragsvolumen von jeweils über 150 000 Euro ergab, dass im Stadtgebiet rund 70 Prozent durch Hamburger Unternehmen abgewickelt werden. Mit dem Instrument der beschränk-

(Barbara Ahrons)

ten Ausschreibung ist zudem eine deutliche Verfahrensbeschleunigung verbunden, die sowohl die Hamburger Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Auswertung der eingehenden Angebote, als auch die Auftragnehmerseite spürbar entlastet. Damit haben wir das Vergabeverfahren insgesamt vereinfachen können. Dies, gepaart mit einer kleinteiligen Vergabe, kommt in erster Linie den Hamburger Klein- und mittelständischen Unternehmen zugute.

Vor dem Hintergrund, dass die Krise noch nicht endgültig ausgestanden ist, dass die Maßnahmen der Konjunkturoffensive noch laufen beziehungsweise noch abgewickelt werden und dass bisher sehr positive Erfahrungen gemacht worden sind, sollten die erhöhten Wertgrenzen bei beschränkten Ausschreibungen von Bauleistungen über den 31. Dezember hinaus fortgesetzt werden. Auch andere Länder haben sich dazu schon entschlossen, zum Beispiel Hessen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg und auch der Bund.

Zugleich halte ich es aber für sehr wichtig, dass wir diese Maßnahmen und deren Auswirkungen untersuchen und uns der Senat noch vor Ablauf der neuen Frist einen Evaluationsbericht dazu vorlegt. Ich bin mir sehr sicher, dass wir so vor allem unseren mittelständischen Unternehmen, dem Rückgrat unserer Wirtschaft, weiterhin helfen und sie darin unterstützen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ahrons, ich habe mich natürlich gefragt, warum Sie das Thema anmelden. Wenn Sie jetzt noch einmal die Erfolge des Konjunkturprogramms feiern wollen, dann können Sie das natürlich tun. Ohne Zweifel ist das Konjunkturprogramm sinnvoll gewesen, aber was dieser Hinweis auf Steuererhöhungen et cetera bei anderen Parteien soll, habe ich, ehrlich gesagt, nicht begriffen. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass es Außenminister Steinmeier gewesen ist, der in der Weihnachtspause 2008 die ersten Vorschläge für ein Konjunkturprogramm in der damaligen Großen Koalition unterbreitet hat und die eigentlichen zusätzlichen Mittel in Hamburg, die für die Konjunktur ausgegeben wurden, Mittel der Bundesregierung gewesen sind, während der Senat Mittel aus seinem Investitionshaushalt mehr oder weniger nur vorgezogen hat. Wir brauchen also überhaupt keine Belehrungen darüber, dass es sinnvoll ist, antizyklisch zu handeln. Wir waren schon für Keynes, als Sie noch für Angebotspolitik waren. Der Unterschied zwischen Ih-

nen und uns ist, dass wir dieses System schon vorher begriffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweifelsohne ist es richtig gewesen, das Konjunkturprogramm in dieser Art und Weise zu fahren. Zweifelsohne ist es auch so, dass die Art und Weise, wie wir das gemacht haben, für die Sicherung regionaler Arbeitsplätze gesorgt hat; das war schließlich auch das Ziel dieses Programms.

Die Frage ist nur, ob die Beibehaltung dieser höheren Wertgrenzen bei der Vergabe von Bauleistungen auf Dauer richtig und auch rechtmäßig ist. Daran habe ich meine Zweifel, denn die Regelung der Ausschreibung soll den Wettbewerb garantieren und verhindern, dass immer dieselben Anbieter zum Zuge kommen. Außerdem ist die von uns ergriffene Maßnahme einer besonderen wirtschaftlichen Situation geschuldet und könnte auf Dauer wettbewerbsrechtliche Probleme aufwerfen, nämlich dann, wenn sie dazu führt, dass Hamburger Unternehmen sozusagen in einem Closed Shop immer wieder den Zuschlag erhalten. Insofern ist grundsätzlich Vorsicht geboten.

Gleichwohl, da der Antrag auf den 31. Dezember 2012 befristet ist und wir außerdem die Wirkung dieses Antrags untersuchen wollen, werden wir diesem Antrag heute zustimmen. Für die Zukunft möchte ich allerdings vor zu viel Euphorie warnen, denn alles, was dazu führt, dass Wettbewerb in irgendeiner Weise kanalisiert werden soll, wird erfahrungsgemäß von der Europäischen Union und auch von den Kartellbehörden sehr kritisch beäugt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Rahmen des Konjunkturprogramms war zur Förderung der lokalen Wirtschaft sicher eine sinnvolle und notwendige Maßnahme, die Wertgrenzen herabzusetzen und auch, nicht mehr zwingend europaweit auszuschreiben. Anlässlich der Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, haben wir deutlich erkennen können, dass diese Maßnahme für das lokale Handwerk, aber auch für die lokalen Wirtschafts- und Bauunternehmen sehr segensreich ist.

Ursprünglich war diese Begrenzung der Wertgrenzen nur auf das Ende dieses Jahres vorgesehen, aber ein Teil der Maßnahmen hat sich jetzt zeitlich gestreckt. Deshalb ist es möglich – und man sollte es auch tun, wenn das Konjunkturprogramm länger läuft –, auf die Absenkung der Wertgrenzen und auch auf europaweite Ausschreibungen so lange zu verzichten. Wenn man sich den erfolgreichen Ansatz dieses Programms ansieht, dann kann man

(Jens Kerstan)

richtiggehend bedauern, dass am Ende, nach Auslaufen des Konjunkturprogramms, wieder unumschränkt Bundes- und Europarecht gelten wird und deshalb dieser Schub für das lokale Handwerk und die lokale Wirtschaft in der Form nicht weiter gefördert werden kann. Aber so sind nun mal die Realitäten in diesem Land und in der EU. In Krisenzeiten haben wir das aufgehoben und auch wenn die Wirtschaft jetzt besser läuft, ist es trotzdem sinnvoll, den Aufschwung zu verstetigen und insbesondere kleinen und mittleren Firmen stärker unter die Arme zu greifen, die gerade auch jetzt, nach einer langen harten Phase, nicht die Reserven haben, um hohe neue Investitionen tätigen zu können.

Insofern ist das eine wirklich sinnvolle und auch sehr pragmatische Maßnahme, die ohne viel Aufwand zu dem gewünschten Effekt führt. Darum freue ich mich, dass wir uns in diesem Punkt relativ einig sind, und hoffe, dass wir das auch bei anderen Maßnahmen, wenn es um die Förderung der mittelständischen Wirtschaft in dieser Stadt geht, in ähnlicher Weise gemeinsam hinkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Vorsitzende, sehr geehrte Anwesende! Was wird nun in diesem vorliegenden Antrag gefordert? Eine Beibehaltung der Aufhebung der gesetzlich vorgesehenen Grenzen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei beschränkten Ausschreibungen um das Dreifache des vorgeschriebenen Wertes. Für freihändige Vergaben soll die schriftliche Begründungspflicht bis auf Weiteres ganz entfallen. Die Begründung dafür ist, dass dies unbürokratischer wäre und damit die Konjunktur angekurbelt würde.

Dem kann man so nicht ganz folgen. Zunächst ist es nur gefühlt gut für die Konjunktur, die Wertgrenzen heraufzusetzen und damit die Nachweispflichten zu verringern. Einen klaren Nachweis für diesen Zusammenhang ist man uns bisher noch schuldig geblieben. Die SPD will jetzt die Wirkung dieser Geschichte prüfen. Wir hoffen auf ein positives Ergebnis.

Mein erster Impuls in diesem Zusammenhang wäre deshalb, klarzustellen, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht ohne Grund als Mindestmaß für Vergabeverfahren vorgeschrieben sind und dadurch ein Mindestmaß an Demokratie und auch an demokratischer Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Gelder sichergestellt werden soll. Insofern wäre es aus meiner Sicht sinnvoller, die Wertgrenzen eher niedriger zu halten und nicht die gesetzlichen Vorgaben ohne Not auszuhebeln.

Die eigentliche Frage ist natürlich die nach der Wirkung und ob das Beharren auf dem Gesetzestext die aktuelle Vergabep Praxis tatsächlich verbessert, ob sie dadurch transparenter wird oder die Durchsetzung zum Beispiel der sozialen und ökologischen Ziele der Vergabeordnung dadurch in irgendeiner Weise besser wird. Die Antwort lautet eher: nein. Dazu müsste man den Hebel ganz woanders ansetzen. Wenn man die Beschaffung der öffentlichen Hand und die Vergabe öffentlicher Aufträge wirklich so organisieren will, dass zum Beispiel die ILO-Kernarbeitsnormen von den beauftragten Firmen wirklich eingehalten werden, also keine Kinderarbeit eingesetzt wird, Ökostandards und auch Tariftreue eingehalten werden, dann kommt es sicher nicht so sehr auf die Einhaltung der Wertgrenzen an. Wichtiger ist, dass die tatsächliche Einhaltung der Standards überprüfbar wird, dass man Anreize schafft, die Firmen dazu zu bringen, sich wirklich an diese Vorgaben zu halten, dass man funktionierende Kontrollmöglichkeiten schafft und die Messlatte für tatsächliche Auftragsausführungen so hoch legt, dass unabhängig von Schwellenwerten eine vorbildliche Vergabep Praxis geschaffen wird. Insofern ist für uns der vorliegende Antrag, lax gesprochen, ein bisschen wie Pfefferminztee. Er schadet nicht, aber er nützt auch nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Karan.

Senator Ian Karan: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Zur aktuellen Lage: Die positive Konjunkturentwicklung in Hamburg setzt sich fort. Die Arbeitslosenzahl ist im Oktober auf 70 500 gesunken. Wenn Sie sagen, Herr Neumann, dass ich dafür nichts getan habe, dann haben Sie recht. Das ist der beste Oktoberwert seit 2001. Die Arbeitslosenquote sank im Vorjahresvergleich von 8,5 Prozent auf 7,6 Prozent. Ich habe Grund zur Hoffnung, dass wir noch in diesem Jahr die 70 000-Marke unterschreiten werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bemerkenswert ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg auch 2009 und 2010 während der Wirtschaftskrise weiterhin zugenommen hat. Auch die Aussichten für das Jahr 2011 sind günstig. Aber fast 50 000 Menschen im Rechtskreis des SGB II sind arbeitslos, von denen rund ein Drittel Langzeitarbeitslose sind, um die wir uns auch mit unseren Fort- und Weiterbildungsinstrumenten besonders kümmern. Diese Menschen benötigen häufig intensive Förderung, um ihre Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz nutzen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Jens Kerstan*, beide GAL)

(Senator Ian Karan)

Es ist sehr bedauerlich, dass die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer Konjunkturbelebung nun massive Einsparungen in der Arbeitsmarktpolitik beschlossen hat. Das Budget der team.arbeit.hamburg für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen wird 2011 voraussichtlich um rund 57 Millionen Euro auf 130 Millionen Euro abgesenkt; das sind 30 Prozent. Das ist die falsche Nachricht für die Arbeitslosen. Eigentlich sollten wir jetzt alles dafür tun, um Arbeitslose zu qualifizieren, zu fördern, zu beschäftigen

(Beifall bei Antje Möller GAL, Michael Neumann und Wolfgang Rose, beide SPD)

und ihr Selbstwertgefühl zu steigern, und ihnen die Botschaft vermitteln, dass wir daran glauben, sie mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Fördermaßnahmen in Beschäftigung zu bringen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, eigentlich steht es mir nicht zu, aber ich möchte es doch sanft versuchen. Kann es sein, dass Ihre Rede sich auf den nächsten Tagesordnungspunkt bezieht? Im Augenblick passt sie nicht zum Thema.

Senator Ian Karan (fortfahrend): Ich bin überfragt, aber wenn Sie das sagen, Frau Präsidentin, dann akzeptiere ich das.

(Zuruf aus dem Plenum: Das ist der nächste Tagesordnungspunkt!)

– Der nächste Tagesordnungspunkt, dazu bin ich gerne bereit. Ich schicke Ihnen meine Rede zu.
– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie dürfen diese natürlich auch gerne noch einmal halten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Oder weiterreden!)

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Thema. Ist das richtig? Es ist auch für uns eine ungewohnte Situation, deshalb frage ich noch einmal. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer sich dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/7673 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 19 der Tagesordnung, Drucksache 19/7670, Antrag der SPD-Fraktion: Massive Einsparungen bei Arbeitsmarktmitteln und falsche Akzentsetzung durch die team.arbeit.hamburg – die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik in

Hamburg muss transparent und nachvollziehbar sein.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Massive Einsparungen bei Arbeitsmarktmitteln und falsche Akzentsetzung durch team.arbeit.hamburg – die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg muss transparent und nachvollziehbar sein

– Drs 19/7670 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Badde, bitte.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Bund wurde eines der größten Sparprogramme, das die Bundesrepublik je verabschiedet hat, beschlossen. Aber wer meint, dass diejenigen, die uns seit dem Jahr 2008 die Misere bereitet haben, vorrangig zur Kasse gebeten werden, irrt gewaltig. Das Gegenteil ist der Fall. Von der deutschen Wirtschaft, die sich im deutlichen Aufschwung befindet, wird nur sehr vereinzelt und dann auch nur sehr nebulös ein bescheidener Sparbeitrag gefordert. Dagegen soll bei denjenigen eingespart werden, die sowieso wenig besitzen und vor lauter Alltagssorgen keine Zeit und insbesondere keine lautstarke Interessenvertretung haben, um sich gegen diese ungerechte Politik zu wenden. Die Bundesregierung und mit ihr die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag haben einen Sparhaushalt beschlossen, der an sozialer Ungerechtigkeit kaum noch zu überbieten ist:

(Beifall bei der SPD)

massive Kürzungen im Arbeitsmarktbereich, Abschaffung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger, Abschaffung des Rentenbeitrags für Hartz-IV-Empfänger und ähnliche Grausamkeiten mehr. Wir haben gerade über die Bildungschancen bei Kindern im Regelsatzbezug gesprochen. Hamburg will berühmte Projektstadt für den Bildungsschritt werden. Merken Sie denn gar nicht, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU, wie absurd diese Diskussion angesichts der Kürzungen des Elterngeldes und anderer Leistungen ist? Alleinerziehende und Familien mit Hartz-IV-Bezügen leiden ganz besonders unter diesen Sparmaßnahmen, von anderen Ungerechtigkeiten ganz zu schweigen. Wie soll denn der viel beschworene Fachkräftemangel behoben werden, wenn ausgerechnet die Eingliederungsleistungen mit all ihren Qualifizierungsmöglichkeiten weggekürzt werden?

(Beifall bei der SPD)

Was macht Hamburg? Trotz anders zusammengesetzter Koalition wird kein Wort über diese Ungerechtigkeiten verloren. In seinem Bericht zum Bundesrat stellt der Senat nur lapidar fest, es seien Entlastungen bei den Leistungen für Arbeitsuchende vorgesehen und es gäbe auch Elterngeld. Kein Wort über die ungerechte Kürzungspolitik des Bun-

(Elke Badde)

des, kein Wort dazu, was dies langfristig für Hamburg bedeutet. Es regiert ein Senat, der sich wenig mutig – das zutreffende Wort darf ich hier nicht sagen – wegdrückt und die Folgen für die eigene Politik nicht bedenkt, weder den Fachkräftemangel noch die Gefährdung des sozialen Friedens in der Stadt.

Ist denn Hamburg im Konzert der Bundesländer so kleinlaut, dass nicht einmal ein kritisches Wort, geschweige denn eine kraftvolle Gegenwehr erlaubt ist? Wo werden denn noch die Interessen Hamburgs vertreten?

(Beifall bei der SPD)

Seit Wochen nun verhandelt die Arbeitsverwaltung, also team.arbeit.hamburg, in seiner Trägerversammlung, aber auch gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren aus der sogenannten Szene der Bildungs- und Arbeitsmarktträger und mit den Koalitionsvertretern darüber, wie diese Misere am besten zu verkraften ist. Mehr Kürzungen bei den erfolgreicherem, aber teureren Bildungsmaßnahmen oder doch eher bei den günstigeren Arbeitsgelegenheiten? Diese hat man sich nun zuerst ausgesucht, denn sie werden kurzfristiger vergeben und können auch kurzfristiger gestrichen werden. Dies sollte aber nach Willen der ARGE zu einer völlig unverhältnismäßigen Kürzung in diesem Bereich führen. Nun würde Herr Joithe-von Krosigk sagen: Gut so, Hartz-IV gehört abgeschafft und die Arbeitsgelegenheiten allemal.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Der redet gleich noch!)

Aber die Koalition hat sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag zu der Sinnhaftigkeit von Arbeitsgelegenheiten bekannt und auch den Wert für die Quartiersarbeit betont und – ich will keine Zahlen nennen, weil dieses Ziel eh' nicht erreicht wird – eine sehr hohe Anzahl von Arbeitsgelegenheiten bei der Quartiersarbeit benannt. Daher hat auch die Koalition erst einmal mit der ARGE gerungen, aber letzte Woche leider auch nicht viel erreicht. Zwar fällt im ersten Schritt die Kürzung der sogenannten Ein-Euro-Jobs geringer aus, doch soll schon nach einem halben Jahr in einem Ausschreibungsverfahren die volle Wucht der Sparbeschlüsse durchschlagen und eine verstärkte Kürzung stattfinden. Diese bringt aber nicht nur quantitative Einbußen mit sich – die Arbeitsgelegenheiten werden von 9 000 auf 6 000 gekürzt –, sondern es wird auch qualitativ erheblich an der Schraube gedreht. Qualifizierungen während laufender Arbeitsgelegenheitsprozesse finden nicht mehr statt und Prämien für die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sollen entfallen. Wie aber soll ein Träger noch das Interesse haben, seine Klienten in einen festen Arbeitsplatz zu vermitteln? Warum soll er seine eigene Maßnahme, die ihm Geld bringt, wenn diese Prämien entfallen, verkürzen? Dies ist eine völlig kurzsichtige und orientierungslose Politik.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt vielmehr, sich nicht länger in die Tasche zu lügen. Seit Antritt der CDU im Senat und nicht erst seit den Hartz-Reformen im Jahr 2005 finden massive Einsparungen im Arbeitsmarktbereich in Hamburg statt. Von den 100 Millionen Euro im Etat der Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2001 sind im Jahr 2010 noch 38 Millionen Euro übrig geblieben. Darin enthalten ist auch noch der Verwaltungsanteil für die ARGE in Höhe von 8,5 Millionen Euro, den es im Jahr 2001 überhaupt noch nicht gab. Das bedeutet eine Kürzung von fast zwei Dritteln.

Hätten wir hingegen die Verantwortlichkeit für den Arbeitsmarkt und die dahinterstehende Sozialpolitik beibehalten, hätten wir heute nicht das Dilemma, dass Strukturen in den Stadtteilen nicht nur gefährdet sind, sondern unweigerlich zusammenbrechen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Künftig fast keine Koop-Stellen mehr. Was sich hinter dieser Ansage verbirgt, ist die Gefährdung so wichtiger Projekte wie Schulkantinen, Obdachlosenbetreuung, Stadtteilversorgung mit Anlaufstellen für Versorgung und Beratung und vieles mehr. Allein im Stadtteil Jenfeld werden vier Schulkantinen mit Essen versorgt, das fast ausschließlich unter Mithilfe von Ein-Euro-Kräften hergestellt wird, die nicht weiterhin bewilligt werden sollen. Das CAFÉE mit Herz in Sankt Pauli ist eine bundesweit einmalige Einrichtung, in der Obdachlose Frühstück und eine warme Mahlzeit erhalten, aber auch anderweitige Angebote nutzen können. Ohne AGHs steht es vor dem Aus.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition! Sie haben in der Vergangenheit allein darauf gebaut, dass der Bund diese Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik finanziert. Aber selbst bei den sogenannten flankierenden Beratungsmaßnahmen, die eindeutig kommunal zu finanzieren sind, ist Hamburg sehr sparsam geblieben. Am besten, der Bund zahlt alles. Jetzt, wo er nicht mehr zahlen will, ist die Misere groß.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Es zeigt sich, dass keine eigenständige Strategie entwickelt wurde, wie in Hamburg die große soziale Herausforderung bewältigt werden soll, wie diejenigen Menschen, die sehr arbeitsmarktfremd sind, mit einer verlässlichen Aufgabe ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können und wie die staatlich unterfinanzierten Bereiche in den Stadtteilen weiter existieren können, wenn die Finanzierung über Arbeitsmarktmittel nicht mehr funktioniert.

Dies alles kann die Koalition bisher nicht beantworten. Hamburg braucht aber diese Antworten. Wir

(Elke Badde)

haben unseren Antrag gestellt, damit Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Stemann.

Hjalmar Stemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir mit der SPD auf einmal wieder einen so engagierten Mitstreiter bei der Arbeitsmarktpolitik haben. Das war in der jüngsten Vergangenheit nicht immer der Fall. Um ehrlich zu sein, so ein Engagement hätte ich mir schon vor einigen Wochen und Monaten bei der Entscheidung über Hamburg als Optionskommune gewünscht,

(*Andy Grote SPD:* Das haben Sie doch verpennt!)

von der wir uns versprochen hatten, stärkeren Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre aber nur gegangen, wenn wir in der Bürgerschaft eine Zweidrittelmehrheit hätten erreichen können. Aber da, liebe SPD, haben Sie nicht mitgespielt und Hamburg arbeitsmarktpolitisch im Regen stehen lassen. Das ist ein Verhalten, das ich nicht gerade für verantwortlich halte. Typisch SPD: Wenn es um Entscheidungen geht, kneifen sie, aber wenn es um Fordern geht, sind sie ganz vorne mit dabei. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Wir handeln erst und reden dann.

Darum haben wir auch, liebe Frau Badde, als Sie diesen Antrag der SPD formuliert haben,

(Zurufe von der SPD)

als Koalition schon längst zusammengesessen und sind tätig geworden, um Lösungen zu erarbeiten. Dazu hat Senator Karan mit seiner faktischen Eröffnung dieses Debattenpunktes bereits einiges gesagt. Wir haben tatsächlich, wie Frau Badde eben ausführte, in Gesprächen mit der Arbeitsagentur, mit team.arbeit.hamburg, mit den Behörden und den Trägern ein vernünftiges Ergebnis erarbeitet. Fakt ist, dass die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen seitens des Bundes von rund 187 Millionen auf 131 Millionen herabgesetzt werden. Daran sind aber weder der Senat noch die BWA oder die team.arbeit.hamburg schuld und schon gar nicht die schwarz-grüne Fraktion hier in Hamburg.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Schwarz-grüne Fraktion – das wird ja immer schöner!)

Diese Vorwürfe werden doch gemacht.

Wir werden die Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage dieser Absenkung neu ausrichten, und zwar im Einvernehmen mit unserem Koalitionspartner und entsprechend den Vorgaben des Koalitionsvertrages. Fakt ist, dass die Sparvorgaben nicht nur einzelne, sondern alle Maßnahmen treffen werden. Den Regierungsfractionen ist in diesem Zusammenhang aber sehr daran gelegen, dass einerseits Maßnahmen mit vergleichsweise hohen Integrations- und Erfolgsquoten wie das Hamburger Modell oder die arbeitsplatznahen Fort- und Weiterbildungen ausreichend finanziert sind und dass andererseits bei den Arbeitsgelegenheiten, den Ein-Euro-Jobs, nur unterproportional gekürzt wird.

Lesen Sie sich den Koalitionsvertrag einmal genau durch, Frau Badde, Sie haben es eben nicht zitiert wollen,

(*Elke Badde SPD:* Der ist nicht sehr lang!)

dann werden Sie sehen, dass wir an unseren Vereinbarungen festhalten. Im Bereich der Arbeitsgelegenheiten wird es im ersten Halbjahr einen durchschnittlichen Bestand von 7250 Stellen geben. Mit 2700 Stellen wird eine besondere Betonung auf die stadtteilbezogenen Projekte gelegt; im zweiten Halbjahr steigt diese Zahl noch einmal um 300 Stellen.

Wir haben uns auch über die Umsetzung in der Übergangsphase geeinigt. Alle Teilnehmer der bis zum 31. Dezember dieses Jahres bewilligten Maßnahmen können bis zum Ende ihrer persönlichen Höchstdauer auf den bisherigen Stellen verbleiben. Aber auch junge Leute lassen wir nicht im Regen stehen. Mit 1500 U25-Stellen halten wir den jetzigen Stand der besetzten Stellen stabil. Wir verfolgen damit weiterhin das vorrangige Ziel, arbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen und sie von Transferleistungen unabhängig zu machen. Wir setzen auf langfristige Maßnahmen, zum Beispiel in der Berufs- und Weiterbildung, und wir setzen die stadtteilorientierten Maßnahmen vertragsgemäß um.

Wir halten viel von Qualifizierungsmaßnahmen. Sie sind für ALG-II-Empfänger sehr wichtig, da mehr als die Hälfte der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II über keinen Berufs- oder Schulabschluss verfügen. Aber nicht für jeden Arbeitslosen ist eine Qualifizierung das geeignete Instrument. Viele Arbeitslose müssen den Arbeits- und Lernalltag erst wieder üben und benötigen vorrangig Unterstützung zum Beispiel bei der Bewältigung psychosozialer Probleme. Hier soll in Zukunft nachgesteuert und gezielter ausgewählt werden, für welche Personen welche Maßnahmen am erfolgversprechendsten sind.

Meine Damen und Herren! Eine verlässliche Politik erfordert klare Zahlen und Daten. Diese liegen uns seitens des Bundes aber noch nicht endgültig vor. Erst mit Feststehen der zur Verfügung stehenden

(Hjalmar Stemann)

Bundesmittel kann die Maßnahmenplanung erstellt werden. Um aber den Trägern und Betroffenen so früh wie möglich Planungssicherheit zu verschaffen, haben wir die eben genannten Vereinbarungen getroffen. Und wir gewinnen dadurch Zeit, die Bundeskürzungen mit allen Beteiligten im Dialog zu einem sinnvollen Konzept zu verarbeiten, auch um zum Beispiel darüber zu sprechen, wie weitere Finanzierungsquellen für so wichtige Projekte wie die Schulküchen zu finden sind.

Erste Vorgespräche haben stattgefunden, für die nächsten Runden finden derzeit die Terminierungen statt. Mehr und genauer kann uns dann im Rahmen des jährlichen Durchführungsberichts zum SGB II, der der Bürgerschaft zugeleitet wird, Auskunft gegeben werden. Selbstverständlich werden wir Sie und alle Beteiligten über unsere weiteren Gesprächsergebnisse zur Arbeitsmarktpolitik informieren. Alles in allem ist Ihr Antrag daher abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Badde, ich teile inhaltlich – das wissen Sie aber auch – voll und ganz Ihre Einschätzung, dass die Entscheidungen, die jetzt auf Bundesebene getroffen worden sind, einerseits bezüglich des Regelsatzes, des ganzen Themas Hartz IV, aber auch in den arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen, sozialpolitisch völlig blind sind. Sie kümmern sich nicht um die langfristigen Auswirkungen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Entschuldigen Sie bitte, Frau Möller!

Meine Damen und Herren! Wir hatten eine Vereinbarung, dass wir das Parlament nicht stören durch Unterhaltung auf der Senatsbank. – Vielen Dank.

Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller (fortfahrend): Ich teile auch die Einschätzung, dass wir auf Länderebene diese Kürzungen ausbaden müssen. Allerdings ist die Situation, in der wir uns jetzt befinden, nicht vom Himmel gefallen. Die Grünen müssen sich zum Beispiel auf Bundesebene sagen lassen, dass sie an der Entwicklung des ganzen Hartz-IV-Modells beteiligt waren. Die SPD aber muss sich sagen lassen, dass der damalige Arbeitsminister und jetzige Parteivorsitzende hier in Hamburg sehr viel an Vorlage zu der jetzigen Entwicklung der Arbeitsmarktförderung geleistet hat. Insofern können wir eigentlich nur alle gemeinsam dieses Problem lösen.

Man merkt wieder einmal, dass dieses Thema in der parlamentarischen Debatte nicht wirklich ein Renner ist. Es ist aber entscheidend, dass wir uns politisch damit auseinandersetzen. Da vermisste ich dann aber auch Ihre Lösungsvorschläge, Frau Badde.

Sie haben während der letzten zweieinhalb Jahre ständig kritisiert, dass wir im Koalitionsvertrag ein Umsteuern von einem Drittel der Arbeitsmarktmittel in die Quartiere vereinbart haben. Wir haben immer wieder inhaltlich begründet, warum wir das für notwendig halten. Jetzt scheint es so, als wenn Sie plötzlich an unserer Seite stehen und sagen, da gehen doch wertvolle und wichtige Projekte für die Quartiere zugrunde, wenn so massiv in den Eingliederungstitel und vor allem in den Titel für die Arbeitsgelegenheiten eingegriffen wird. Ich finde das etwas verwunderlich, aber begrüße das inhaltlich natürlich. Dann muss man sich aber auch die Frage stellen, wer denn eigentlich so massiv gerade in diesen Teil des Eingliederungstitels eingreifen will. Das ist eben nicht die ARGE, sondern es ist vor allem die BA, also wieder die Bundesebene, die hier ganz deutlich Zahlen vorgegeben hat, die auf dem hamburgischen Arbeitsmarkt tatsächlich äußerst zerstörerische Auswirkungen gehabt hätten. Diesen Effekt haben wir – Herr Stemann hat das eben schon berichtet – verhindert. Uns allen – und Sie werden nicht darum herumkommen, sich zu beteiligen – obliegt die Aufgabe, uns den Hamburger Arbeitsmarkt mit seinen verschiedenen Maßnahmen, mit den verschiedenen Effekten der Maßnahmen, aber vor allem auch mit den verschiedenen Projekten, die dadurch finanziert werden, anzusehen und gemeinsam Lösungen zu finden, um dem langfristigen Konzept der Bundesagentur für Arbeit, das ein noch viel weiteres Absenken vor allem der AGHs, aber auch anderer Maßnahmen, die von Ihnen begrüßt worden sind, vorsieht, etwas entgegenzusetzen. Das bleibt schlicht und einfach unsere Aufgabe in Hamburg. Sie tragen aber nichts zur Lösung dieser Aufgabe bei, wenn Sie quasi eine Große Anfrage stellen, nämlich insgesamt fünf Fragen zu einem Antrag zusammenfassen, ohne dass Sie mit einem politischen Impuls oder von mir aus auch mit einem Auftrag an den Senat kommen, wie er denn der Situation etwas entgegensetzen soll. Ich vermisste den politischen Gegenvorschlag der SPD. Sie haben schlicht und einfach Fragen gestellt, auf die Sie auch in einer Großen oder vielleicht sogar in einer Kleinen Anfrage Antworten bekommen könnten; dafür brauchen wir keinen Antrag.

Was mich freut, ist die plötzliche Unterstützung für die Projekte und Maßnahmen in den Quartieren. Herr Stemann hat schon gesagt, dass wir die Zahl, die im Koalitionsvertrag steht, nämlich 3000 AGHs im Sommer, dann zumindest auf dem Papier haben werden; Sie wissen auch, dass es

(Antje Möller)

immer noch einen Unterschied zwischen Bewilligung und Besetzung gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass Ihre Aussage zu den sogenannten Koop-Arbeitsgelegenheiten schlicht und einfach falsch ist. Auch hier haben wir in unserer Verständigung dafür gesorgt, dass das Absenken der AGHs im Koop-Bereich so gering ist, dass keine bestehenden Projekte aufgeben müssen. Es bleibt die Aufgabe, tatsächlich bis zum Sommer nächsten Jahres konzeptionell in vielen Bereichen mit vielen Trägern und mit vielen Akteuren und Akteurinnen vor Ort darüber zu reden, wie es weitergehen soll.

Im Übrigen muss man sich natürlich auch die Fragen stellen – das sind aber wieder Fragen, die wir vielleicht gemeinsam an die BA stellen sollten –, was für Maßnahmen denn eigentlich ansonsten für die Langzeitarbeitslosen, die zurück in den Arbeitsmarkt sollen, geplant sind. Da fehlen nämlich die Antworten von Bundeseite. Kürzlich hat Herr Alt gesagt, es solle keine verpflichtende Teilnahme an AGHs mehr geben; wir brauchten uns auch um Qualifizierung nicht mehr so viele Gedanken zu machen, Hauptsache sei, wir bekämen Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit. Mit welchen Maßnahmen das geschehen soll, dafür gibt es aber noch keine Vorschläge. Der politische Druck auf die Entscheidungen auf Bundesebene täte uns allen gut, weil wir nur dann für die Hamburger Politik, aber auch für die Hamburger Struktur der Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen sinnvolle und hoffentlich zukunftssträchtige Lösungen finden können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren den SPD-Antrag "Massive Einsparungen bei Arbeitsmarktmitteln und falsche Akzentsetzung durch die team.arbeit.hamburg – die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg muss transparent und nachvollziehbar sein". Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg, das klingt doch gut. Um das Unproblematische zuerst zu formulieren: Meine Fraktion wird dem Petition dieses Antrags, das vom Senat Transparenz und Nachvollziehbarkeit in seiner Arbeitsmarktpolitik und die Ablehnung des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 im Bundesrat fordert, zustimmen.

Als sozialpolitischer Sprecher meiner Fraktion und als – das habe ich nach beinahe drei Jahren in diesem Hohen Haus keinesfalls vergessen – Hartz-IV-Geschädigter möchte ich dann aber doch einige durchaus problematische Unschärfen dieses Antrags zur Sprache bringen. Zunächst wissen wir,

dass die Mittel, die in Hamburg zur Arbeitseingliederung von Erwerbslosen des Rechtskreises SGB II zur Verfügung stehen, in den kommenden drei Jahren drastisch heruntergefahren werden sollen. Ausgehend von 187 Millionen Euro in diesem Jahr werden die Mittel im Jahr 2011 auf rund 130 Millionen Euro und 2012 auf 101 Millionen Euro abgesenkt, um im Jahr 2013 mit 89 Millionen Euro bei rund der Hälfte der gegenwärtig aufgewendeten arbeitsmarktpolitischen Mittel im Rechtskreis des SGB II zu gelangen. Der Verweis auf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, den Vertreter der BWA und von team.arbeit.hamburg bei der Verkündung ihres arbeitsmarktpolitischen Streichkonzerts bemühen, entbindet den Senat der Freien und Hansestadt aber überhaupt nicht von seiner Verantwortung.

(Zuruf von der CDU: Frechheit!)

Er verdeutlicht vielmehr, dass es der Senat in der Vergangenheit – da können Sie dann noch einmal "Frechheit" sagen – fahrlässig versäumt hat, sich in der Frage der Integration in Arbeit vom bundespolitischen Diktat zu lösen

(Beifall bei der LINKEN)

und eigene Haushaltsmittel für den Erhalt und die Schaffung regulärer Arbeitsplätze und die Realisierung vollwertiger Qualifikationsangebote in die Hand zu nehmen. Dies wäre eine nachhaltige Zukunftsinvestition gewesen ohne den leidigen Drehtüreffekt, der den bundesrepublikanischen Arbeitsmarktinstrumenten systematisch anhaftet. Diese bundespolitischen Arbeitsmarktinstrumente – und wir sprechen da von den Ein-Euro-Jobs und von den sogenannten 16e-Maßnahmen – sind aber auch, und das muss wieder einmal gesagt werden, Kinder der SPD. Und wenn wir in diesem SPD-Antrag lesen, dass die Hartz-IV-Betroffenen – ich zitiere –

"[...] zu den größten Sparopfern der Wirtschafts- und Finanzkrise werden",

dann ist das zweifelsfrei zutreffend. Zutreffend ist aber auch, dass die Hartz-IV-Betroffenen die ersten Opfer der rot-grünen Koalition Schröder/Fischer im Bund waren. Dies haben sie keinesfalls vergessen. Meine Fraktion heißt die drastischen arbeitsmarktpolitischen Einsparungen des schwarz-grünen Hamburger Senats zulasten der Langzeiterwerbslosen natürlich keinesfalls gut, das muss ganz offen gesagt werden. Allerdings war es wiederum die rot-grüne Bundesregierung, die durch die Schaffung des Zweiklassensystems in der Arbeitsförderung, also der Rechtskreise SGB II und SGB III, den prekären Status eines entrechteten langzeitarbeitslosen ALG-II-Empfängers geschaffen hat. Auch das sei Ihnen noch einmal ins Buch geschrieben.

In der Regel erfolgt der Absturz in das Hartz-IV-System nach einem Jahr Erwerbslosigkeit, bei ent-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

sprechend kurzen Anwartzeiten sogar schon nach einem halben Jahr. Die vorgebliche – ich zitiere noch einmal aus diesem Antrag –

"[...] Distanz von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt [...]"

hat die rot-grüne Schröder/Fischer-Administration als erste definiert und in die Welt gesetzt, um von der strukturellen Distanz des Arbeitsmarktes von der freigesetzten Erwerbsbevölkerung abzulenken und einem in Europa beispiellos ausgeweiteten Niedriglohnsektor das Feld zu bereiten.

(Stephan Müller CDU: So eine Frechheit!)

Ich darf für meine Person in Anspruch nehmen, nicht nur über Hartz-IV-Betroffene zu sprechen, sondern auch mit ihnen zu reden. Und ich darf deshalb an dieser Stelle auch in Richtung der SPD formulieren: Lassen Sie uns über eine transparente und nachvollziehbare Arbeitsmarktpolitik in Hamburg diskutieren, aber bitte – und hören Sie da bitte gut zu – nehmen Sie nicht länger die rund 200 000 in Hamburg von Hartz IV betroffenen Menschen in Geiselhaft, wenn es Ihnen in Wahrheit – und das klang bei Frau Badde wieder durch – um die Interessen der angesichts der jüngsten Sparbeschlüsse sichtlich nervösen Beschäftigungsträger geht; das ist unredlich.

Meine Fraktion kann die Sparbeschlüsse des Senats in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ebenso wenig gut heißen wie die SPD-Fraktion. Ich betone das, damit wir nicht morgen in der Presse lesen müssen, die LINKE heiße die neoliberale Sparpolitik von Schwarz-Grün gut. Das macht sie selbstverständlich nicht. Aber – und das hat Frau Badde schon vorausgesehen – wir weinen den Arbeitsgelegenheiten, die nun wegfallen sollen, keine Träne nach und wir fordern weiterhin die Abschaffung der verbleibenden 7250 Plätze. Da gibt es gar kein Wenn und Aber. So steht es in unserem Wahlprogramm und daran halten wir uns.

(Ingo Egloff SPD: Das ist die Wahrheit!)

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Ein-Euro-Jobs sind keine adäquaten Fördermaßnahmen. Sie verdrängen reguläre Beschäftigung, sie leisten einer Ausweitung des Niedriglohnsektors Vorschub und sie bringen die Erwerbslosen nicht nachhaltig in auskömmliche, reguläre und würdevolle Arbeit. Sie binden überdies arbeitsmarktpolitische Mittel, die sinnvoll für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen und für Qualifikation eingesetzt werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

In abgeschwächter Weise gilt dies auch für die 16e-Maßnahmen, die sogenannte JobPerspektive, die den Arbeitsmarkt verzerren, einheitliche Arbeitnehmerrechte aufweichen, die Arbeitslosenversicherung schwächen, indem keine Beiträge abge-

führt werden, und dem Drehtüreffekt weiterhin Vorschub leisten.

Der SPD-Antrag spricht verschiedene, für Hamburg und seine Menschen hochwichtige politische Aspekte an, aber er ist auch ein wenig diffus. Ich erkenne in dem Antrag die nachfolgenden Aspekte: Erstens die Situation der Hartz IV-Betroffenen, zweitens die soziale Integration in den Stadtteilen und drittens das Los der Beschäftigungsträger. Zu diesen drei wichtigen Politikfeldern möchte ich der Reihe nach die Position meiner Fraktion erläutern.

Zur Situation der von Hartz IV-Betroffenen: Selbstverständlich hören auch wir im Gespräch mit Ein-Euro-Jobbern oft das Argument, dass es die sogenannte Mehraufwandsentschädigung von 120 bis 160 Euro im Monat ist, die es ihnen ermöglicht, sich einigermaßen über Wasser zu halten. Und selbstverständlich wissen auch wir, dass es eben genau der Betrag ist, der einem von Hartz IV Betroffenen für eine grundlegende soziokulturelle Teilhabe im Monat fehlt. Die systematische politische Forderung, die daraus resultiert, kann aber doch nicht ein Festhalten an den arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiven, entwürdigenden und entrechtenden Ein-Euro-Jobs sein. Die systematische sozialpolitische Forderung muss die nach einer repressionsfreien und eine würdevolle Existenz gewährleistenden Mindestsicherung sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD hat die Möglichkeit, den erneuten Verfassungsbruch bei der Neuberechnung der Regelsätze, auf den die Bundesministerin von der Leyen geradewegs zusteuert, im Bundesrat zu stoppen. Ich fordere Sie an dieser Stelle auf, sich dafür einzusetzen. Solange dieses unterste Netz einer sozialen Mindestsicherung nicht gespannt ist, müssen wir gar nicht groß über stark konjunkturabhängige arbeitsmarktpolitische Konzepte diskutieren. Meine Fraktion fordert deshalb eine repressionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 500 Euro im Monat, unabhängig von den individuell weder zu vertretenden noch zu beeinflussenden strukturellen und konjunkturellen Verwerfungen des Arbeitsmarktes, denn nur so nehmen wir den Menschen ihre Zukunfts- und ihre Existenzangst.

Dann zur sozialen Integration in den Stadtteilen, die sowohl von der GAL als auch von der SPD bemüht wurde: Wenn Defizite bei der sozialen Integration in den Stadtteilen – wohl weniger in den Elbvororten – wahrgenommen werden, und wir teilen diese Wahrnehmung, dann sollte die Behebung dieses Problems selbstverständlich oberste staatspolitische Priorität haben. Wenn wir die soziale Integration in der Stadt als einen hervorragenden politischen Wert erkennen – und dies tun wir doch wohl über alle Parteigrenzen hinweg –, dann sollten wir uns diese Wertschätzung auch etwas kosten lassen. Wir brauchen in den Quartieren bestens motivierte Lehrer, Erzieher, Sozialpädago-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

gen und Fach- und Pflegekräfte. Natürlich kann die Arbeit am Menschen und mit den Menschen nur fruchtbar sein, wenn sie auch entsprechend motiviert ist. Daraus aber ableiten zu wollen, dass dies auf Kosten der Bezahlung erfolgen soll oder auch nur kann, erscheint zutiefst absonderlich. Es erscheint abwegig, auf die Idee zu kommen, die stadtpolitisch hochwichtige soziale Quartiersarbeit ausgerechnet von den sogenannten Billigheimern – wie die Ein-Euro-Jobber von einigen bezeichnet werden – durchführen zu lassen. Ich frage ernsthaft in diese Runde: Ist das Ihr Konzept für die Zukunft der wachsenden Metropole Hamburg, eine soziale Stadtentwicklung in der Billigvariante und zudem je nach Kassenlage des Bundes? Das kann wohl nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich und endlich komme ich auf das Los der Beschäftigungsträger zu sprechen. Die Hartz-IV-Reformen haben an die eher – so muss man das wohl bezeichnen – niederen Tugenden der Branche appelliert. Mir ist kaum je ein Sozialpädagoge vorgekommen, der im vertraulichen Gespräch nicht über die fachfremden Zwänge, die ihm das Hartz-IV-System diktiert, geklagt hätte. Es ist doch letztendlich der wirtschaftliche Überlebenskampf der Beschäftigungsträger und ihrer Mitarbeiter, der sie in den Interessenbekundungsverfahren bei team.arbeit.hamburg mitpokern lässt. Ich verurteile die subjektive Verfolgung von Interessen keinesfalls, allerdings haben wir als Parlament die Aufgabe und die Möglichkeit, zwischen den Interessen, die da aufeinanderprallen, auszugleichen.

Wenn ich nun das bis hierher Entwickelte noch einmal Revue passieren lasse und eins und eins zusammenzähle, dann haben wir einen, das ist hier im Hause unbestritten, erheblichen Bedarf an sozialer Stadtentwicklung in den Quartieren. Und wir haben Fachleute in den sozialen Berufen bei den Beschäftigungsträgern.

Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten.

Was liegt also näher, als den Trägern ihren originären sozialpädagogischen Auftrag zurückzugeben? Es gibt doch mehr als genug zu tun in unserem Hamburg, in den Quartieren. Und das wird keineswegs mit einem sozialpolitischen Sparhaushalt zu bewältigen sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann können wir auch weiter über Arbeitsmarktpolitik diskutieren, aber dann wirklich im Interesse der Langzeiterwerbslosen und nicht, indem wir deren Interessen nur vorschieben, in Wahrheit aber die Interessen der durch Hartz IV korrumpierten Beschäftigungsträger meinen, die den Arbeitsmarktpolitikern der SPD zuweilen doch offensichtlich sehr am Herzen liegen.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist aber eine sehr unangemessene Ausdrucksweise, am Herzen!)

Meine Fraktion stimmt dem Antrag der SPD unter den von mir eben ausgeführten Vorbehalten zu und ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wenn ich auch noch einmal darum bitten dürfte, dass der Geräuschpegel gesenkt wird. Ich wollte Herrn Joithe in seinem Gedankenfluss nicht unterbrechen, aber es ist auch für uns schwierig, immer aufmerksam zu sein. Sie wissen selbst, wie es ist, wenn Sie vorne stehen und sich dann mit Ihrer Stimme nicht durchsetzen können. Das ist nicht der Sinn unserer Arbeit hier im Haus, dass wir uns gegenseitig stören,

(Beifall bei *Wilfried Buss SPD*)

sondern dass wir zuhören und in der Sache debattieren. Insofern darf ich noch einmal um Ruhe bitten.

Das Wort bekommt nun der Herr Wirtschaftssenator.

Senator Ian Karan: Herr Präsident, ich danke Ihnen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass ich diesmal wirklich dran bin. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe gespürt, dass mich die Opposition unbedingt hören wollte, und gehe deshalb noch einmal nach vorne.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der SPD)

Ich bitte trotzdem um Nachsicht, denn ich bin das Taktieren nicht so gewohnt, aber ich lerne es, wie ich Ihnen schon sagte, so schnell wie möglich. Ich werde nicht alles wiederholen, was ich schon gesagt habe, ich denke, dass Sie das trotz der vielen Reden, die Sie zwischendurch gehört haben, alles behalten haben; deswegen fahre ich fort.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Für den Senat war es wichtig, dass trotz der erheblichen Bundesmitteleinsparungen ein Kompromiss zur Umsteuerung bei den Arbeitsgelegenheiten gefunden wurde. Es ist sichergestellt, dass die Arbeitslosen in den Stadtteilen auch weiterhin gefördert und die Beratungsstellen und Dienstleistungen für die Bewohner der Quartiere weitestgehend aufrechterhalten werden. Zu den von einigen geforderten ausgleichenden Maßnahmen der Stadt möchte ich Folgendes sagen: Hamburg setzt sich aktiv für die Arbeitslosen in dieser Stadt ein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

(Senator Ian Karan)

Es ist auch ein Herzenswunsch von mir persönlich, dass die Arbeitslosenzahl von heute um die 70 000 hoffentlich auf 65 000 heruntergebracht werden kann. Wir können jedoch in Zeiten knapper Kassen die Bundesmitteleinsparungen von voraussichtlich mehr als 50 Millionen Euro nicht aus Hamburger Steuern ausgleichen. Dennoch müssen wir konstruktiv und parteiübergreifend zusammenarbeiten und viel mehr gute Lösungen für die Arbeitslosen finden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich würde meine Rede gern damit beenden, dass ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, aber auch meiner eigenen Fraktion, versichere: Ich stehe zur Verfügung, ich brauche Ihre Ideen und Ihre Hilfe, um den Arbeitslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen zu helfen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Senator, ich freue mich, dass Sie die Situation der Langzeitarbeitslosen, insbesondere in Hamburg, verbessern wollen und ich kann Ihnen auch versichern, dass wir Sie dabei unterstützen. Aus meiner Sicht möchte ich die Ausführungen von Herrn Joithe noch etwas ergänzen. Der Senat hält sich zwar etwas bedeckt, wie er sich die Umsetzung der geplanten Kürzungen der Mittel für die Eingliederungsmaßnahmen in den nächsten drei Jahren vorstellt, aber es ist jetzt schon absehbar, dass die sogenannten teuren, längerfristigen Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung nahezu vollständig wegfallen sollen. Mit dem Scheinargument der Wirtschaftlichkeit wird hier der ohnehin im Zuge der Hartz-Reformen stark aufgeweichte Sinn von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten noch mehr ausgehöhlt. Was will man denn arbeitslosen Menschen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch bieten? Bewerbungstraining 1 bis 6 – und das war es. Inwiefern soll sich denn daraus ergeben, dass jemand aufgrund einer solchen Maßnahme besser eine Arbeit findet als ohne sie? Hier werden die tatsächlichen Probleme von fast 140 000 in Hamburg als arbeitsuchend gemeldeten Menschen und die Probleme der 100 000 Menschen, die sich ausschließlich mit geringfügigen Beschäftigungen durchrangeln müssen, vollkommen ignoriert. 200 000 Hartz-IV-Bezieher und die darin enthaltenen 26 000 Aufstocker finden hier einfach nicht statt. Das Recht von mehr als 15 Prozent der Hamburger und Hamburgerinnen auf eine echte Chance, wieder eine Arbeit zu finden, durch

die man auch in Würde leben kann, wird übergangen.

Wie die Hamburger Kinder, die derzeit laut Auskunft der BWA in Armut leben müssen, unter diesen Voraussetzungen jemals eine Chance bekommen sollen, erschließt sich mir nicht. In jüngeren Studien wird immer wieder deutlich, mit welch dramatischen Ausmaßen junge Menschen mit dem Übergang von der Schule in den Beruf zu kämpfen haben. Und in dieser Situation streicht man nahezu alle öffentlich finanzierten beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Von dem Vorhandensein einer wirklichen Arbeitsmarktpolitik, die diesem Zweck dienen soll, die Menschen langfristig in eine auskömmliche Erwerbsarbeit zu bringen, kann man unter diesen Voraussetzungen nicht sprechen.

Noch einmal direkt zu dem Antrag der SPD-Fraktion: Es ist äußerst löblich, dass Sie die Belange der Erwerbslosen nicht aus den Augen verloren haben. Und ich teile Ihre Ansicht, dass gegen diese unsozialen und die Wirkung jeglicher Arbeitsmarktpolitik aushebelnden Kürzungsmaßnahmen in jedem Fall etwas getan werden muss. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen bin ich auch einverstanden. Aber uns reicht das nicht, nicht unter den Bedingungen, die nach fünf Jahren Hartz IV auf dem Arbeitsmarkt herrschen. Hier muss Geld in die Hand genommen werden. Und es ist im ersten Zuge gar nicht einmal so viel, wie man meinen könnte, ein für Hamburger Verhältnisse vergleichsweise geringer Beitrag von 50 Millionen Euro. Die SPD hat aufgezeigt, dass die Steuermehreinnahmen dieses finanzieren könnten.

(Zurufe von der CDU)

Wenn in den Einstieg in den Arbeitsmarkt tatsächlich fördernde Arbeitsmarktpolitik investiert würde, ohne die Fortführung entwürdigender AGHs, die weiter nur die Lohnkosten der Arbeitnehmer bezuschussen und die Löhne drücken, könnte man sicher schon viel mehr erreichen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Wirtschaft so boomt, wie immer wieder erwähnt wird, und der Fachkräftemangel ein so stark wachsendes Problem ist, ist eine wirksame Qualifizierung von Erwerbslosen unverzichtbar. Qualifiziertes Personal für solche Maßnahmen haben wir in den Trägern. Wenn allerdings alles so bleibt, wie CDU und GAL das für Hamburg planen, wird die durch die Hartz-Reform arbeitskräftemäßig bereits halbierte Trägerlandschaft durch die aktuellen Kürzungen noch einmal stark dezimiert und die Erwerbslosen haben keine Chance, durch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme tatsächlich noch in Arbeit zu kommen. Eine andere Arbeitsmarktpolitik ist machbar und auch finanzierbar. Sie ist auch bitter nötig. Wie bereits von Herrn Joithe ausgeführt wurde, stimmen wir dem SPD-Antrag zu.

(Elisabeth Baum)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller. Frau Badde, das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Badde, auch ich habe die Rednerreihenfolge nicht so ganz verstanden. Ich weiß, dass man den Präsidenten nicht kritisieren darf, tue ich auch nicht.

Ich will noch einmal zu dem Thema sprechen, über das wir heute eigentlich reden wollen. Man sieht vielleicht an diesen beiden Redebeiträgen der Kollegin und des Kollegen von der LINKEN, dass die Grundeinschätzung des Eingliederungstitels auch innerhalb einer Fraktion sehr unterschiedlich sein kann. Das genau zeichnet auch die gesamte Arbeitsmarktdebatte aus, deswegen ist sie eventuell auch so wenig interessant für uns alle. Es ist vielleicht auch eine Insider-Debatte für diejenigen, die sich tagtäglich oder zumindest sehr häufig mit dem Thema beschäftigen. Deswegen will ich noch einmal auf die Punkte kommen, die heute für Hamburg relevant sind. Anders als Frau Baum sehe ich in dem SPD-Antrag keine Maßnahmen, die dort vorgeschlagen werden. Sie schlagen nichts vor, Sie fragen Dinge ab. Aber das ist etwas wenig für einen politischen Antrag.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir hatten in Hamburg die Situation, drastische Kürzungen abwehren zu müssen und nicht, drastische Kürzungen umsetzen zu wollen, Herr Joithe. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Und es ist uns mit einer heftigen Kraftanstrengung gelungen, drastische Kürzungen abzuwenden. Wir haben die Kürzungen des Eingliederungstitels insgesamt hinzunehmen, es bleibt Hamburg gar nichts anderes übrig. Aber um die Art und Weise, wie diese Kürzungen umgesetzt werden und welche drastischen und dramatischen Auswirkungen das hat, haben wir uns gekümmert.

Ich glaube, dass das jetzt vorliegende Ergebnis für die Erwerbslosen, für die Träger, genauso aber auch für uns, die wir politisch entscheiden müssen, können und dürfen, und die ARGE team.arbeit.hamburg, die das dann umsetzen muss, zwei Folgen haben wird. Die eine Folge ist, dass es erst einmal für ein gutes halbes Jahr eine Perspektive für diejenigen gibt, die in Maßnahmen sind, und auch für die Träger der Maßnahmen, um sich mit der Notwendigkeit der Umsteuerung vertraut zu machen, um nicht sofort in die Insolvenz zu gehen und nicht sofort für Projekte die Türen verschließen zu müssen.

Darüber hinaus haben wir die große Aufgabe, etwas zu tun genau in den Bereichen, die wir zum Teil sehr unterschiedlich, aber doch mit demselben

Fokus diskutiert haben, bei denen wir Quartiersarbeit leisten, zum Beispiel im Bereich der Grünpflege, den Schulküchen oder in anderen sozialen Einrichtungen; im Übrigen auch in den Elbvororten, wenn ich das einmal so platt sagen darf,

(Frank Schira CDU: Richtig!)

weil die Betreuung von Älteren, aber auch Nachhilfe von Schülerinnen und Schülern alles Projekte sind, die zum Teil auch durch Arbeitsgelegenheiten getragen werden. Hier hat DIE LINKE einen anderen Ansatz als die CDU, als wir oder auch als die SPD. Die Debatte ist sicher spannend und wird heute teilweise auch geführt, ist aber nicht das eigentliche Thema, denn wir mussten abwehren, dass die vorgeschlagene Umsetzung der Einsparungen zu drastischen Auswirkungen in diesem Segment führt, und das ist gelungen. Wir haben im Übrigen natürlich auch die Aufgabe, nicht nur für das nächste Jahr, sondern längerfristig konzipiert, hier für Abhilfe zu sorgen.

Wenn man jetzt noch einmal auf die Debatte über die Pfortnerlogen bei der SAGA GWG zurückkommt – das haben wir schon einmal diskutiert, übrigens unter einem ähnlichen Lärmpegel wie jetzt diese Debatte –, dann gibt es mit einer sehr kleinen Größenordnung plötzlich doch Bewegung. Wir wollten, dass es ein Drittel der ungefähr 200 Pfortnerlogen regelhaft als AGHs im Angebot der SAGA gibt, und das wird erreicht. Es wird zu etwa 66 bis 70 festen, sozialversicherungspflichtigen, teilweise auch geförderten Arbeitsplätzen kommen. Das sind die Erfolge, die wir brauchen, auch wenn sie erst einmal nur eine kleine Größenordnung darstellen.

(Beifall bei Hjalmar Stemann und Ekkehart Wersich, beide CDU)

Es ist wichtig, dass wir alle wissen, wovon wir reden. Deswegen sind auch die Fragen, die sich der SPD stellen – vielleicht, weil die politischen Konzepte fehlen, vielleicht auch nur, weil sich erst einmal Fragen stellen –, natürlich die richtigen. Es wird genau darum gehen, in welchem Umfang welche Maßnahmen verändert und gestrichen werden, wie dort gewichtet wird und wie sich dadurch die Struktur im ganzen Segment der Angebote für Langzeitarbeitslose verändern wird, aber eben auch, inwieweit das Angebot für alle anderen, die von AGHs profitieren, verändert wird. Das bleibt schlicht und einfach die Aufgabe bis zum Sommer.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Ich habe einige Anmerkungen. Zunächst zu Ihnen, liebe Frau Möller. Alles Menschenwerk ist mit Fehlern behaftet und ich bin auch nicht fehlerfrei. Hätte ich Ihre Wortmeldung vor der von Frau Baum gesehen, hätte ich Sie vorher auch aufgerufen, aber ich habe sie erst später

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

wahrnehmen können. Ich bitte insofern um Nachsicht. Ich habe es auch nicht als Kritik aufgefasst, aber auch ich unterliege der Kritik.

Ein zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, es ist einfach zu laut und eine bestimmte Seite des Hauses tut sich dadurch besonders hervor. Ich habe immer wieder darum gebeten, dass Sie Ihre sonstigen Gespräche bitte nach draußen verlegen. Frau Möller beklagte dies schon, zuvor auch Herr Joithe. Ich will nicht sagen, dass ich es leid bin, aber ich bin einer der Wenigen, die dies immer wieder anführen und ich weiß nicht, ob es sein muss, dass wir uns gegenseitig derartig behindern. Ich wiederhole es noch einmal: Wir möchten unsere Argumente austauschen und kraft unserer Argumente die besten Entscheidungen treffen. Wenn aber die Argumente nicht durchdringen und nicht vorgetragen werden können, dann ist es schwierig für alle. Ich darf Sie bitten, das zu beherzigen.

Nun hat das Wort Frau Badde, bitte.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde Sie nicht mehr lange strapazieren, aber einige Dinge dürfen nicht ungesagt bleiben.

(Zurufe von der CDU und Beifall bei Jörg Hamann und Stephan Müller, beide CDU)

Selbstverständlich möchten wir mit allen Kräften zusammenarbeiten. Herr Karan sagte, dass wir natürlich nicht auf einmal 50 Millionen Euro ausgleichen können, das ist richtig. Aber ich habe vorhin auch dargelegt, was seit 2001 passiert ist, und das war eine Kürzung um 70 Millionen Euro. An die rechte CDU-Seite gerichtet: Wenn man nicht so frühzeitig diese Einsparungen gemacht und das Geld in Wirtschaftsmaßnahmen bis hin zu Kaimauern gesteckt hätte, die von den Arbeitsmarktmitteln gebaut wurden, dann hätten wir heute auch einen eigenen Stadtetat, mit dem wir sehr viel auffangen könnten.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum
DIE LINKE und Wolfgang Joithe-von Krosigk
[DIE LINKE])

Genau hier liegt das Problem. Gegen die Bundesmaßnahmen kann sich die CDU nicht herausreden, sie kann es höchstens auf die FDP schieben, aber das ist schlecht bei einer CDU-Bundesarbeitsministerin. Dort wird als erstes der Arbeitsmarktbereich als großes Sparopfer ausgesucht, aber man verliert kein Wort darüber, dass es eine schwierige Situation ist und dass es auch für die Länderhaushalte problematisch ist. Und dann von der Opposition zu verlangen, dass sie die Lösungen dafür hat, finde ich schon ziemlich frech.

(Beifall bei der SPD – Antje Möller GAL: Und ein paar Vorschläge!)

Apropos Vorschläge: Sie haben Gott sei Dank selbst erwähnt, dass jetzt eine Lösung für die Hausbetreuerlogen gefunden wurde; das wollte ich in aller Bescheidenheit nicht selbst tun. Ich habe es mit Freude vernommen. Auch hier hat man versucht, verschiedene Lösungen zusammenzustricken. Dies ist vielleicht noch nicht ideal, aber was ist schon ideal im Leben. Aber dies beruht auf einem Antrag der SPD, dass man zu einer Lösung gefunden hat. Das darf man dann auch einmal erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Eine zu lange Debatte über die Arbeitsgelegenheiten ermüdet die Kollegen vielleicht etwas. Aber niemals hat sich die SPD gegen Arbeitsgelegenheiten in Quartieren gewandt. Wir haben immer gesagt, dass wir die Stadt mit den allermeisten Arbeitsgelegenheiten sind, aber 10 000 Arbeitsgelegenheiten sind definitiv zu viel. Man verlässt sich hier nur auf den Bund. Und was wir jetzt erleben, ist die Quittung dafür, denn Quartiersarbeit kann nicht allein aus Bundesarbeitsmarktmitteln finanziert werden. Das ist nun das Problem, wir kommen hier nicht mehr weiter, weil man sich zu sehr darauf verlassen hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber den Verteufelungen der AGHs habe ich auch immer widersprochen.

(Zuruf von Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

– Da haben wir auch unseren Strauß, Herr Joithe-von Krosigk.

Wir haben tatsächlich die Auffassung, dass AGHs eine sehr, sehr wichtige Funktion haben. Glauben Sie mir, auch wenn ich selbst keine Betroffene bin, so habe ich doch mit vielen Betroffenen gesprochen. Und in den Institutionen, die ich eben am Rande erwähnt habe, "Cafée mit Herz", "Jenfelder Kaffeekanne" und Ähnliches, werden Betroffene aufgefangen, die wirklich sehr schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind und vielleicht auch nie mehr integriert werden. Das kann ich nicht voraussehen und möchte es auch nicht hoffen, aber trotzdem sind diese Menschen unendlich dankbar, dass sie über einen Euro-Job dort Anerkennung finden, ihre Arbeitskraft einsetzen können und tatsächlich auch den einen oder anderen Euro zusätzlich haben und in die Förderung kommen. Natürlich vertreten wir ein Programm, den sozialen Arbeitsmarkt zu stärken und dort sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu finden, aber so ist die Wirklichkeit im Moment nicht. Vielleicht finden wir auch bessere Maßnahmen, die besser abgesichert sind. Aber einfach zu sagen, dies sei unwürdig für jeden Betroffenen, ist einfach realitätsfern. – Danke.

(Elke Badde)

(Beifall bei der SPD und bei *Linda Heitmann* und *Antje Möller*, beide GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Senator Karan.

Senator Ian Karan: Herr Präsident! Vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt. Da meine Rede zerrissen war zwischen zwei verschiedenen Redezeiten, Frau Badde, haben Sie das vielleicht nicht so ganz verstanden. Meine Aufforderung war ein Dialog. Ich brauche keine Ideen, wir haben sie schon. Sie sehen, dass wir von 75 000 jetzt auf 70 000 heruntergekommen sind. Nur ist es auch eine gute Gepflogenheit, andere Ideen zu finden und anderen Menschen zuzuhören, denn wenn wir nicht bereit sind zu lernen, dann können wir auch nichts bewegen. Ich würde mich freuen, wenn wir einen Dialog fortsetzen könnten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Antje Möller*, beide GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Joithe.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Es gibt keinen Grund, sich darüber aufzuregen. Herr Joithe, bitte.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Ich mache es deswegen auch ganz kurz. Frau Badde, als Replik zu Ihrer letzten Aussage: Ich meine, dass es realitätsfern ist, wenn man Arbeitsgelegenheiten, die einem Zwang unterliegen, eben nicht als unwürdig bezeichnet. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/7670 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 23 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/7674, gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion: "Neue Mitte Altona" – ein neuer Stadtteil für das 21. Jahrhundert.

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: "Neue Mitte Altona" – ein neuer Stadtteil für das 21. Jahrhundert – Drs 19/7674 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/7808 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Neue Mitte Altona – Mitbestimmung von Bezirk und Bürger/-innen verbindlich sichern und Wohnungsnot lindern – Drs 19/7808 –]

Diesen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Zur Drucksache 19/7674 liegt ein Antrag der SPD-Fraktion auf Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss vor.

Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Neue Mitte Altona" ist das Thema, "Neue Mitte Altona" sagen wir in den Fraktionen, den Sprachgebrauch haben wir uns angewöhnt. Die Behörde kommuniziert, darauf bin ich hingewiesen worden, den Begriff "Mitte Altona"; gemeint ist damit dasselbe. Ich glaube, auf den Sprachgebrauch wird man sich einigen können. Inhaltlich wissen Sie sicherlich, worum es geht. Es geht um das künftig nach der HafenCity zweitgrößte Bauprojekt in Hamburg, um eine Konversionsfläche der Deutschen Bahn, die insgesamt 29 Hektar groß ist und von denen 8 bis 10 Hektar als Grünverbundfläche hergestellt werden sollen. In einem ersten Bauabschnitt werden es ungefähr 12,5 Hektar sein, auf denen überwiegend Wohnungsbau entstehen soll. Der Prozess hat bereits angefangen.

Es ist eine große Aufgabe, in bestehende Stadtteile ein neues, großes Quartier hinzuzufügen. Die Anforderungen, die wir stellen und die auch von der Öffentlichkeit an eine solche zukunftsgerichtete Planung gestellt werden, sind äußerst vielfältig. Ich will einige Aspekte herausgreifen. Einmal gibt es die sozialen Anforderungen, die wir stellen müssen. Wir wünschen uns natürlich, dass es eine gute Mischung der Bevölkerung ist, ein guter sozialer Mix an Menschen, den wir in diesem Stadtteil bekommen werden. Idealerweise kann ich vonseiten meiner Fraktion sagen, dass wir uns vorstellen, dass dort im Wohneigentum gebaut wird, dass auch frei finanzierter Wohnungsbau entsteht, dass geförderter Wohnungsbau entsteht und auch Baugemeinschaften die Möglichkeit bekommen, tätig zu werden. Schön wäre es natürlich, wenn alles in etwa gleich großen Blöcken zustande käme.

Weiterhin haben wir natürlich ökologische Ansprüche daran. Wir wollen ein Viertel, das für das kommende Jahrhundert gebaut wird, das energetisch den Anforderungen gewachsen ist und vom Wohnkomfort her heutigen Standard aufweist. Das ist natürlich nicht ohne Anspruch, aber wir gehen davon aus, dass dort etwas energetisch Zukunftsweisendes entsteht. Dann soll das Ganze auch ökonomisch tragfähig sein. Das bedeutet, dass wir mit den privaten Eigentümern Verhandlungen führen

(Horst Becker)

müssen, dass wir die Erschließung erreichen müssen und dort Infrastruktur entsteht. Es sollen auch gesamtstädtische Ziele derart verankert werden, dass all unsere Ziele finanzierbar werden für öffentliche und private Investoren.

Ein weiterer Punkt ist die Architektur und das Stadtbild. Es geht bisher noch weniger um die äußerliche Gestaltung, aber letztlich passen wir den neuen Stadtteil ein in eine Umgebung, die teilweise 100 Jahre alt ist. Das stellt natürlich auch Anforderungen an die äußere Gestaltung.

Ein weiterer Aspekt ist unser Wunsch nach generationengerechtem Leben in diesem neuen Quartier. Dass wir Spielflächen für Kinder haben, Naherholungsflächen für alle, wo man auch spazieren gehen kann. Kinder sollen auch betreut werden und wir wollen barrierefreies Wohnen für die ältere Generation ermöglichen.

Im Bereich des alten Güterbahnhofs werden wir mit der historischen Bausubstanz umgehen müssen, das heißt, es gibt auch Anforderungen des Denkmalschutzes. Der Verkehr stellt große Anforderungen, denn er soll nicht zu viel Fläche wegnehmen, er soll aber auch alle Verbindungen schaffen, die wir räumlich brauchen. Wir brauchen nicht nur die strukturelle Vernetzung des Gebiets mit den umgehenden Quartieren, wir brauchen auch die räumliche Vernetzung. Ebenso brauchen wir Oberflächenentwässerung, die wahrscheinlich sehr anspruchsvoll sein wird.

Dies alles ist ein komplizierter Prozess mit sehr vielen Aspekten, die in die Planungen einfließen und sehr sorgfältig bedacht werden müssen. Das Ganze soll nun auch nicht hinter verschlossenen Türen vorangehen. Wir wünschen uns, dass diese ganze Planung auch der Öffentlichkeit transparent vorgestellt wird und sie angemessen durch Diskussionen beteiligt wird. Deswegen hat es auch schon Veranstaltungen gegeben. Es hat im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens durch eine Zwischenrepräsentation schon eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben. So, wie ich es bis jetzt beobachte, wird mit sehr großer Transparenz auch vonseiten der Verwaltung berichtet. Dieses Angebot wird sehr engagiert angenommen und sehr engagiert darüber diskutiert. Im Vergleich mit anderen Prozessen, die wir hatten, ist das aus meiner Sicht bisher vergleichsweise sehr gut gelaufen.

Heute bringen die Koalitionsfraktionen einen Antrag ein, der in einem noch frühen Stadium Leitlinien setzen soll für den weiteren Prozess. Wir setzen hier auf auf der Beschlussfassung, die es in der Bezirksversammlung Altona bereits mit einigem Einvernehmen, wie ich hörte, gegeben hat. Wir machen das natürlich nicht so dezidiert wie die Bezirksversammlung, die schon sehr weit geht. Wir sind der Meinung, dass sich im Planungsprozess weitere Dinge klären werden. Diesen Antrag, der durch Leitlinien für die Ausgestaltung eine Grund-

richtung vorgibt, bringen wir heute ein und für den bitten wir um Zustimmung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch auf den Antrag der LINKEN eingehen, der uns als Zusatzantrag zugegangen ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Gehen Sie doch mal auf Ihren Antrag ein! – Martina Gregersen GAL: Das macht er doch die ganze Zeit! – Jörn Frommann CDU: Dem Kienscherf muss man nicht zuhören, der hat die ganze Zeit geschlafen!)

– Ich habe nichts anderes gemacht, Herr Kienscherf.

Ich werde jetzt begründen, warum wir diesen Antrag nicht annehmen werden. Wir werden ihn ablehnen und werden ihn auch bei punktwiser Abstimmung ablehnen. Wir würden ihn auch bei einer Abstimmung nach Buchstaben ablehnen. Sie fordern, dies in die Zuständigkeit des Bezirks zurückzugeben, um eine Beteiligung sicherzustellen. Ein Beteiligungsverfahren hängt wirklich nicht davon ab, wer es macht, sondern wie es gemacht wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bis jetzt ist das ziemlich gut gemacht worden. Wenn man dies an den Bezirk zurückgeben würde, so hat er gar nicht die Haushaltskompetenzen, um Verhandlungen mit derartigen finanziellen Auswirkungen zu führen; das führt in der Sache nicht weiter.

Sie wollen ferner 70 Prozent Sozialwohnungen festsetzen. Ich will nicht auf die Fehler der Siebzigerjahre verweisen, aber genau das stellen wir uns nicht unter einer gesunden und funktionierenden Mischung in unseren Quartieren vor. Ich gewinne hier den Eindruck, dass Sie den Antrag so formulieren, damit er abgelehnt wird.

(Beifall bei Jörn Frommann und Ekkehart Wersich, beide CDU)

Hinter diese Forderung können wir uns niemals stellen.

Beim Vorkaufsrecht verhält es sich folgendermaßen: Wenn die Stadt im Rahmen der Möglichkeiten kauft, die das Baugesetz für ein Stadtentwicklungsgebiet aufzeigt, dann wäre das eine Ultima Ratio, die aber in keinem Fall per Bürgerschaftsbeschluss festzustellen ist. Im Moment ist es vernünftig, dass die Verwaltung mit den privaten Grundeigentümern verhandelt.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man es nämlich schafft, Ziele zusammenzubinden und Synergien zu nutzen, um gesamtstädtische Ziele zu erreichen, dann ist es vernünftig, das auch mit den Privaten zu machen. Sollte das nicht gelingen, könnte auch ein anderer Fall eintreten.

(Horst Becker)

Ansonsten bleiben wir auf den ganzen Planungs- und Erschließungskosten hängen, das ist für die Stadt nachteilig. So etwas zu beschließen, würde absolut in die falsche Richtung gehen, das machen wir nicht.

(Beifall bei *Martina Gregersen GAL*)

Sie formulieren einen Antrag, der den Eindruck erweckt, als ob er abgelehnt werden sollte. Sie nehmen eine Position ein, durch die Sie sich außerhalb dieses Verfahrens stellen, so nehme ich es jedenfalls wahr. Sie versuchen, aus politischem Kalkül dieses Verfahren von außen zu diskriminieren. Sie nehmen nicht verantwortlich an diesem Prozess teil, um dem Quartier, dem Prozess und der Stadt damit zu nützen. Ich finde dieses Verhalten verantwortungslos und falsch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Roock, Sie haben das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu diesem nicht ganz einfachen Projekt möchte ich einige Gedanken äußern, die im gesamten Planungs- und Realisierungsprozess berücksichtigt werden sollten. Herr Becker hat viele Einzelheiten angesprochen. Ich möchte die Akzente etwas anders setzen.

Eine große Chance für Altona, ein Vorbild für Stadtentwicklung in Hamburg, ein Traum nimmt Gestalt an, so ist es zu lesen und zu hören, wenn man über Altonas neue geplante Mitte spricht.

Zweifelloos ist es eine große Chance für ein zukunftsweisendes Projekt, aber nicht nur das, sondern es ist auch ein sehr komplexes Projekt mit großem Potenzial für nachhaltiges innerstädtisches Wachstum. Herr Becker hat schon darauf hingewiesen, dass es sich neben der HafenCity um das zweitgrößte Stadtentwicklungsprojekt in Hamburg handelt.

Es könnte nicht nur in Altona, sondern für die gesamte Stadt ein Vorbildprojekt werden, das neue und innovative Maßstäbe für zukünftige Stadtentwicklung setzt. Dass der eine oder andere dabei ins Träumen gerät, mag vielleicht ein Stück weit nachvollziehbar sein, aber Träumereien werden uns nicht ans Ziel bringen, sondern nur realistische, verantwortungsvolle Entscheidungen. Hamburg als Umwelthauptstadt im kommenden Jahr mag dazu verführen, ein neues Quartier mit Modellcharakter schaffen zu wollen, in dem sich alle politischen Zielvorstellungen umsetzen lassen. Dagegen stehen aber wie so oft andere handfeste realpolitische Notwendigkeiten und Beschränkungen. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, die Erwartungen zu hoch zu schrauben. Die Stadt leistet bereits jetzt gemeinsam mit den Investoren einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Erschließung der

Flächen. Damit sind wir bereits sehr nahe am Limit des wirtschaftlich Vertretbaren und Sinnvollen. Es liegt in der Verantwortung des Senats und der Regierungsfractionen – das sage ich auch bewusst in unsere Richtung –, hierbei nicht in einen Zielkonflikt zu geraten. Weitergehende Auflagen, etwa in Bezug auf energetische Vorgaben, können nur mit Augenmaß erfolgen, indem beispielsweise Investoren Kompensationen angeboten werden. Aber auch das kostet Geld. Anspruch und Kostenrealität dürfen nicht auseinanderklappen. Nur dann werden wir in Altonas neuer Mitte ein vielfältiges und unterschiedliches Wohnungsangebot bieten können, zu dem auch unbedingt sozialer Wohnungsbau gehört, aber nicht, wie Herr Dr. Bischoff es in seinem Antrag fordert, zu 70 Prozent. Das ist stadtentwicklungspolitisch völlig daneben. Wir brauchen einen Mix aus allen Segmenten im Wohnungsbau und wir wollen nicht gerade in Altona einen weiteren strukturschwachen Stadtteil mit 70 Prozent Sozialwohnungen schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wer wird denn bitte schön in die restlichen 30 Prozent der Wohnungen einziehen?

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was soll denn das jetzt heißen? – Gegenruf von *Jörn Frommann CDU:* Herr Kienscherf, hören Sie zu!)

Mit der Zielrichtung der LINKEN würden letztlich Millionen Euro verbrannt werden und wir würden Gefahr laufen, keine Wohnungen zu bauen und dort jahrzehntelang Brachen zu haben. Das kann doch nun wirklich nicht unser Wille sein.

Dass die Ziele für Altonas neue Mitte sehr hoch gesteckt sind, zeigt schon das besondere Wettbewerbsverfahren. Hier gehen wir neue Wege hinsichtlich der Bürgerbeteiligung. Das Projekt wird von einem qualifizierten Kommunikationsprozess begleitet. Bereits in einer sehr frühen Phase der Prozessentwicklung wurden die Bürger in mehreren öffentlichen Veranstaltungen informiert und Folgeveranstaltungen sind vorgesehen. Dem Preisgericht gehören nicht nur Experten, politische Entscheidungsträger und Verwaltungsfachleute, sondern auch Bürger als beratende Mitglieder an. Damit haben wir von Anbeginn eine breit gefächerte Diskussionsbasis geschaffen. Aus unserer Sicht sollte die Bürgerbeteiligung im laufenden Verfahren durchaus noch modifiziert und auch erweitert werden. Daher fordern wir in dem vorliegenden Antrag ein transparentes und niedrigschwelliges Beteiligungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger, um deren Belange, wenn möglich – ich sage ausdrücklich: wenn möglich, es kann nicht alles realisiert werden – berücksichtigen zu können. Nur so werden wir die gewünschte Unterstützung, Zustimmung und Begeisterung für das neu entstehende Quartier hervorrufen. Wir wollen, dass auf dieser Konversionsfläche eine Identifizierung mit dem Stadtteil entsteht. Die Erfahrungen der letzten Jah-

(Hans-Detlef Roock)

re zeigen, dass sich nicht nur in Hamburg zunehmend Bürgerproteste gegen öffentliche Projekte entwickeln. In diesen Wochen denkt man da unwillkürlich besonders an Stuttgart. Wir meinen daher, dass man die Bürgerinnen und Bürger, Anwohner und Betroffenen rechtzeitig mit ins Boot holen muss, bevor endgültige Entscheidungen getroffen werden, denn wir wollen nicht, dass aus Altonas neuer Mitte ein Altona 21 wird. Das wäre schlecht für unsere Stadt und schlecht für die Menschen, die Wohnungen suchen.

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung zur Umgestaltung des Stuttgarter Bahnhofs zeigt, dass bereits bei Beginn der Planung die Bürger umfassend informiert und eingebunden werden müssen. Bereits dann muss eine öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen werden, sonst läuft man Gefahr, dass diese erst entsteht, wenn der erste Bagger anrückt. Auch darüber muss man bei uns noch einmal nachdenken. Man könnte nun einwenden, dass es sich in Stuttgart um ein anderes Projekt als die Schaffung eines neuen Quartiers mit zeitgemäßem Nutzungsmix aus Wohnen, Gewerbe, Gastronomie und Kultur handelt. Das ist richtig, dennoch sind eine höchstmögliche Transparenz und Bürgerbeteiligung auch bei einem Projekt mit Schwerpunkt Wohnen offensichtlich unverzichtbar. Es gibt in unserer Stadt mittlerweile leider viele – wie ich finde, zu viele – Beispiele von Bürgerprotesten, auch und gerade gegen sozialen Wohnungsbau. Hier sollten wir gemeinsam für Aufklärung und Transparenz sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich zeigen die Planungen für Altonas neue Mitte eines sehr deutlich: Ökologische Notwendigkeiten, ökonomische Möglichkeiten und soziale Belange sind nicht immer deckungsgleich. Diese müssen wir in Balance zueinander bringen und das wird noch sehr schwierig werden. Aber wenn wir uns gemeinsam mit den Investoren, den Eigentümern und den Bürgern bei der Realisierung von Altonas neuer Mitte verständigen können, wenn uns das gemeinsam gelingt, dann haben wir zweifellos die Chance, ein neues Vorbildquartier zu schaffen, und dann wird dort vielleicht auch der eine oder andere Traum Wirklichkeit. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Münster, Sie haben das Wort.

Arno Münster SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Becker, ich habe von Ihnen sehr viel Wünschenswertes gehört und in Bezug auf Ihren politischen Antrag hätte ich eigentlich vermutet, dass Sie dieses auch darin niedergeschrieben haben. Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben hier ausführlich über die Regenwasserbewirtschaftung gespro-

chen, aber sonst haben Sie immer nur gesagt, welche Wünsche Sie in diesem ganzen Verfahren haben. Das Ganze, worüber wir jetzt reden, ist ein Segen für diese Stadt, weil wir einen erheblichen Wohnungsmangel haben und hier die Möglichkeit besteht, 375 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche für Wohnungen auszuweisen. In Ihrem Antrag steht dann gleich eine Zahl; von circa 2000 Wohneinheiten ist die Rede und der Oberbaudirektor hat schon wieder eine ganz andere Zahl ins Gespräch gebracht. Da wäre ich ein bisschen vorsichtig, wenn so ein neues Quartier entsteht, wie man dann auch damit umgeht und was man schon der Öffentlichkeit preisgibt.

Im Zeitalter von Bürgerbegehren und -beteiligung kommt man nicht darum herum, die Bürger auch schon an den Planungsprozessen zu beteiligen. Dies vermisste ich zum Teil; zum Teil hat es auch schon stattgefunden, insbesondere für den Bereich des sogenannten Kulturbahnhofs, Güterbahnhof im Fachgebrauch genannt. Aber eine Bürgerbeteiligung war auch die Forderung der SPD-Fraktion in Altona. Das wurde dann freundlicherweise übernommen und somit auch hier zur Forderung erhoben. Was ich nicht verstanden habe, ist, warum die Mehrheitsfraktionen in Altona dieses jetzt an die BSU abgegeben haben. Wenn man bürgernah planen will, muss man das auch in den Bezirken machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben das nicht gemacht, Sie haben dieses Areal der Fachbehörde übergeben. Wenn man einmal schaut, was die Fachbehörde in Altona noch plant, die ganzen Kleingartenflächen, die für die Deckelbebauung zur Disposition stehen, dann muss man feststellen, dass die BSU zurzeit halb Altona plant und nicht mehr der Bezirk. Das finden wir schade und deswegen auch der Hinweis zum Antrag der LINKEN: Den Punkt 1 würden wir unterstützen, dass das Ganze wieder zurück in den Bezirk geht, denn da ist der Sachverstand, da sind die Bürger und da kann man auch eine hohe Bürgerbeteiligung sicherstellen. Ich glaube aber auch, dass man mit den Ressourcen im Bezirk zurzeit nicht auskommt. Da gibt es fünf Stellen, die zurzeit circa 50 B-Pläne planen, also gut ausgelastet sind. Hier könnte man aber die Ressourcen aus dem Fachbereich für den Bezirk temporär zur Verfügung stellen und dementsprechend mit Mitteln und Haushaltsrecht ausstatten. Da gibt es auch die Mittel der Einzelzuweisung; das ist nicht das Thema, dass man im Bezirk letztendlich nicht vorankommen könnte. Ob das Argument dann immer zieht, wer mit welchen Investoren standesgemäß auf Augenhöhe redet und dass Gespräche mit Herrn Grube von der Deutschen Bahn oder mit dem Chef der Karlsberg Brauerei immer die Frau Senatorin führen muss, wage ich zu bezweifeln. Letztendlich werden die Entscheidungen über dieses Gebiet allein in der Fachbehörde fallen und die Vergangen-

(Arno Münster)

heit hat uns gelehrt, dass hier nach fachlichen Bewertungen entschieden wird und sicherlich nicht nach Bürgerwillen. Da bin ich gespannt, wie das dementsprechend umgesetzt werden soll.

Was ich in Ihrem Antrag auch vermisst habe, ist die Berücksichtigung des geförderten Wohnungsbaus, wenngleich das nicht zu 70 Prozent möglich ist, wie DIE LINKE fordert. Das ist eine Zahl, die nicht zu realisieren ist, denn dies würde zulasten von Grünflächen und anderen Flächen gehen. Da muss man von 50 Prozent ausgehen und die anderen 50 Prozent muss man in einer Mischform von frei finanziertem Wohnraum, Eigentum und Baugenossenschaften berücksichtigen. Das ist in Ordnung, aber in Ihrem Antrag ist dieses nicht niedergeschrieben.

Dann möchte ich noch etwas zum ökologischen Bauen sagen, was heutzutage immer das Thema ist. Ökologie und Bau ist teuer, das muss man wissen. Das ist aber auch kein Argument dagegen, sondern man muss genau schauen, was man da macht. Wenn man das mit anderem Wohnraum kompensieren kann, dass man sagt, wir können diese 25 Prozent Mehrkosten irgendwie anders umlegen, damit die Wohnungen auch bezahlbar bleiben, dann ist das in Ordnung. Aber die Stadt hat keine Wohnungen und sie hat keinen bezahlbaren Wohnraum, und da muss man genau überlegen, wie man diese Sache vernünftig löst.

(Beifall bei der SPD)

Man spricht nicht nur von Ökologie, man spricht auch von Nachhaltigkeit. Auch über Nachhaltigkeit ist in Ihrem Antrag nichts zu finden. Die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen ist hier einmal zu erwähnen, die in dem Bereich führend ist und auch dementsprechende Sachen spezifiziert hat, die man da einfließen lassen kann. Dafür kann man sogar öffentliche Fördermittel erhalten.

Was mich auch ein bisschen gewundert hat, ist das Thema Stadtbahn. Von Befürwortern der Stadtbahn hätte ich in einem solchen Antrag eigentlich erwartet, dass man bei so einem Riesenvorhaben – zweitgrößtes Bauvorhaben in der Stadt –, das realisiert werden soll, auch diesbezüglich hier den Fokus darauf legt. Bei mir kommt an, dass Sie die Stadtbahn da anscheinend auch nicht wollen oder sich der Koalitionspartner nicht durchsetzen konnte. Was ich weiterhin vermisst, ist der Ausschluss von großflächigem Einzelhandel. Wenn man so ein Quartier errichtet, muss man natürlich schauen, dass man andere Zentren nicht schädigt. Der Antrag sagt darüber überhaupt nichts aus. Worüber er etwas aussagt, das ist der Güterbahnhof. Herr Becker, da haben Sie gesagt, dass Sie das Ergebnis der Bürgerbeteiligung abwarten wollen. Sie haben das Ergebnis doch schon vorweggenommen; am 24. November wird das Ergebnis vorgestellt und da wollen wir einmal

schauen, was die Bürger sich da an Realisierung vorstellen können.

Des Weiteren habe ich Ausführungen zum neuen Bahnhof vermisst. Wird der neue Bahnhof Diebsteich überhaupt ein Bahnhof oder nur ein Bahnsteig und wie ist da die Anbindung; darüber ist kein Wort in Ihrem Antrag zu lesen. Sie haben immer nur von Wünschenswertem gesprochen und Herr Roock hat aufgezählt, was alles nicht geht. Die Mitte wäre hier schon besser platziert gewesen, wenn Sie uns ein bisschen darüber aufgeklärt hätten, was Sie eigentlich vorhaben. Wir haben da auch einen Anspruch an den städtebaulichen Aspekt des neuen Bahnhofs und würden Sie doch bitten, die Gespräche einmal in die Richtung zu führen, ob das tatsächlich, wie hinter vorgehaltener Hand mitgeteilt wird, nur ein Bahnsteig wird oder ein schöner Bahnhof.

Zurzeit sind die Grundstücke nicht viel wert, weil sie kein Planrecht und kein Baurecht haben. Hier muss man der LINKEN einmal etwas zum Vorkaufsrecht der Stadt sagen. Die Stadt hat immer ein Vorkaufsrecht, das ist gar nicht streitbar, aber es gibt keine Verpflichtung für die Eigentümer, die Grundstücke der Stadt zu einem günstigen Kurs zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht der Fall, sondern hier muss die Stadt auch den Preis zahlen, den der Eigentümer einfordert, dann kann sie ihr Vorkaufsrecht ziehen. Anfangs hatte ich schon erwähnt, dass wir den Punkt 1 des Antrags der LINKEN unterstützen. Punkt 2 und 3 werden wir ablehnen, das habe ich schon begründet. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn schon allein das Stichwort HafenCity-Entwicklung als ein Beispiel gefallen ist, ahnen Sie, dass wir wach sind

(Jörn Frommann CDU: Das glaube ich!)

und das Gefühl haben, wir müssten das genauer diskutieren und besprechen. Dementsprechend verstehe ich auch überhaupt nicht, gerade nach den Beiträgen von Herrn Becker und Herrn Roock, warum man diese Fragen nicht im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren will. Sie wollen das nicht überweisen, wobei das keine richtigen Leitlinien sind – das werde ich gleich noch ausführen –, sondern Sie meinen, dass diese Wischiwaschiformulierungen, die in fünf Punkten aufgezählt worden sind, reichen. Das würde bedeuten, der Senat kann walten, die Bürgerschaft beschäftigt sich nicht damit, aber der Senat hat es an sich gezogen und vom Bezirk weggenommen. Das finde ich nicht demokratisch

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

und wir sollten uns als Bürgerschaft hier doch bitte gemeinsam dieser Frage annehmen, vor allem, wenn es so bedeutend und wichtig ist.

Zu den einzelnen Punkten: Ich will einmal mit der Frage nach dem Fernbahnhof Altona anfangen, die für mich selbst, vielleicht auch in der Diskussion unserer Fraktion, bisher noch nicht scharf genug beurteilt worden ist. Arno Münster hat es eben schon ein bisschen angesprochen. Die Situation, die wir gegenwärtig erleben, ist, dass alle so tun, als wenn der liebe Herrgott oder Herr Grube oder wer auch immer diesen Bahnhof von Altona wegnimmt und nach Diebsteich verlagert. So wie es sich gegenwärtig anhört, wird es in Diebsteich keinen richtigen neuen Bahnhof geben, und wir können doch wohl als Stadt nicht akzeptieren, dass eine gute Verbindung zum nationalen und internationalen Bahnsystem, die in Altona vorhanden ist, einfach weggegeben wird. Was ist denn das für ein Selbstbewusstsein von uns als Stadt? Das gehört sich nicht, damit müssen Sie sich einmal auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erklären Sie doch einmal den Altonaer Menschen, dass Sie diesen Bahnhof einfach aufgeben wollen, wo eine der wichtigsten Fragen ist, dass man von Altona aus irgendwo hinfahren kann. Wie geht die Stadt damit um, dass die Deutsche Bahn plant, den Altonaer Fernbahnhof aufzugeben? Das darf man nicht akzeptieren, das ist einfach Lebensqualität. Herr Frommann, Sie kennen das vielleicht nicht, aber für Altonaer Menschen bedeutet es Lebensqualität, in der Lage zu sein, von dort mit der Bahn fahren zu können.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wollen Sie damit sagen, dass Wilhelmsburg das nicht hat? – Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch Schnee von gestern!)

– Das ist nicht Schnee von gestern, sondern bisher gibt es keinerlei Planungen, wie das überhaupt am Diebsteich aussehen sollte. Nach allen Informationen, die mir vorliegen, ist Diebsteich schon wieder hinfällig. Es wird stattdessen über Langenfelde nachgedacht und das wird nur noch eingleisig sein; das ist eine völlig andere Situation.

Zweiter Punkt: Warum treten wir dafür ein, dass es an den Bezirk zurückgeht? Arno Münster hat es eben in einigen Punkten schon dargestellt. Mir ist völlig unklar – und das sollte man im Stadtentwicklungsausschuss auch noch einmal diskutieren –, wieso eine Arbeit, die über zwei, drei Jahre im Bezirk gemacht worden ist, nicht mehr berücksichtigt wird, von der BSU an sich gezogen wird und nicht mehr in die Planung einfließt, sondern stattdessen neu aufgesetzt wird.

Was darüber hinaus völlig unklar ist, sind diese erstaunlichen Grenzen. Nach meinen Informationen ist es, anders als Arno Münster eben hier dargestellt hat, zum Beispiel so, dass die Holsten-Brauerei gar nicht mit einbezogen worden ist, welch ein unverzeihbarer Fehler, denn die Holsten-Brauerei ist natürlich, wie wir alle wissen, in gewisser Weise abzugsgefährdet und dementsprechend muss dies in die Planung mit einbezogen werden und das wurde es bisher nicht. Wir haben dort merkwürdig willkürliche Grenzen und die scheinen etwas mit einer Nichtkenntnis der bezirklichen Verhältnisse zu tun zu haben. Dementsprechend ist eine bessere Verbindung zum Bezirk absolut notwendig und eine Einbeziehung auch.

Der dritte Punkt ist die Frage des sozialen Wohnungsbaus, die wir zugespitzt noch einmal hier besprechen wollen. Wir haben beim letzten Mal in der Bürgerschaft darüber debattiert und festgestellt – Herr Roock, Sie haben es auch unterstützt, wenngleich nicht ganz so laut wie die GAL und die Senatorin –, dass wir gerade im Zusammenhang mit sozialem Wohnungsbau gegenwärtig riesige Probleme in der Stadt haben. Da fehlt es überall an Wohnungen, und zwar gerade an kleinen Wohnungen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Aber doch keine 70 Prozent!)

Da ist die Stadt nicht in der Lage, die Menschen gegenwärtig unterzubringen. Darüber hinaus haben wir im Zentrum von Altona ein bisschen danebengelegt. Dort gibt es viele Gebiete, die gerade jetzt aus der Sozialbindung herausfallen und keinen sozialen Wohnungsbau mehr herstellen. Daher finden wir es einen absolut wichtigen Ansatz, einen möglichst hohen Anteil von sozialem Wohnungsbau zu erreichen. Das können wir vielleicht in Verhandlungen noch einmal besprechen, wie hoch er sein könnte. Sie haben in Ihrem Antrag die Formulierung gewählt, frei finanzierter Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau solle zu ausgewogenen Anteilen berücksichtigt werden. Das nimmt die Frage des sozialen Wohnungsbaus überhaupt nicht auf. Sie oder die Senatorin wahrscheinlich bestimmen doch selbst, was ausgewogen ist, und danach sagen Sie alle, es ist ausgewogen in Ihrem Sinne. Das ist doch keine Antwort auf die Frage. Wir brauchen viel sozialen Wohnungsbau in dieser Stadt, das haben wir letztes Mal gemeinsam festgestellt und hier bietet sich eine Möglichkeit, das zu realisieren. Das sollten wir auch gemeinsam machen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dirk Kien-scherf SPD)

Herr Roock, was Sie eben im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau gesagt haben, dass er praktisch einen Zusammenbruch dieses Geländes zur Folge hätte, ist eine Diskriminierung des

(Norbert Hackbusch)

sozialen Wohnungsbaus und eine Diskriminierung der Menschen, die dort wohnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU*: Das ist doch vollkommener Quatsch, den Sie da erzählen! Unfug! Das ist doch Müll!)

Es stimmt nicht, was Sie dort sagen. Es gibt Erfahrungen im Zusammenhang mit Sozialwohnungsbau-Projekten, die mittlerweile so intelligent sind, dass man die Fehler der Siebzigerjahre schon lange nicht mehr machen muss. Diese Projekte wurden in den letzten Jahren weiterentwickelt und da ist es möglich, hohe Anteile zu erreichen und solche Probleme, wie sie in den Siebzigerjahren geschaffen worden sind, zu vermeiden. Vielmehr besteht ein ganz anderes Interesse, das ich beim letzten Mal schon angesprochen habe im Zusammenhang mit dieser Regierung; seit die Grünen dabei sind, hat es sich noch nicht so sehr verändert. Bei allen Lückenbebauungen im inneren Bereich der Stadt handelt es sich hauptsächlich um frei finanzierten Wohnungsbau, der im Wesentlichen zu Eigentumswohnungen geführt hat. Man kann es in der Schanze, wo ich wohne, an jeder Ecke feststellen; das sind eher hochpreisige Eigentumswohnungen und so gut wie kein sozialer Wohnungsbau. Daran fehlt es und das ist meiner Meinung nach eine wichtige Aufgabe, dieses dort zu realisieren.

Der vierte Bereich: Ich habe mir Ihren Antrag natürlich noch einmal genauer angesehen und mit dem verglichen, was in der Altonaer Bezirksversammlung verabschiedet worden ist, und zwar von den gleichen Fraktionen. Leider wollen Sie die Debatte über diese Fragen im Stadtentwicklungsausschuss nicht mit uns führen. Deswegen werde ich hier, damit wir alle alarmiert sind, noch einmal kurz darlegen, was eigentlich die kritischen Punkte in diesem Antrag sind. Nachdem vieles abgeschrieben worden ist, ist einiges aber nicht abgeschrieben worden. Auf diese Sachen möchte ich Sie noch einmal kurz hinweisen und das sollte uns an einigen Punkten kritisch stimmen. Erstaunlicherweise ist nicht abgeschrieben worden, dass dort ein Nahversorgungszentrum für Güter des periodischen Bedarfs geschaffen werden soll. Während alles davor und danach abgeschrieben worden ist, ist dieser Punkt erstaunlicherweise nicht übernommen worden. Dann fehlt die Formulierung: Möglichst ein Drittel des Gebiets wird als Grünfläche vorgesehen. Diese Formulierung taucht auch nicht mehr auf, dabei ist "möglichst" doch schon eine nette, kleine Formulierung, aber das ist nicht mehr da. Die dritte Sache, Tempo 30 im gesamten Wohngebiet, taucht nicht auf und die vierte Sache – auch noch auffällig dabei –, ein Ausbau der Harkortstraße auf vier Spuren, der von der Bezirksversammlung abgelehnt wird, taucht bei Ihnen auch nicht auf.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Das will auch keiner!)

Sie sehen, dass wir aufmerksam sind. Wir werden solche Fehler, wie Sie sie in der HafenCity gemacht haben, nicht unkommentiert lassen. Sie haben eine wache Opposition. – Tschüs.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Dann hat Herr Becker das Wort.

Horst Becker GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das freut uns natürlich, wenn die Opposition aufgewacht ist. Ich werde noch einmal einige Einzelaspekte aufgreifen, die vorgebracht worden sind.

Zum Schlagwort Fernbahnhof, Herr Kollege Hackbusch hat das hier an die Wand gemalt: Da denke ich manchmal, die wahre konservative Partei in diesem Haus ist DIE LINKE.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Wenn Sie wirklich auf diesem Standpunkt beharren, dann weiß ich gar nicht, warum Sie das Thema "Neue Mitte Altona" noch weiter diskutieren. Wenn wir das machen, dann ist das Thema ziemlich erledigt. Im Moment gibt es noch keinen Beschluss der Deutschen Bahn; es ist nicht definitiv beschlossen, dass der Fernbahnhof verlegt wird. Aber es geht um eine Verlegung des Fernbahnhofs, wahrscheinlich zum Diebsteich. Natürlich ist der Bahnhof Altona persönlich wichtig für einige Leute, für mich persönlich auch, ich bin gerne von da weggefahren. Aber man muss einfach konstatieren, dass das, was da an Betriebskosten bezahlt wird, was an Renovierungsarbeiten nötig wird, was auch an Fahrzeiten in diesem Kopfbahnhof verschwendet wird und was dieser Bahnhof insgesamt kostet, schlicht nicht wirtschaftlich ist. Deswegen spricht einiges für die Verlegung. Sie reden hier nun dagegen und gleichzeitig auch für das neue Quartier. Da sollten Sie sich vielleicht erst einmal überlegen, was Sie eigentlich wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Wollen Sie diesen Bahnhof erhalten oder wollen Sie ihn verlegen oder wollen Sie Wohnungen bauen oder was wollen Sie überhaupt?

Dann sagen Sie, Sie wollen das Ganze an den Bezirk verweisen. Das hat der Kollege Münster auch gesagt. Einerseits sagt er, man müsse das an den Bezirk verweisen. Im nächsten Satz sagt er uns, dass dieser Bezirk personell überhaupt nicht in der Lage sei, dieses Thema zu bewältigen. Was soll das denn? Das macht doch keinen Sinn, ein derartig wichtiges Thema irgendwohin zu verweisen, wo

(Horst Becker)

es überhaupt nicht bearbeitet werden kann. Ist das Ihre Politik?

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von *Gabi Dobusch SPD*)

Sie sagen uns, wir sollen keine Zahlen wie 2000 Wohnungen nennen. Andererseits kommen Sie und reden von 375 000 Quadratmetern. Warum sollen wir keine Zahlen nennen und Sie selbst tun es? Das verstehe ich auch nicht. Und dann zu einigen kleinteiligen Dingen, die Sie in dem Antrag nicht finden. Da muss man auch einmal über Planungskultur reden. Wir reden in unserem Antrag über Leitlinien. Sie vergleichen diesen Antrag mit dem Altonaer Antrag. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir dort aufsetzen, wir sagen aber nicht, welche Ziele wir im Endeffekt erreichen, weil das heute erstens noch gar nicht möglich ist und sich im Prozess erst zurechtrütteln muss und das ist auch sehr wesentlich eine wirtschaftliche Frage. Zweitens ist das auch eine Frage der Planungskultur, denn wenn wir jetzt schon per Beschluss die Farbe der Gardinen und der Geranien in den Fenstern festlegen und uns dann hinstellen und eine Bürgerbeteiligung machen, dann kommen die Bürger und auch Sie von der anderen Seite und sagen, wir würden schon alles festlegen, worüber wir denn überhaupt noch mit den Bürgern reden wollten; so funktioniert das nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Grote hat das Wort.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag heißt "Neue Mitte Altona" – ein neuer Stadtteil für das 21. Jahrhundert; kurz Altona 21, Herr Roock hat es auch schon gesagt. Man könnte meinen, Sie hätten das zur Debatte angemeldet, weil Sie denken, dass es eines der wenigen positiven Themen ist, die Sie vielleicht als Koalition noch besetzen können, aber man hat dann in den Beiträgen doch auch schon gemerkt, dass Ihnen das Problempotenzial durchaus bewusst ist, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Herr Becker hat so ein bisschen das Gemälde dessen, was dort in Zukunft kommen könnte, gemalt. Richtig euphorisch klang das auch nicht. Herr Roock hat in einer völlig anders ausgerichteten Rede ungewöhnlich nachdenklich die Schwierigkeiten und Problemfelder beleuchtet und dies zu Recht, denn die beiden entscheidenden Fragen, um die es im Zusammenhang mit dem Projekt gehen wird, sind bisher nicht gelöst und werden auch durch diesen Antrag nicht gelöst.

Das eine ist das Thema Bürgerbeteiligung, wo außerordentlich hohe Erwartungen bestehen. Es ist das erste Mal, dass man einen ganzen neuen

Stadtteil nicht in ein ehemaliges Hafengebiet, sondern in ein bestehendes, funktionierendes Stadtteilgefüge hineinsetzt. Das ist so ungefähr das Komplexeste, was man sich an einem Planungsvorhaben mit Bürgerbeteiligung vorstellen kann. Insofern braucht man einen Beteiligungsprozess, der dem angemessen ist. Nun haben Sie es in einem ersten Schritt so gehandhabt, es dem Bezirk zu entziehen, wie eigentlich bei allen wichtigen Verfahren in Altona. Es mag durchaus stilprägend für schwarz-grünes Regieren in Altona sein, so vorzugehen. Aber es stärkt nicht das Vertrauen in die Bürgernähe, die Ortsnähe, die Ortskundigkeit und die örtliche Verankerung dieses Prozesses und war insofern ein falscher Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Und, Herr Becker, man kann natürlich auch nicht erst den Bezirken das Personal wegnehmen und anschließend sagen, jetzt müssen wir euch auch die Aufgaben wegnehmen, weil ihr sowieso nicht mehr das Personal habt, das überhaupt ordentlich wahrzunehmen in Altona. In Wahrheit können Bezirke, wenn sie entsprechend ausgestattet sind, das machen. Das entsprechende Beispiel sind die Pläne, die wir für IBA und igs machen. Das macht der Bezirk Hamburg-Mitte in gutem Einvernehmen mit der Fachbehörde, mit dem entsprechenden Personal geht das auch und das könnten die Altonaer selbstverständlich auch, wenn man es denn wollte.

Sie schreiben in Ihrem Antrag viel zur Bürgerbeteiligung, die Realität vor Ort sieht anders aus. Der Wettbewerb läuft längst. In ihm sind Eckpfeiler und Grundzahlengerüste enthalten und es wird ein Ergebnis geben, das in der Konkretisierung weit über das hinausgeht, was in Ihrem Antrag steht. Da hat es natürlich keine echte Mitsprache und keine echte Mitwirkung gegeben. Es hat ein paar Diskussionsveranstaltungen gegeben, aber Sie wissen genau, dass echte Mitsprache anders aussieht. Die Erwartungen im Stadtteil sind andere und insofern reicht es nicht, was Sie da bisher machen und das wissen Sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Thema ist die Frage, wie wir bezahlbaren Wohnraum in diesem neuen Stadtteil realisieren können. Es ist die größte Potenzialfläche für bezahlbares Wohnen in Hamburg und eine einmalige Chance, diesen dringenden Bedarf, in gewissen Teilen jedenfalls, endlich zu decken. Insofern ist das die zentrale Aufgabe und hat auch Vorrang vor anderen Zielsetzungen für diese Fläche. Da war es bemerkenswert, wie die Koalitionsfraktionen sich positioniert haben.

Herr Roock, ansonsten bin ich kein großer Freund Ihrer Redebeiträge, aber es war sehr nachvollziehbar, wie Sie sich positioniert haben und wie Sie natürlich auch auf Distanz gegangen sind zu dem An-

(Andy Grote)

trag, den Sie mit eingebracht haben. Eines ist richtig: Wenn man dort bezahlbaren Wohnraum realisieren will, dann wird man außerordentliche Schwierigkeiten haben, gleichzeitig ein ökologisches Modellprojekt zu bauen.

(Beifall bei *Hans Lafrenz CDU*)

Sie wollen dort – das ist Ihr vorderstes Ziel und Sie sagen das auch an jeder Stelle – sehr ehrgeizig modellhaft ökologisch-energetische Standards haben. Wie gesagt, wir sprechen über 2000 Wohneinheiten und mehr, das ist keine kleine Siedlung irgendwo, sondern flächendeckend ein neuer Stadtteil oberhalb des Niveaus, das wir überall in Hamburg schon haben. Sonst hätte es keinen Modellcharakter. Das heißt, im Grunde genommen sprechen wir da über Passivhausstandard. Wenn Sie das aber wollen, dann ist klar, dass Sie die Ziele zum bezahlbaren Wohnen dort nicht hinkommen werden.

Diesen Zielkonflikt kann man nicht ignorieren, den muss man auch einmal benennen und sagen, wie man ihn lösen will. Insofern bin ich tatsächlich Herrn Roock ganz dankbar, dass er das an dieser Stelle benannt hat, denn die Ankündigungen allein, dass Sie das wollen, reichen nicht. Tatsächlich haben Sie für diesen Zielkonflikt keine Lösung. Jeder, der etwas von Wohnungsbau versteht, sagt Ihnen, dass Passivhausbauweise flächendeckend in der Stadt nicht funktioniert, dass es das Wohnen teurer macht. Ihr eigener Wohnungsbaukoordinator des Senats sagt Ihnen, dass die Umwelthauptstadt Wohnen teurer macht. Die einzigen, die das ignorieren, sind Sie und deshalb funktioniert es an der Stelle nicht. Sie müssen hier eine Lösung anbieten, sonst nimmt man Ihnen das mit dem bezahlbaren Wohnraum nicht mehr ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Senatorin Hajduk hat das Wort.

Senatorin Anja Hajduk:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe länger gezögert, ob ich mich zu dieser Debatte äußern soll, weil man häufig bei den Anträgen und Debatten einfach nur einmal zuhört, was auch wichtig ist. Aber auf zwei Punkte möchte ich, auch nach dem Debattenbeitrag von Herrn Grote, eingehen.

Erstens: Wir sollten, gerade wenn wir sehr große Herausforderungen haben – und wir haben mit dem Gebiet "Mitte Altona" eine große Herausforderung, weil das eine wirklich sehr große Fläche in einem doch noch recht innerstädtischen Bereich ist –, nicht in dieser schlichten Kategorie argumentieren, Bürgerbeteiligung gehe nur dann und sei nur dann gesichert, wenn es im Bezirk läuft.

Herr Münster, das reicht nicht, was Sie da an Argumenten bringen, es sei denn, Sie gehen in Ihrer

Argumentation einmal darauf ein, dass man auch überlegen muss, ob es nicht im Interesse Hamburgs ist – auch im finanziellen Interesse –, bei der Entwicklung einer solchen Fläche, wo man es mit diversen Eigentümern und insbesondere mit der Bahn zu tun hat,

(*Arno Münster SPD*: Drei! Drei Stück sind das, Frau Senatorin!)

schwierige verkehrliche Fragen fachbehördlich zu betreuen, und ob es für diesen Auftritt gegenüber der Bahn nicht klug ist, wenn die Stadt sich geschlossen koordiniert und dann auftritt. Zu diesem Argument nehmen Sie gar nicht Stellung, da habe ich den Eindruck, Sie erfassen gar nicht, dass dies eine große Herausforderung bei der Entwicklung dieser Fläche ist.

(Beifall bei der GAL)

Und diese Polemik, Bürgernähe sei Bezirk und Fachbehörde könne nicht bürgernah, finde ich wirklich zu platt. Hören Sie doch auf damit, Sie wissen doch, wie groß die Herausforderung ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn Sie dann sagen könnten, die Fachbehörde suche keine Bürgernähe, dann hätten Sie recht, denn die Fachbehörde muss auch in ihrer Verantwortung Bürgernähe suchen, so wie wir im Übrigen mit dem Bezirk ein besonderes Verfahren vereinbart haben, um uns im Bezirk rückzukoppeln. Aber die Bezirksverwaltung selbst wie auch die Mehrheit der Bezirksversammlung weiß, dass in diesem Fall, wo es um die Verlegung nicht irgendeines kleinen S-Bahnhofs, sondern eines großen Fernbahnhofs geht, die Fachkompetenz der Stadt in verkehrlicher Hinsicht gebraucht wird. Und deswegen haben Sie, gemessen an der Übersicht, die Sie sonst über dieses Gebiet haben, einfach nicht ehrlich argumentiert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zweitens: Natürlich ist es ein Zielkonflikt, wenn man viele Wohnungen bauen will und eine große Fläche zum Entwickeln hat, die soziale Frage und die Zukunftsfrage des Klimaschutzes zusammenzubringen. Wir sehen diesen Zielkonflikt sehr wohl, Herr Grote, und wir arbeiten an ihm. In dieser Behördenstruktur ist auch angelegt, dass man dafür eine gute Balance finden muss. Aber es ist, perspektivisch gesehen, keine soziale Antwort, wenn man sagt, wir bekommen das nicht bezahlbar und auch noch zukunftsverträglich hin.

Deswegen, begeben wir uns doch gemeinsam in diesen Konflikt, bezahlbare neue Wohnungen zu bauen. Hamburg hat ja auch Fördermittel, die in diesem Segment eine Menge Mehrkosten auffangen. Damit ist der Zielkonflikt nicht vollständig aufgelöst, das behaupte ich gar nicht. Lassen Sie uns in diesen Zielkonflikt einsteigen, aber nicht in einem ersten Reflex die umwelt- und klimapolitische

(Senatorin Anja Hajduk)

Zielsetzung gegen die soziale ausspielen. Weder die eine noch die andere Richtung darf einseitig sein; beides wäre nicht gerecht und auch nicht zukunftsgerecht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Von daher werden wir mit Sicherheit noch intensive Debatten führen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, dass wir uns beim Thema Wohnungsbau, bezahlbare Wohnungen in einer Fläche und Region Hamburgs, auch mit dem Problem auseinandersetzen müssen, wie wir die Herausforderung einer sinnvollen und qualitativ hochwertigen Erschließung bewältigen. Das hat mit Kosten zu tun und gehört ebenfalls in diesen ganzen Debattenzusammenhang.

Die Bürgerbeteiligung vor Ort wird selbstverständlich von uns aufgenommen; sie hat auch schon begonnen. Man muss beobachten, wie man sie vielleicht qualitativ weiterentwickeln muss und wie man intensiv dabei bleiben kann. In diesem Parlament muss keine Fraktion der anderen unterstellen, das Thema Bürgerbeteiligung nicht ernst nehmen zu wollen. So habe ich jedenfalls die Debatte von der Senatsbank aus verstanden und der Senat wird das auch tun. Wir führen unsere Diskussionen, unsere Dialogdiskussionen weiter. Sie wissen, dass wir auch mit einem neuen Format "Stadt im Dialog" begonnen haben und deswegen ist es richtig, dass wir dazu verpflichtet werden, dies gerade auch bei dem Thema "Mitte Altona" fortzusetzen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Grote, Sie haben das Wort.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, darauf möchte ich doch kurz erwidern. Wenn Sie uns Platttheit in der Argumentation vorwerfen,

(Wolfgang Beuß CDU und Ekkehart Wersich CDU: Zu Recht!)

dann kann ich das nur zurückgeben. Es ist auch etwas schlicht argumentiert zu sagen, dass das gesamte Verfahren an den Senat gezogen werden muss und der Bezirk nicht mehr das Planverfahren führen kann, weil wir es dort mit einem Partner wie der Deutschen Bahn zu tun haben. Das stimmt schlicht nicht. Selbstverständlich können Sie als Stadt auftreten, als Senatorin auftreten und die entsprechenden Fragen verhandeln, wenn das Planverfahren gleichzeitig im Bezirk läuft. Das haben wir an vielen anderen Beispielen auch gehabt.

Sie stellen die gesamte Planungslogik, wie sie im Bezirksverwaltungsgesetz und in der Verwaltungsreform angelegt ist, auf den Kopf, weil Sie sagen,

die Geschichte sei so, da gäbe es Beteiligte, da müssten der Senat und Sie selbst als Senatorin ran, sonst klappe es nicht. Das ist falsch, das ist nicht schlüssig und zwingend, wie Sie es darstellen. Sie könnten Ihre Rolle auch in einem beim Bezirk verankerten Verfahren finden. Das funktioniert in vielen anderen Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, dass Sie als zentrale Fachbehörde auch eine örtliche Bürgerbeteiligung organisieren und sich bürgernah verhalten könnten, dann mag das in der Theorie richtig sein. Nur das, was bisher dort an Veranstaltungen gelaufen ist und wie der Prozess wahrgenommen wird, hat eben dazu geführt, dass in Altona die Menschen anfangen, über Altona 21 zu reden und die Auftritte, die Sie als Fachbehörde bisher hatten, nicht so goutiert werden, wie Sie das nahelegen. Insofern ist nicht alles positiv. Es ist nicht so, dass dieser Beteiligungsprozess bisher funktioniert, und das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, dass wir Klimaschutz und das Ziel bezahlbare Wohnungen zu bauen, nicht gegeneinander ausspielen dürften, dann haben Sie natürlich recht. Selbstverständlich ist beides wichtig und von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Stadt. Wir haben aber im Klimaschutz – und das ist der Unterschied – riesige Fortschritte gemacht. Wir sind deutlich oberhalb dessen, was bundesweit passiert. Hamburg ist vorbildlich; das ist großartig.

(Wolfgang Beuß CDU: Ist ja toll! – Beifall bei Michael Gwosdz GAL)

Diese Fortschritte haben wir im geförderten Wohnungsbau, im bezahlbaren Wohnungsbau aber eben gerade nicht gemacht. Dann ist doch die Frage, ob ich immer noch eine, noch eine und noch eine energetische Anforderung draufsattelle, alle sechs Monate eine neue. Da hat der Kollege Roock recht, das ist irgendwann ein Problem. Die Ausgewogenheit, die Sie anmahnen, muss ich irgendwo finden.

Wenn Sie sagen, dass ab 2012 und am liebsten schon ab 2011 der gesamte geförderte Wohnungsbau nur noch Passivhausstandard sein soll – in der HafenCity nur Passivhäuser, die SAGA soll eigentlich nur noch Passivhäuser bauen und in der "Neuen Mitte Altona" eigentlich auch –, dann überfordern Sie das, was an Möglichkeiten, an Potenzial, das sozialverträglich und mit dem Ergebnis bezahlbare Wohnungen zu schaffen, noch vorhanden ist; das bekommen Sie nicht hin.

Der Konflikt geht bei Ihnen quer durchs Haus, das ist bekannt, aber nicht gut, weil wir dadurch keine einheitliche klare Stimme haben, die sagt: Das ist die Linie, so ist unsere Abwägung, darauf läuft es hinaus.

(Andy Grote)

(Olaf Ohlsen CDU: Ihr habt doch keine Linie!

Es muss endlich eine klare Haltung geben,

(Heiko Hecht CDU: Quatsch!)

bezahlbaren Wohnungsbau zu schaffen,

(Heiko Hecht CDU: Aber nicht mit der SPD!)

und das mit der Förderung und auch mit der SAGA hinzubekommen. Sie wissen genau, dass wir seit Beginn dieser Legislaturperiode über die Wohnungsbaupflichtung der SAGA sprechen und darüber, was die SAGA machen muss. Und Sie wissen ganz genau, dass die SAGA im Jahr 20010 nicht eine einzige Wohnung fertiggestellt hat. Das kann niemanden befriedigen, da stimmt etwas nicht. Insofern ist die Ausgewogenheit nicht da und es ist noch viel zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Den letzten Beitrag von Herrn Grote habe ich nicht so ganz verstanden.

(Olaf Ohlsen CDU: Das hat keiner verstanden!)

Warum die SAGA aufgrund der energetischen Vorgaben keine einzige Wohnung gebaut hat – das finde ich doch etwas überzogen.

(Andy Grote SPD: Das ist eine Zahl, die stimmt einfach!)

– Das stimmt. Aber dass es die Ursache in den Punkten hat, die Sie aufgezählt haben, dass es im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Frage der energetischen Vorgaben steht, stimmt natürlich nicht. Ich fand interessant, wie Sie das gesagt haben, aber das ist mir erst einmal nicht das Wichtige.

Das Wichtige ist erstens: Frau Hajduk, Ihre Begründung im Zusammenhang mit diesem großen Projekt und den Bezirken ist – wir haben die vorher schon einmal gehört –, die Bezirke in wesentlichen Bereichen politisch abzuschaffen. Auf diese Weise werden die Bezirke nicht mehr in die normalen politischen Aufgaben in dieser Stadt miteinbezogen und so sollte man es meiner Meinung nach nicht halten.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Detlef Roock CDU: Was ist denn jetzt mit dem Fernbahnhof?)

Zweitens der Fernbahnhof: Das erste, was Herr Becker lernen muss, ist natürlich die Tatsache, dass man, wenn man dieses Gelände kennt, sich immer noch irgendeine Fernbahnstrecke an dieser Stelle vorstellen kann, da eine große Fläche übrig-

bleibt, die man unabhängig davon nutzen muss. Das gesamte Güterbahngelände, diese gesamten dort zur Verfügung stehenden riesigen Flächen sind für zusätzliche Flächen und Wohnungsbau-möglichkeiten da. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob man den Fernbahnhof wegnimmt oder nicht.

(Hans-Detlef Roock CDU: Was machen Sie denn mit dem Lärmschutz? Wollen Sie da auch einen Tunnel bauen wie in Stuttgart?)

– Wir würden da auch gerne einen Tunnel bauen, aber folgende Schwierigkeit ist dabei:

(Antje Möller GAL: Tunnel sind nicht angesagt!)

Wie kann es sein, dass diese wichtige Frage der Verlegung des Fernbahnhofs überhaupt keine Rolle spielt bei dem, was die Stadt, die Behörde und die Parteien in dieser Bürgerschaft wollen? Es wird so getan, als wenn das vom lieben Herrgott kommt. Das ist falsch. Wir wollen mitbestimmen und dementsprechend ist es entscheidend, wenn es dazu gegenwärtige Diskussionen gibt, wie die Fernbahnanbindung von Altona in Zukunft aussehen wird. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir zu besprechen und zu planen haben. Ich weiß gar nicht, wer das sonst machen sollte. Und deshalb, Herr Becker, können Sie sich vor dieser Aufgabe nicht drücken und so tun, als würden das irgendwelche anderen Menschen entscheiden. Das macht diese Koalition immer sehr gern. Irgendwie wurde irgendwo etwas entschieden und leider müssen Sie das ausführen. Nein, Sie haben die Verantwortung, Sie müssen eine Meinung dazu haben und wir wollen in Altona die Diskussion dazu haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der letzte Punkt: Im Zusammenhang mit allen demokratischen Ideen ist das entscheidende Moment, dass keine Begründung dafür gegeben worden ist, warum wir diese Frage nicht im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren. Das ist eine wichtige Frage für Hamburg und muss doch überwiesen werden. Warum wollen Sie die Bürgerschaft davon freihalten, wenn Sie andererseits dieses Thema an die BSU binden wollen? Das ist nicht logisch und das haben Sie überhaupt nicht beantwortet. Dementsprechend möchte ich Sie bitten, zumindest diese Anträge an den Ausschuss zu überweisen, wo wir weiter diskutieren können. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Becker, Sie haben das Wort.

Horst Becker GAL:*

(Horst Becker)

(Zuruf aus dem Plenum: Horst, jetzt mal die Ehrenrettung! – *Wolfgang Beuß CDU*: Es ist doch alles gesagt worden!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe nicht, dass jemandes Ehre gerettet werden muss, um das einmal klarzustellen.

Und an den Kollegen Hackbusch gerichtet: Wir erwarten von Ihnen noch eine Entscheidung, ob Sie nun den Fernbahnhof erhalten oder ein neues Quartier wollen. Sie haben sich, wie Ihre Kollegen im Bezirk, schon außerhalb dieses Verfahrens positioniert. Deswegen ist Ihr Engagement da ein bisschen merkwürdig. Im Stadtentwicklungsausschuss wird sicherlich noch viel über das Thema geredet werden, aber dann, wenn wirklich etwas darüber zu reden ist. Ihr Antrag gibt dazu absolut nichts her.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Und unseren muss man zurzeit auch nicht beraten, deswegen werden wir ihn auch nicht überweisen, das ist doch klar; er setzt Leitlinien. Auf zwei Aspekte möchte ich noch eingehen.

Erstens: Im Zusammenhang damit, dass der Bezirk es übernehmen soll, sollte man erwähnen, dass es sich nach Baugesetzbuch, Paragraph 165, um eine Stadtentwicklungsmaßnahme handelt, die in Hamburg das erste Mal durchgeführt wird. Das heißt, es ist nicht, wie ein normaler Bebauungsplan, das Tagesgeschäft der Bezirksverwaltung.

(*Jan Quast SPD*: Auch nicht der BSU!)

Es erfordert weitreichende finanzielle Verhandlungen mit diversen Grundeigentümern und Beteiligten, die ein Bezirk so auch nicht leisten kann. Insofern sollten Sie so vernünftig sein, das zu verstehen.

(*Arno Münster SPD*: Nein, Sie geben das Planrecht 15 Jahre aus den Händen!)

Was das Thema des Konflikts zwischen Ökologie und sozialem Wohnungsbau betrifft, der hier aufgebaut, aber nur teilweise vorhanden ist, so haben wir die Situation, dass – wenn ich mich nicht irre – die EU sagt, dass ab 2018 sowieso nur noch Passivhäuser gebaut werden sollen. Wenn also nicht Hamburg vorangeht, wer dann? Sie müssen bedenken, dass das Passivhaus unausweichlich sein wird. Es gibt einen inhaltlichen Widerstand der Bauwirtschaft, die herummäkelt, genau wie die Autoindustrie sich immer weigert, schadstoffärmere Autos zu produzieren. Das ist inhaltlicher Widerstand, da ist nicht unbedingt viel dahinter. Man sollte versuchen, im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Sonst, Herr Grote, müssen Sie sich wirklich hinstellen und sagen, dass die Sozialmieter nicht in einem Passivhaus wohnen, sondern lieber die Heizkosten bezahlen sollen.

(*Arno Münster SPD*: Das hat doch keiner gesagt! – Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Der Abgeordnete Robert Heinemann hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/7808.

Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Nun zum gemeinsamen Antrag der GAL- und CDU-Fraktion aus Drucksache 19/7674.

Wer möchte diese Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zuerst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/7808. Die SPD-Fraktion möchte eine ziffernweise Abstimmung. – Wer möchte Ziffer 1 des Antrags aus Drucksache 19/7808 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 2 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun zum gemeinsamen Antrag der GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/7674.

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf, Drucksache 19/7672, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wo bleibt der Senatsbericht zu den Atomtransporten?

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wo bleibt der Senatsbericht zu den Atomtransporten?
– Drs 19/7672 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, bitte.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Atomtransporte waren am Wochenende im Fokus der Republik. Es ging um die hoch radioaktiven Castor-Transporte nach

(Dora Heyenn)

Gorleben, die jeweils eine so hohe atomare Belastung hatten wie ein Tschernobyl-Unglück. Ich war selbst da und kann nur sagen, dass ich vom Idealismus dieser unglaublich vielen jungen Menschen noch immer total begeistert bin und ich war sehr beeindruckt davon, wie sehr diese jungen Menschen glauben, dass ihr Protest politisch auch etwas bewegt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD und bei Antje Möller und Andreas Waldowsky, beide GAL)

Gleichzeitig ist das, was die Politik in Berlin durch falsche Beschlüsse den Polizisten aufbürdet, nämlich ihre Konflikte vor Ort zu regeln, unerträglich und das kann man nie wieder so machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch in Hamburg haben wir Atomtransporte und das bereits seit 20 Jahren. Der Hamburger Hafen entwickelt sich langsam und sicher und immer stetiger zur Drehscheibe für die Ver- und Entsorgung der Atomkraftwerke in Europa, in Südamerika und auch in Asien.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Die Zweckbestimmungen der Atomtransporte sind wesentlich für die politische Bewertung der Transporte im Einzelnen, insbesondere im Bereich der Friedens-, Umwelt- und Energiepolitik. Die LINKE hat seit 2009 viele Anfragen an den Senat gestellt. Wir wollten dreierlei Sachen wissen.

Erstens: Wie viele Atomtransporte fahren pro Jahr oder durchschnittlich pro Woche über die Straßen Hamburgs und wie viele kommen im Hamburger Hafen an?

Zweitens: Wie sicher sind die Atomtransporte?

Drittens: Wie kann die Zahl der Atomtransporte verringert oder vielleicht sogar gestoppt werden?

Auf die Frage, wie viele Atomtransporte wir in Hamburg eigentlich zu gewärtigen haben, sind wir nicht viel weiter gekommen, weil der Senat uns dann mitteilte, dass er bei dem sonstigen spaltbaren Material die Speicherung von Daten alle drei Monate lösche. In diversen Antworten erklärte der Senat, dass eine dauerhafte und lückenlose Speicherung dieser Transportdaten nicht praktikabel und kein Erkenntnisgewinn sei. Das sehen wir natürlich ganz anders. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, wenn alle Daten nach drei Monaten gelöscht werden, eben alle drei Monate eine Anfrage zu stellen. Und so haben wir das auch gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst die GAL scheint die Auffassung des Senats nicht zu teilen, denn die umweltpolitische Sprech-

rin hat am 12. Oktober dieses Jahres gefragt – ich zitiere –:

"Warum hält es der Hamburger Senat in Zeiten praktisch unbegrenzter Speicherkapazitäten in Computern nicht für erforderlich, die Daten zu Transporten der hier genannten Art länger als drei Monate aufzubewahren?"

(Jan Quast SPD: Die Preise von Dataport sind so hoch!)

– Richtig, wegen Dataport. Vielleicht kennen die auch noch keine Computer, das wissen wir nicht.

Die Antwort des Senats:

"Für eine Speicherung der GEGIS-Daten ..."

– also der Gefahrgut-Informationssystem-Daten –

"... über den Zeitraum von drei Monaten hinaus besteht weder eine gesetzliche Verpflichtung noch eine polizeifachliche Notwendigkeit."

Und dann kommt es:

"Im Übrigen hat sich der Senat hiermit nicht befasset."

Das behaupten die im Oktober 2010, nachdem wir acht Schriftliche Kleine Anfragen und drei Große Anfragen zu den Atomtransporten gestellt haben. Das ist wirklich ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das zeigt mir, dass wir als Oppositionsabgeordnete mit dem Leid, vom Senat nicht ernst genommen zu werden, nicht alleine dastehen. Auch die Abgeordneten der Regierungsfractionen werden hinter die Fichte geführt.

Im September 2009 hat der Senat bekanntgegeben, dass in den letzten 20 Jahren die Zahlen der Kernbrennstofftransporte schwanken, und zwar mit abnehmendem Trend pro Jahr zwischen 139 und 150. Von abnehmendem Trend kann überhaupt keine Rede sein. Von 2005 bis 2009 gibt es eine Zunahme von 278 Prozent der Kernbrennstofftransporte. Das ist auch wieder eine Falschmeldung.

Die Auswertung unserer Anfragen im Drei-Monats-Rhythmus ergibt insgesamt 232 Transporte für Kernbrennstoffe und sonstige radioaktive Stoffe über den Hamburger Hafen, die gemeldet werden müssen, und zwar im Zeitraum vom 14. August 2009 bis zum 14. August 2010. Ein besonderes Problem stellen die radioaktiven Stoffe dar, die ausschließlich auf der Straße transportiert werden. Und dazu erklärt der Senat in der Drucksache 19/3835, dass sie den zahlenmäßig größten Anteil an den Transporten darstellten und dass dafür keine atomrechtlichen Meldeverpflichtungen beständen. Meldepflichtig waren bisher also die 232

(Dora Heyenn)

Transporte. Das heißt, die zusätzlichen werden so in etwa geschätzt und es soll sich ausschließlich um radioaktives Material für medizinische Zwecke handeln. Dafür ist der Senat bisher jeden Beweis schuldig geblieben, da ohnehin nicht geprüft wird. Wir bezweifeln das nachhaltig. Was bleibt, sind Schätzungen, und so kommen wir auf insgesamt 350 bis 500 Atomtransporte im Jahr quer durch Hamburg.

Nun frage ich Sie, wie man für diese Anzahl von Atomtransporten Sicherheit garantieren will, und das vor dem Hintergrund folgender Aussagen des Senats: Am 11. September 2009 erklärte der Senat in der Antwort auf eine Große Anfrage der LINKEN:

"Der kleinste Abstand zwischen Transportrouten und Wohnhäusern beträgt innerhalb des Hamburger Stadtgebiets circa 30 m."

Das muss man sich einmal vorstellen, 30 Meter an den Häusern vorbei. Die zweite Aussage des Senats war:

"Unfälle mit gefährlichen Gütern können sich jederzeit und nahezu an jedem Ort in der Stadt ereignen."

Daraufhin haben wir im März dieses Jahres einen Antrag auf Stopp der Atomtransporte gestellt. Die CDU und die GAL haben dann am 31. März 2010, als wir dies in der Bürgerschaft besprochen haben, einen Abwehrantrag gestellt. Sie wollten unseren Antrag ablehnen, wollten aber trotzdem irgendwas dazu sagen und hat dann folgende Beschlussvorlage gemacht. Ich möchte betonen, dass alle Fraktionen in diesem Haus diesem Antrag zugestimmt haben. Der erste Punkt dieses Antrags von CDU und GAL vom 31. März 2010 lautet:

"Der Senat wird ersucht, verstärkte Kontrollen der Transporte von radioaktiven Stoffen, insbesondere Uranhexafluorid, durchzuführen."

Offenkundig schien die GAL dem Frieden nicht ganz zu trauen, denn am 12. Oktober 2010, neun Tage, bevor ein Bericht vorgelegt werden sollte, fragte die umweltpolitische Sprecherin der GAL den Senat – ich zitiere –:

"Gibt es eine Vorgabe zur Häufigkeit der stichprobenartigen Kontrolle von Transporten bei Ankunft beziehungsweise Abgang aus dem Hafen sowie während der Transporte auf Hamburger Stadtgebiet?"

Und was antwortet der Senat?

"Nein."

Neun Tage, bevor die Frist abgelaufen ist, dass die Häufigkeit angegeben werden sollte.

Zweitens wurde beschlossen, wieder mit allen Stimmen von allen Abgeordneten, auf Antrag von CDU und GAL:

"Der Senat wird ersucht zu prüfen, inwieweit Verbesserungen des Gefahrgüterkontrollkonzeptes möglich sind und dabei auch eine generelle Kontrolle von genehmigungspflichtigen radioaktiven Transporten mit einzubeziehen."

Nach meiner Kenntnis liegt nichts vor. In der Presse konnte ich bisher nur Verlautbarungen aus der Behörde hören, dass es so etwas gar nicht geben werde, sondern dass nur die atomrechtlichen Bestimmungen überprüft würden. Nun haben wir heute von Herrn Frigge gehört, wir sollten nicht alles glauben, was in der Zeitung stehe. Dann kann ich nur hoffen, dass das nicht stimmt. Es kann doch nicht wahr sein, dass die Bürgerschaft es beschließt und der Senat sagt, das würde er nicht tun; das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Des Weiteren wurde beschlossen, der Bürgerschaft bis zum 30. Oktober 2010, also vor zehn Tagen, zu berichten. Es liegt nichts vor und das sehen wir mittlerweile, wie Joachim Bischoff heute sagte, als Normalfall an, nämlich dass dieser Senat seine Hausaufgaben nicht macht und das Parlament nicht ernst nimmt. Wir fordern die Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen. Der Senat kann sich nicht aussuchen, was er davon umsetzt und was nicht. Sie müssen sich dem Parlament gegenüber verantworten und Sie müssen Rechenschaft ablegen, ob es Ihnen passt oder nicht; darauf bestehen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht ganz und gar nicht, dass Sie uns alle an der Nase herumführen, selbst Beschlüsse herbeiführen und sich hinterher einen Teufel darum kümmern, sie umzusetzen. Das ist eine Missachtung des Parlaments, die hier fortgesetzt wird, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Deswegen haben wir dies heute eingebracht, um die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, und stellen diesen Antrag.

Zum Schluss noch zwei Zitate:

"Im Übrigen respektiert der Senat den beschlossenen Atomausstieg und fördert im erheblichen Umfang Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Dies trägt mittelfristig dazu bei, Atomtransporte zu reduzieren."

Eine Äußerung des Senats von 2009.

Am 12. Oktober 2010 fragt Frau Weggen nach:

"Geht der Hamburger Senat von zusätzlichen Transporten von Kernbrennstoffen im

(Dora Heyenn)

Falle einer Laufzeitverlängerung beziehungsweise unabhängig davon, von einer künftigen Erhöhung der Transportzahlen aus?"

Die Antwort lautet:

"Etwa 10 Prozent der Kernbrennstofftransporte durch Hamburg stehen in direktem Zusammenhang mit der Kernenergienutzung in Deutschland und haben ein deutsches Kernkraftwerk als Absender oder Ziel. Die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken würden sich auf diesen Anteil beziehen."

Zum einen glauben wir, dass 10 Prozent viel zu gering angesetzt sind und außerdem sagen wir von der LINKEN ganz klar: Diesen Automatismus der Laufzeitverlängerungen und die damit automatisch verbundenen höheren Atomtransportzahlen, die sowieso schon viel zu hoch sind, lehnen wir ab. Wir fordern Sie von der GAL auf, sich genauso engagiert wie letztes Wochenende im Wendland an dieser Stelle in Ihrer verantwortlichen Position für die Einschränkung der Atomtransporte einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt wird es richtig bunt. Es gibt tatsächlich den Vorschlag, dass unser Antrag an den Innenausschuss überwiesen werden soll. Falls Sie unseren Antrag nicht gelesen haben, lese ich noch einmal vor, was Sie bitte beschließen möchten auf unseren Wunsch hin:

"Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich der Bürgerschaft Bericht im Sinne der Drs. 19/5807 zu erstatten."

Das soll in den Innenausschuss. Können Sie mir einmal sagen, was das da soll? Das Einzige, was wir uns vorstellen können, ist, dass dieser Antrag an den Verfassungsausschuss überwiesen wird, und zwar, damit man sich damit beschäftigt, dass der Senat wegen Untätigkeit endlich Rechenschaft ablegen muss.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Thomas Böwer SPD*)

Was wir befürworten und auch schon mehrfach beantragt haben, sind die Selbstbefassung im Innenausschuss, im Umweltausschuss und im Rechtsausschuss. Was wir wollen, ist, dass über den Antrag heute abgestimmt wird und dass endlich etwas getan wird gegen die zunehmende Anzahl von Atomtransporten. Wir hatten zudem schon gefährliche Situationen. Es kann nicht sein, dass dies noch weiter hinausgeschoben wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Trepoll.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Heyenn, ich bin etwas irritiert. Sie haben einen großen Teil Ihrer Redezeit darauf verwendet, über die vielen Anfragen, die Sie gestellt haben, zu referieren. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich darum bitte, nur zu Ihrem Antrag zu sprechen,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das wäre sehr schön!)

über den wir heute abstimmen müssen. Das macht dann vielleicht auch Sinn.

Ich stelle Folgendes fest: Die Sicherheit angesichts der hohen Risiken für Mensch und Umwelt, die von Atomtransporten ausgehen, muss oberste Priorität haben. Wir wollen, dass die Hamburger Kontrollvorgaben auch aufgrund des erwähnten Zwischenfalls einer genauen Prüfung unterzogen werden. Wir halten eine Verstärkung der Kontrollen für notwendig. Strahlende und andere gefährliche Fracht in maroden Transportbehältern oder auf untauglichen Fahrzeugen darf nicht durch Hamburg fahren oder von hier aus in das weitere Bundesgebiet gelangen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit der Drucksache 19/5807 – Sie haben es angesprochen –, die von Schwarz-Grün vorgelegt und von der Bürgerschaft beschlossen wurde, wurde der Senat ersucht, erstens verstärkte Kontrollen der Transporte von radioaktiven Stoffen, insbesondere Uranhexafluorid, durchzuführen, zweitens zu prüfen, inwieweit Verbesserungen des Gefahrgüterkontrollkonzeptes möglich sind und dabei eine generelle Kontrolle von genehmigungspflichtigen radioaktiven Transporten mit einzubeziehen und drittens der Bürgerschaft bis zum 30. Oktober 2010 zu berichten.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das war schon! Das war bereits!)

Nichts anderes fordert DIE LINKE in ihrem Antrag heute – und da zitiere ich ebenfalls den Beschluss:

"[...] unverzüglich der Bürgerschaft Bericht im Sinne der Drs 19/5807 zu erstatten."

Deshalb möchte ich mich als Vertreter der Regierungskoalition nicht nur bei Ihnen, Frau Heyenn, sondern natürlich bei allen Abgeordneten dafür entschuldigen, dass der Senat die Fristsetzung für dieses Ersuchen versäumt hat. Meine Überzeugung ist, dass man nicht nur die vielen guten Dinge, die der schwarz-grüne Senat macht, loben kann, sondern wenn es, wie in diesem Fall, ausnahmsweise nicht rechtzeitig geschieht,

(André Trepoll)

(Lachen bei der LINKEN)

dann wird man auch das Versäumnis und den Fehler einräumen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings gehört zur Wahrheit natürlich auch, dass der Senat sich diese Frist nicht selbst gesetzt hat, sondern wir dem Senat. Es ist nicht erkennbar, dass die Verzögerung des Berichts schwerwiegende Auswirkungen hat. Im Gegenteil, es wurden in den letzten Wochen viele Anfragen zu den Themen gestellt; Sie haben es angesprochen. Wir haben durch die Anfragen erfahren, dass es eine deutliche Zunahme der Kontrollen in diesem Jahr gibt. Angesichts der ersten Kontrollergebnisse besteht kein Anlass von generellen, gefahrgutrechtlichen Sicherheitsmängeln in der Transportkette von Klasse-7-Transporten auszugehen.

Ferner muss es doch wohl gerade bei einem solchen Thema unser aller Ziel sein, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Nur so können wir erreichen, dass das Ersuchen zu unserer Zufriedenheit bearbeitet wird. Wir sind uns aber trotzdem des Sicherheitsrisikos solcher Transporte sehr bewusst. Jedoch kann ein verspäteter Bericht nicht dazu dienen, in Angstmacherei zu verfallen, denn Sie wissen auch, dass sonst mit den Sorgen und Ängsten der Menschen gespielt wird. Dieses wichtige Thema sollte aus meiner Sicht dafür nicht benutzt werden und deshalb mein Appell auch an die Links-Fraktion: Problembewusstsein ja, Panikmache nein.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ersuchen, dass verstärkte Kontrollen der Transporte von radioaktiven Stoffen durchgeführt werden sollen, und die Überprüfung, inwieweit Verbesserungsmöglichkeiten des Gefahrgüterkontrollkonzepts möglich sind, stehen weiterhin für uns an erster Stelle.

Meine Damen und Herren! Es wird also deutlich, dass wir keinen erneuten Beschluss, keinen Erinnerungsbeschluss benötigen. Wir werden vielmehr den Antrag an den Innenausschuss überweisen. Der Senatsbericht wird schnellstmöglich folgen und dann können wir im Fachausschuss zu diesem Thema eingehend beraten. Bis dahin nehmen wir die Gefahren weiterhin ernst, die von diesen notwendigen Transporten ausgehen, und setzen uns weiter dafür ein, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

(Jörn Frommann CDU: Jetzt geht das Gekeife wieder los!)

Dr. Monika Schaal SPD: – Ich finde das eine Unverschämtheit, Herr Frommann. Es ist wirklich unglaublich; ich werde mich auch einmal entsprechend äußern, wenn Sie das Wort ergreifen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die SPD sagt, dass der Bericht auf den Tisch muss. Die Bürgerschaft hat ihn einstimmig am 30. März beschlossen und er sollte am 30. Oktober vorgelegt werden. Wir haben keinen Bericht vorliegen und darum unterstützt die SPD auch den Antrag der LINKEN. Es hat sich so richtig eingebürgert, dass der Senat Ersuchen der Bürgerschaft erst einmal liegen lässt. Herr Trepoll, das ist keine Ausnahme oder ein Zufall. Aus Kleinen Anfragen meines Kollegen Thomas Böwer vom August wissen wir, dass in dieser Legislaturperiode von 185 Ersuchen 120 noch nicht erledigt sind. Das ist eine Missachtung des Parlaments, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man muss dies einfach sagen, Herr Trepoll, trotz Ihrer Entschuldigung, denn es ist ein generelles Problem. Man muss hierbei natürlich berücksichtigen, dass dieses Ersuchen – wie die meisten oder fast alle, die in der Bürgerschaft beschlossen werden – auf Initiative beziehungsweise Mitarbeit der schwarz-grünen Koalition zurückgeht. Wenn man jetzt sieht, dass so viele Ersuchen liegen bleiben, ist es doch ein Indiz dafür, dass es offensichtlich in dieser Koalition nicht so reibungslos läuft, wie der vormalige Senatschef es immer dargestellt hat. Auch in diesem Fall war es so, dass erst, als die Presse anfang zu drängeln – dafür kann man sich nur bedanken –, eine Senatssprecherin erklärte, die Drucksache dazu sei noch in der Behördenabstimmung. Hier kann man sich vielleicht ausmalen, dass es sicher viel Arbeit ist, denn an diesem Thema sind etliche Behörden beteiligt. Neben der BSU sind die Behörde für Soziales, Gesundheit und Familie, die BfL und wahrscheinlich auch noch die Wirtschaftsbehörde daran beteiligt. Hier ist der Streit wohl vorprogrammiert und wir können gespannt sein, was dabei herauskommt. Aber Behördenstreit ist für die Sicherheit auf unseren Straßen keine gute Grundlage, Herr Senator.

Die Forderung nach verstärkten Kontrollen von Transporten radioaktiver Stoffe ist angesichts der wachsenden Zahl von Atomtransporten mehr als berechtigt. Es geht hier auch nicht nur um Atomtransporte, wie im Ersuchen dargestellt wird, sondern um Gefahrguttransporte allgemein. Es ist schon bemerkenswert, dass die Koalition vor einem halben Jahr ein verbessertes Gefahrgüterkontrollkonzept gefordert hat, was wir auch unterstützt haben. Ob das bisherige Gefahrgüterkontrollkonzept schlecht war, können wir sicher erst beurteilen, wenn wir den Bericht haben. Aber jede Verzögerung, die sich jetzt einstellt, macht auch mis-

(Dr. Monika Schaal)

strausch, Herr Senator, und darum gehört das Konzept zügig auf den Tisch.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Atomtransporte sind allerdings der Ausgangspunkt der Forderung gewesen. Bei den Atomtransporten geht es nicht allein um Castoren, sondern um Transporte unterschiedlicher radioaktiver Produkte, die in unterschiedlichen Zusammenhängen anfallen und gebraucht werden. So geht es zum Beispiel auch um Krankenhausabfälle aus der Nuklearmedizin. Auch da gibt es strenge Vorschriften, wie mit diesem Material umzugehen und wie es zu entsorgen ist. Diese Vorschriften müssen eingehalten werden und ihre Einhaltung muss überwacht werden.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

Meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat gewünscht, dass stärkere Kontrollen, insbesondere von Uranhexafluorid, erfolgen. Das ist auch berechtigt, denn der Umgang mit diesem Stoff birgt aufgrund seiner physikalischen und chemischen Eigenschaften ein hohes Gefahrenpotenzial. Schon geringe Temperaturanstiege können geschlossene Behälter aufgrund eines schnellen Druckaufbaus zum Reißen und Platzen bringen. Uranhexafluorid kann sich in der Luft schnell ausbreiten, denn je nach Temperatur ist es auch gasförmig. Das Schlimmste ist, dass diese Substanz sehr schnell mit Wasser reagiert. Reaktionen können schon bei Luftfeuchtigkeit auftreten und dabei entstehen Produkte, die hoch giftig sind und zum Tode führen können. Darum ist äußerste Sorgfalt geboten, wenn Uranhexafluorid auf der Straße transportiert wird. Wie wir wissen, wird es jetzt auch öfter transportiert werden, denn dieser Stoff wird zur Herstellung von Brennelementen benötigt.

Wenn die Bundesregierung jetzt die Atomkraftwerke länger laufen lässt, werden mehr Brennelemente benötigt, also wird auch auf der Straße mehr Uranhexafluorid transportiert werden. Das bedeutet, dass wir uns intensiv um diese Transporte kümmern müssen, weil sie auch die Sicherheit in Hamburg gefährden können. Deswegen ist es notwendig, dass sich auch der Senat dieser Frage schnell stellt.

Wir haben am Wochenende miterlebt, wie die verfehlte Energiepolitik auf dem Rücken der Polizei ausgetragen wird und wie sich abzeichnet, könnte möglicherweise auch in Hamburg demnächst ein Castor durchrollen. Dann wird die Polizei wieder gefordert sein, auch deshalb, weil die Bundesregierung wieder Fehler gemacht hat. Es ist gestern bekannt geworden, dass die Bundesregierung einen Vertrag mit Russland abgeschlossen hat. Danach sollen 951 Brennelemente in mehreren Castoren verpackt nach Majak rollen, einer Atomverarbeitungsanlage in Sibirien. Es handelt sich hierbei um abgebrannte Brennelemente aus der

ehemaligen DDR-Forschungsanlage Rossendorf bei Dresden. Sie lagern jetzt in Ahaus und sollen möglicherweise über den Hamburger Hafen verschifft werden, wie heute dem "Hamburger Abendblatt" zu entnehmen ist.

Meine Damen und Herren! Seit 2005 gibt es in Deutschland nach dem Atomgesetz keine Wiederaufarbeitung von Brennelementen mehr, damit der Atom Müll nicht noch mehr anwächst und damit die Transporte nicht unnötig zahlreich werden. Die Proteste am Wochenende und ihre Kommentierung in den Zeitungen haben deutlich gemacht, dass solche Transporte unerwünscht sind in der Bevölkerung, insbesondere, weil das absehbare Ende der Atomwirtschaft von der Bundesregierung nun wieder in weite Ferne gerückt wurde.

Bisher war es Konsens, dass Atom Müll, der in Deutschland produziert wird, auch im eigenen Land bleibt. Jetzt will die Bundesregierung, dass atomarer Müll aus Deutschland einfach irgendwo hin nach Sibirien transportiert wird. Ob dieser Fall der Brennelemente aus Rossendorf aufgrund eines internationalen Abkommens als einziger Abfall in Majak landen wird oder nicht, ist nicht bekannt, das wird sich zeigen. Sicher ist keiner von uns darauf neugierig zu erleben, was passiert, wenn vielleicht 2011 – Hamburg ist Umwelthauptstadt – ausgerechnet hier Castoren nach Russland verschifft werden. Es steht aufgrund der Geschichte des Zielorts Majak außerdem zu befürchten, dass es dort keine sichere Lagerung gibt und dass dort Menschen und Umwelt auf das Höchste gefährdet werden. Ich hoffe, dass Bürgermeister Ahlhaus – er ist leider nicht mehr da – derartige Transporte bei der Bundeskanzlerin infrage stellt. Und wenn er schon einmal da ist, dann sollte er sich des Anliegens annehmen, das aus Niedersachsen kommt, nämlich dass jetzt wirklich ergebnisoffen nach Endlagerstätten gesucht wird.

Das Thema Atomtransporte ist in mehrfacher Hinsicht äußerst schwierig für den Senat. Trotzdem muss er sich stellen und den angeforderten Bericht vorlegen. So will es das Parlament und das ist auch gut so. Jetzt hören wir, dass der Antrag an den Innenausschuss überwiesen werden soll und ich kann nur sagen: Hoffentlich ist das nicht eine Beerdigung erster Klasse. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute nicht zum ersten Mal über radioaktive Transporte, die auf Schiene oder Straße über Hamburger Gebiet transportiert oder auch im Hafen umgeschlagen werden. Die Diskussion ist angesichts der Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken, die disku-

(Jenny Weggen)

tiert werden, und dem unendlich vielen unnützen Müll, der dabei produziert wird, eine sehr aktuelle und auch sehr wichtige, auch deshalb, da Atomkraftwerke, die länger laufen, neue Brennstäbe brauchen. Zu den radioaktiven Transporten, die über den Hamburger Hafen umgeschlagen und über Straße und Schiene transportiert werden, gehören auch Kernbrennstoffe für genau diesen Zweck. Längere Laufzeiten bedeuten in der Summe auch mehr radioaktive Transporte und über einen längeren Zeitraum hinweg. Frau Heyenn ist auf die Zahlen bereits eingegangen und hat auch aus meiner Kleinen Anfrage zitiert. Selbstverständlich sehen wir als Grüne die Höhe der Transporte nach wie vor sehr kritisch. Wenn man gegen Atomkraft ist, kann man auch nur gegen diese Transporte sein.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und bei *Thomas Böwer SPD*)

Andererseits ist das Thema sehr wichtig und sehr aktuell angesichts des Castortransports im Wendland am vergangenen Wochenende. Wir sind in Hamburg bisher nicht direkt von Castortransporten betroffen. Für einen Transport von Ahaus nach Russland ist auch Hamburg als Umschlagsort im Gespräch; Frau Dr. Schaal ist gerade darauf eingegangen. Dieser Transport ist vom Bundesamt für Strahlenschutz mittlerweile genehmigt. Der Transport ist allerdings mehr als zweifelhaft, er ist unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich führe das gern noch weiter aus. Es wird hier die billigste Lösung gewählt, nämlich den Atomschrott aus der ehemaligen DDR nach Russland abzuschieben.

(*Thomas Böwer SPD*: Ja!)

Die Sicherheitsbestimmungen vor Ort sind absolut inakzeptabel, Majak ist eine der radioaktiv verseuchtesten Regionen der Welt. Dass die Bundesregierung diesen Transport zulassen will, zeigt nur einmal mehr, wie sie von der Atomlobby getrieben wird. Mit Verantwortungsbewusstsein hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Es handelt sich dabei um Müll, auch wenn er angeblich in Russland wieder aufbereitet werden soll. Das ist aber mehr als zweifelhaft. Pikant ist nämlich, dass Atom Müll nicht einfach so ins Ausland transportiert werden darf, unter dem Deckmantel der Wiederaufbereitung jedoch schon. Nach Presseberichten stehen Container von ähnlichen Transporten, die auch nach Majak gehen sollen, einfach auf verlassenen Parkplätzen herum, strahlen vor sich hin und warten vergeblich auf ihren angeblichen Zweck. Für uns ist dieses Thema vor allem

auch aktuell, da im Gespräch ist, dass dieser Transport über den Hamburger Hafen gehen könnte. Selbstverständlich wollen wir als Grüne diesen Transport nicht in Hamburg haben. Wir wollen diesen Transport überhaupt nicht, er ist unverantwortlich, falsch und gefährlich.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN – *Thomas Böwer SPD*: Bravo!)

Wir haben wahrscheinlich alle die bunten, lauten und erfolgreichen Proteste vom Wochenende gegen den Castortransport im Wendland noch vor Augen; Frau Heyenn ist darauf schon eingegangen. So lange hat es noch nie gedauert, bis ein Castor verladen werden konnte. Das ist ein großer und wichtiger Erfolg für die Anti-Atombewegung und zeigt der Bundesregierung, was ein Großteil der Bevölkerung von ihrer Atompolitik hält, nämlich gar nichts.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Castortransporte sind sehr gefährlich, das Sicherheitsrisiko ist enorm, solche hoch radioaktiven Transporte über Hamburger Gebiet sind einfach Wahnsinn.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Genau deshalb müssen wir alle Möglichkeiten genau abwägen und muss genau geprüft werden, was wir in Hamburg als Stadt und Bundesland tun können, um diesen Transport zu verhindern. Auch eine mögliche Klage gegen die Genehmigung vom Bundesamt für Strahlenschutz muss Teil dieser Prüfung sein. Wir werden alle Möglichkeiten ausreizen, damit keine Castoren durch Hamburg rollen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Abschließend möchte ich auf den Antrag zu sprechen kommen, über den wir heute debattieren. Sie fordern einen Senatsbericht ein.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Weggen. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal.

Jenny Weggen (fortfahrend): – Danke schön.

Sie fordern in Ihrem Antrag einen Senatsbericht ein, der sowieso in Kürze vorliegen wird.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Was heißt denn in Kürze? In einem Jahr, in einem halben Jahr?)

Wir überweisen den Antrag gern schon einmal, dann können wir beide Drucksachen demnächst gemeinsam im Innenausschuss diskutieren. Wir

(Jenny Weggen)

möchten auch gern, dass der Umweltausschuss dazu eingeladen wird, da die vorherige Diskussion auch im Umweltausschuss stattgefunden hat. Dass er jetzt nicht pünktlich zum 30. Oktober auf dem Tisch lag, ist natürlich bedauerlich, es ist aber auch nicht so problematisch, da der Beschluss bereits umgesetzt wird. Unser Antrag hat gefordert, den Handlungsspielraum auszuschöpfen, den wir haben, nämlich für eine Sicherheit zu sorgen, die so lückenlos wie möglich ist. Es hat bereits Schwerpunktkontrollen von Uranhexafluoridtransporten gegeben. Alles Weitere können und sollten wir diskutieren, wenn der Senatsbericht vorliegt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Weggen, ich könnte eigentlich nur noch klatschen und würde mich freuen, wenn Sie dieses Engagement, das Sie gegen den Castortransport nach Russland an den Tag gelegt haben, auch bei Ihrer Zuständigkeit für die Atomtransporte in Hamburg anwenden würden. Wir würden uns auch wünschen, dass Sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, um sie zu reduzieren oder zu stoppen. Das wäre ein guter Weg.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Trepoll, dass Sie sich dafür entschuldigt haben, dass der Senat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und Sie die Schuld auf sich nehmen, einen falschen Antrag gestellt zu haben, ist eine nette Geste, das muss ich sagen.

(Wolfgang Beuß CDU: So sind wir!)

– Ja, manchmal sind Sie so, Herr Beuß, aber nicht immer.

Ich frage Sie ganz ehrlich: Wenn wir den Antrag an den Innenausschuss überweisen, was passiert dann? Wir haben demnächst die Haushaltsberatungen, die im April abgeschlossen werden. Sie wissen genauso gut wie ich, dass dieser Antrag frühestens im Mai auf die Tagesordnung kommt. Das heißt, diese Vertagung bedeutet einzig und allein, dass notwendige Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, noch weiter nach hinten geschoben werden.

(Antje Möller GAL: Nein, das stimmt nicht!)

Am 31. März ist beschlossen worden, dass es gemacht werden soll. Sieben Monate hatten Sie Zeit. Dann sagten Sie eben noch, dass die Verstärkung der Kontrollen allerhöchste Priorität habe. Am 2. August 2008 wurde aus dem Hamburger Hafen ein überladener Urantransport losgeschickt, der dann später irgendwo auf der Straße gestoppt wurde, weil er 9 Tonnen zu viel geladen hatte. Im März 2010 wurde dieser legendäre Rostcontainer

mit Uranhexafluorid gefunden. Ich möchte daran erinnern, was der Senat sagte, dass sich Unfälle mit gefährlichen Gütern jederzeit und an jedem Ort der Stadt ereignen könnten und sie auch in 30 Metern Entfernung von Wohnhäusern stattfinden könnten.

Ich weiß nicht, ob Sie mir vorhin zugehört haben. Grade zu dem ersten Punkt, verstärkte Kontrollen durchzuführen, von dem Sie sagen, der Senat würde dies tun, Sie seien da dran und das wäre Ihnen ganz wichtig, hat Frau Weggen vor zehn Tagen eine Antwort auf eine Kleine Anfrage bekommen, nach der keinerlei erhöhte Kontrollen vorgenommen werden und es nicht einmal die Vorgabe gibt, diese Kontrollen in der Häufigkeit der Stichproben zu erhöhen. Insofern habe ich den Eindruck – auch wenn Sie sich so nett entschuldigen –, dass bisher überhaupt nichts passiert ist und Sie nicht durch eine gründlichere Arbeit für Sicherheit sorgen wollen. Sie nehmen billigend in Kauf, dass jeden Tag etwas passieren kann, und das finden wir gefährlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Thomas Böwer SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/7672 an den Innenausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 19/7671, Antrag der SPD-Fraktion: Evaluation der Hochschule der Polizei noch in den Haushaltsberatungen vorlegen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Evaluation der Hochschule der Polizei noch in den Haushaltsberatungen vorlegen
– Drs 19/7671 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion über Ihren Kulturkahlschlag hat die letzten Wochen dominiert und überdeckt, dass auch in anderen Ressorts ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Dressel. – Ich möchte nochmals bitten, Ruhe zu bewahren, damit man den Redner verstehen kann. Sie können die Gespräche gern außerhalb des Saals fortführen. – Ich danke.

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): – Ich kann auch noch etwas lauter reden, damit alle mich verstehen.

Die Diskussion um den Kulturkahlschlag hat in den letzten Wochen überdeckt, dass auch in anderen Ressorts an einigen Stellen durchaus zweifelhafte Kürzungsideen versteckt sind. Aber keine Sorge, in den Haushaltsberatungen der nächsten Wochen werden wir die Luftbuchungen und nicht gedeckten Schecks herausarbeiten. Vielleicht wird auch schon diese Debatte dazu beitragen.

Im Innenressort haben Sie 17 Punkte auf eine Liste gesetzt. 120 Millionen Euro sollen mit dieser sogenannten Sparliste zusammenkommen, die so geniale Einfälle wie die Blaulichtsteuer – offenbar ein Urlaubssouvenir von Herrn Voet van Vormizeele aus Österreich – oder die Kostenbeteiligung bei Großveranstaltungen – eine Sparidee, die wahrscheinlich platzen wird – enthält.

Eine weitere Idee bezieht sich auf die Hochschule der Polizei. Ich zitiere aus Ihrer wolkigen Pressemitteilung:

"Eine Kooperation der Hochschule der Polizei sowie der Feuerwehrazademie Hamburg [...] mit anderen Einrichtungen im norddeutschen Raum wird angestrebt, um Aufwendungen zu reduzieren."

Dabei ist völlig unklar, welches Volumen dahinter steht.

Zusammen mit der GAL haben wir in der letzten Wahlperiode sehr intensiv über die Fragestellung Hochschule der Polizei diskutiert und vieles kritisiert, als das Gesetz über die Hochschule der Polizei auf den Weg gebracht wurde; ich will das gar nicht alles wieder in Erinnerung rufen. Wir haben über die Besetzung des Präsidentenamtes diskutiert und darüber, ob eine Hochschule in dieser Größenordnung überhaupt in der Lage ist, ihre Aufgabe effizient wahrzunehmen. Mir fällt dazu immer das Wort des Kollegen Schäfer von der Bon-sai-Hochschule ein. Die Frage ist in der Tat berechtigt, ob man eine Hochschule dieser Größenordnung vernünftig betreiben kann. Wir hatten Fragen zur demokratischen Verfasstheit dieser Hochschule, zu ihrer fachlichen Tiefe und ihrem wissenschaftlichen Anspruch. Zu allem Überfluss haben Sie damals die Alimentation im Grundstudium gekappt, was ein echter Nachteil ist, wenn es darum geht, Seiteneinsteiger für die Polizeiausbildung zu gewinnen. Ein weiterer kritischer Punkt war die Zusammenfassung von Polizeiausbildung und privatem Sicherheitsmanagement, die wir für ein Risiko gehalten haben. Es gab also viele Fragezeichen.

In einem Punkt gab es aber durchaus eine Bereitschaft, darüber nachzudenken, nämlich die Frage der Kooperation im norddeutschen Raum. Angesichts Ihrer Haushaltsnotlage wollen Sie nun auch über eine solche Kooperation nachdenken. Das ist

einerseits begrüßenswert, wenn Sie das allerdings nur machen, um Einsparungen zu generieren, ist es gefährlich. Das Vertrauen der Menschen und der Politik in die Arbeit der Polizei fußt im Wesentlichen auf der Kompetenz unserer Polizeibeamten. Nur fundiert und sorgfältig aus- und fortgebildete Polizeibeamte sind in der Lage, ihren Job gut zu machen. Die ständig wachsenden Anforderungen müssen sich in ihrer Aus- und Fortbildung niederschlagen. Strukturentscheidungen im Bereich der Polizeiausbildung dürfen sich niemals allein auf Einsparzielen gründen. Ziel muss es sein, Polizeibeamte bestmöglich auszubilden.

Wir sind deshalb alarmiert von den Gerüchten, dass Sie die Hochschule der Polizei auf Akademieniveau herunterschrauben wollen. Davor haben wir schon damals, als die Hochschule eingerichtet wurde, gewarnt. Eine solche Lösung wird den fachlichen Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb erwarten wir von Ihnen ein klares Bekenntnis dazu, dass bei der Qualität der Polizeiausbildung in Hamburg der Rotstift nicht angesetzt wird; das sollten Sie klarstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind durchaus offen für Kooperationsüberlegungen im Norden. Legen Sie eine valide Evaluation vor, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Wenn Sie Strukturentscheidungen treffen und zu Veränderungen im norddeutschen Raum kommen wollen, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Evaluation. Wir erinnern gern an Ihren Koalitionsvertrag, Frau Möller, in dem – sicherlich auf Druck von Ihnen – ein Prüfauftrag festgeschrieben wurde. Wenn man an der Struktur arbeiten, Veränderungen herbeiführen und eventuell mit anderen Einrichtungen zusammengehen will, dann wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, mit der Evaluation anzusetzen. Was lief gut, was lief schlecht? Haben sich unsere Befürchtungen bestätigt oder sind sie widerlegt worden? Hat sich der Studiengang Sicherheitsmanagement in dieser Form bewährt oder haben sich die damals von uns genannten Risiken realisiert? Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für die Beantwortung dieser Fragen.

Ich habe gerade vor dieser Beratung mitbekommen, dass die Innenbehörde die Konkretisierung der Konsolidierungsbeschlüsse nicht abgeschlossen hat und noch Zeit braucht, um diese weiter auszuarbeiten. Insofern haben Sie durchaus Gelegenheit, trotz des von uns formulierten ehrgeizigen Zeitziels Dezember die Chance, das nachzulegen, damit eine vernünftige Evaluation vorgelegt werden kann.

Ich möchte zum Abschluss zitieren, was wir seinerzeit in den Ausschussberatungen zur Hochschule der Polizei vonseiten der GAL gehört haben – ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll –:

"Abschließend unterstrichen sie ..."

(Dr. Andreas Dressel)

– nämlich die GAL, Frau Möller und wahrscheinlich auch ihre Kollegin Frau Opitz –

"... ihren Wunsch nach einer sorgfältigen und frühzeitigen Evaluierung der ersten Jahre der gemeinsamen Studiengänge."

Die Studiengänge sind jetzt einmal durchgelaufen. Es wäre richtig, nun auch diese Evaluation vorzulegen, damit wir eine vernünftige Grundlage haben, um zu entscheiden, wie es mit der wichtigen, unverzichtbaren Polizeiausbildung in Hamburg weiter geht.

Herr Ahlhaus hat vor seiner Wahl zum Bürgermeister gesagt, der Koalitionsvertrag gelte mit Punkt und Komma. Unser Antrag soll Sie daran noch einmal erinnern. Eine Evaluation muss vorgelegt werden; das ist unser Vorschlag und ich bin gespannt, wie Ihre Reaktion darauf ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Dressel hat seinen Beitrag mit dem schönen Satz begonnen, er könne gerne ein wenig lauter sprechen, dann verstünden ihn alle. Wenn ich meine Kollegen – viele Sozialpädagogen – sehe, dann fällt mir immer der schöne Satz ein: Ich höre Sie wohl, aber verstehen tue ich Sie nicht. So erging es mir mit dem, was Sie gerade vorgetragen haben. Gehört haben wir Sie wohl, verstanden haben wir Sie eigentlich nicht bei dem, was Sie uns vorgelegt haben.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Das ist schon seit Jahren so!)

– Wie schön, dass das auch die SPD-Fraktion bestätigt; vielen Dank, Herr Dr. Schäfer.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Eindruck haben wir bei dem Kollegen Dressel schon häufiger gehabt.

Ich möchte trotzdem kurz auf das Thema eingehen und will dabei mit dem beginnen, was Sie am Ende gesagt haben. Sie haben selber sehr schön aus dem Protokoll der Beratungen zur Schaffung der Polizeihochschule zitiert und herausgestrichen, dass die Kollegen der GAL eine sorgfältige Evaluierung gefordert haben. Nun kann man vielleicht über den Begriff "sorgfältig" streiten, aber am 10. November einen Antrag beschließen lassen zu wollen, der eine Evaluierung vorsieht, deren Ergebnis im Dezember vorzulegen ist, fällt bei mir nicht unter den Begriff Sorgfalt. Das ist blanker Populismus und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben von uns gefordert, dass wir uns ohne Wenn und Aber zu der Qualität der Ausbildung der Hamburger Polizei bekennen. Das will ich gern tun, denn das ist ein wichtiges Anliegen für uns. Natürlich wollen und müssen wir in Hamburg Polizeibeamte auf dem höchstmöglichen Niveau ausbilden. Das tun wir heute und das werden wir in den nächsten Jahren ganz genauso tun. Das ist aber kein Grund für uns, nicht darüber nachzudenken, ob es nicht auch bei der Ausbildung von Polizeibeamten – hier reden wir nur über einen bestimmten Teil der Ausbildung, die Polizeihochschule – Möglichkeiten der Synergien und der gemeinsamen Ausbildung gibt; Verbesserungen, die nicht die Qualität beeinträchtigen, wohl aber die Kostenfaktoren beeinflussen. Darum geht es uns und darüber werden wir uns, das hat sich die Koalition vorgenommen, in den nächsten Wochen und Monaten in aller Ruhe und Sorgfältigkeit Gedanken machen. Es geht nicht darum, die Ausbildung nach unten zu ziehen, sondern darum, die Ausbildung auf einem hohen Niveau sicherzustellen, aber genau auszuloten, wo Einsparpotenziale sind, die ohne eine Beeinträchtigung der Ausbildungsqualität genutzt werden können. Das werden wir in aller Ruhe tun und dabei wird es, das hat sich die Koalition bewusst vorgenommen, keinerlei Denkverbote geben. Wir sind für alle Lösungen offen.

Es wird in diesem Rahmen irgendwann eine Drucksache dazu geben und dann können wir gern im Plenum und in den Ausschüssen darüber streiten, ob der Weg, den wir Ihnen vorschlagen, Ihre Zustimmung findet oder ob Sie andere Ideen haben. Aber zu versuchen, die Debatte um die vermeintlich harten Einsparungen im Bereich Inneres dadurch erneut zu beleben, dass Sie als letzten Tagesordnungspunkt auf die Schnelle die Evaluierung eines so wichtigen Themas innerhalb von drei Wochen fordern, ist nicht die Art von Arbeit, die wir als sorgfältig bezeichnen würden. Das ist kein ernstgemeinter Antrag, sondern ein Show-Antrag und deshalb werden wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, ich muss es leider auch so sagen wie Herr van Vormizeele:

(Wilfried Buss SPD: Was? Da sind wir jetzt überrascht!)

Die Formulierung, es sei geboten, kurzfristig eine valide Entscheidungsgrundlage für die Bürgerschaft zu schaffen, und zwar innerhalb von vier Wochen, führt dazu, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

(Antje Möller)

(Jan Quast SPD: Und wenn wir zwölf sagen? – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir können das gerne verdoppeln, wenn Sie das möchten!)

Feilschen ist der falsche Weg. Der richtige Weg ist, dort anzusetzen, wo wir in der letzten Legislaturperiode – Sie haben es geschildert – mit unserer gemeinsamen Kritik am Konzept der Polizeihochschule aufgehört haben. Es werden Vorschläge zu Kooperationen oder Zusammenlegungen kommen. Sie haben von Akademie gesprochen; für mich wäre eher das Stichwort HAW spannend, Zusammenlegung mit oder Eingliederung in die HEW.

(Dr. Andreas Dressel SPD: HAW! Sie haben HEW gesagt!)

– Das ist etwas anderes; vielen Dank.

Das ist die spannendere Debatte. Dafür brauchen wir vielleicht sogar die alten Unterlagen aus der Expertinnen- und Expertenanhörung.

Ich gehe davon aus, dass wir eine inhaltliche Erläuterung bekommen werden, wenn wir einen konkreten Einsparbetrag für die Haushaltsberatungen 2011/2012 genannt bekommen. Dann können wir uns darüber unterhalten, welche Kooperationsmodelle möglich sind, und das geht natürlich nur aufgrund einer Evaluation der jetzigen Situation. Wir machen uns etwas vor, wenn wir Ihnen folgen und in vier oder auch acht Wochen, wie Sie jetzt angeboten haben, etwas vorlegen würden. Es geht darum, dass das Ziel erreicht wird. In diesem Fall heißt das, verschiedene Kooperationsmöglichkeiten und strukturelle Veränderungsmöglichkeiten zu überprüfen mit dem Ziel, die fachliche Qualität der Ausbildung mindestens zu erhalten, wenn nicht sogar in dem einen oder anderen Bereich zu ergänzen, und dabei möglicherweise noch etwas einsparen zu können.

Einen Aspekt möchte ich noch erwähnen, weil Sie auf den Koalitionsvertrag eingegangen sind. Wir haben tatsächlich ein kleines, aber nicht unwichtiges strukturelles Element der Hochschule der Polizei verändert. Sie mögen sich daran erinnern – zumindest die Damen und Herren, die das Thema interessiert –, dass wir lange über die fehlende Freiheit von Wissenschaft und Lehre in dieser kleinen Universität gestritten haben.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte nochmals um Ruhe. – Danke.

Antje Möller (fortfahrend): Inzwischen hat sich an dieser Stelle zumindest eines verändert: Die fachliche Zuständigkeit in Bezug auf das Bewerten von Wissenschaft und Lehre, um das einmal so unfachlich zu sagen, liegt nicht mehr bei der Polizei,

was damals einer der Hauptkritikpunkte war, sondern bei der Innenbehörde. Das ist sicher keine Evaluation, aber eine kleine strukturelle Veränderung, die ich nicht ganz unwichtig finde und die vielleicht untergegangen ist.

Wir sind uns einig, dass wir, wenn wir über einen neuen, veränderten Haushaltstitel mit anderen Zahlen reden, die Möglichkeit haben müssen, die unterschiedlichen Vorstellungen zu Kooperationen und strukturellen Veränderungen zu diskutieren, aber wir können nicht beschließen, dass das in vier Wochen vorliegen muss.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir unterstützen den SPD-Antrag, weil wir das Anliegen der Evaluation jetzt und nicht erst in einem Jahr, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, unterstützen. Wir sind allerdings auch, das möchte ich deutlich sagen, sehr skeptisch in Bezug auf die Fristsetzung 15./16. Dezember. Die Zeit für eine Evaluation auf wissenschaftlicher Grundlage, wie im Gesetz vorgesehen, ist damit eigentlich zu knapp.

Aber anders als Sie, Herr van Vormizeele, bin ich der Meinung, dass das Problem beim Senat liegt, denn der Senat hat beschlossen, eine Kooperation der Hochschule der Polizei mit anderen Einrichtungen im norddeutschen Raum anzustreben. Entsprechende Haushaltsbeschlüsse schaffen dann Fakten, die die gesetzlich für das nächste Jahr vorgeschriebene Evaluation entwerten, weil Schlussfolgerungen dann möglicherweise gar nicht mehr gezogen werden können. Gegen länderübergreifende Kooperation ist aus unserer Sicht im Prinzip nichts einzuwenden, auch nicht gegen Einspareffekte. Aber es muss bei der Evaluierung der Hochschule und der anschließenden Diskussion ihrer Schlussfolgerungen um die Standards der Polizeiausbildung gehen, und die dürfen nicht unter dem Vorbehalt schon getroffener Vereinbarungen und beschlossener Einsparungen stehen. Deshalb halten wir es für außerordentlich sinnvoll, die Evaluation vor irgendwelchen anderen Schritten, die dann Fakten schaffen, durchzuführen.

Vor der Gründung der Hochschule der Polizei hat es – der SPD-Antrag weist darauf hin, Herr Dressel hat es gesagt und Frau Möller hat es bestätigt – kontroverse Diskussionen gegeben, die ich alle nachlesen musste, weil ich nicht an ihnen teilnehmen konnte. Diese Diskussionen waren sehr spannend. Die inhaltlichen Kontroversen, um die es damals ging, sind auch heute nicht erledigt. Deshalb erhoffen wir uns von einer Evaluation, wenn sie auf wissenschaftlicher Grundlage, das heißt unabhängig und extern, erfolgt, wichtige Hinweise für die

(Christiane Schneider)

weitere Diskussion und die Ausgestaltung der Polizeiausbildung.

Ich kann mir nicht verkneifen, einen grundsätzlichen Gesichtspunkt anzusprechen, den Sie, Frau Möller, auch ganz leicht haben anklingen lassen. Die immer wieder erhobene Forderung, alle nicht spezifisch polizeilichen Ausbildungsinhalte der Ausbildung der Polizeibeamten an die Hochschulen oder allgemeinen Fachhochschulen zu verlagern, ist bis heute nicht verstummt. Hamburg hat mit der Gründung der Hochschule der Polizei einen anderen Weg eingeschlagen, trotz des Gutachtens, das vor einem guten Jahrzehnt vom seinerzeitigen Innensenator Wrocklage und der damaligen Wissenschaftssenatorin Krista Sager ausgearbeitet wurde und das sich für die Externalisierung der Polizeiausbildung ausgesprochen hat. Dieses Gutachten ist leider nicht mehr aufzufinden.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Schneider. Ich möchte noch einmal im Saal um Ruhe bitten, auch wenn wir uns langsam dem Ende der Sitzung nähern. Geben Sie der Rednerin die Gelegenheit, sich in Ruhe zu äußern. – Vielen Dank.

Christiane Schneider (fortfahrend): – Herzlichen Dank.

Wir bestreiten nicht, dass in den Studiengängen der Polizeihochschule eine Reihe externer Aspekte aufgenommen sind und dadurch entsprechende Kompetenzen für die Lehre gewonnen werden. Unser Leitbild ist aber eine Polizei, die sich schon in der Ausbildung mit anderen, insbesondere mit gegensätzlichen Positionen, Sichtweisen, Denkhaltungen und Verhaltensmustern auseinandersetzt und dadurch sensibilisiert in die Wirklichkeit des Polizeidienstes geht. Dafür ist es unseres Erachtens notwendig, dass die Ausbildung in gesellschaftliche Strukturen eingebunden wird. Es ist notwendig, dass die angehenden Polizeibeamten in ihrer Ausbildung in die Kooperation aller Fachrichtungen, die im weiten Sinne mit der Problematik Sicherheit und abweichendes Verhalten befasst sind, eingebunden sind.

Nun zu den einzelnen kritischen Punkten, die eine Evaluation in unseren Augen tatsächlich ziemlich dringend machen. Die Hochschule der Polizei ist dem Anschein nach eine demokratisch verfasste Hochschule. Sie hat, genauso wie die anderen Hamburger Hochschulen, einen Präsidenten, einen Hochschulrat und einen Hochschulsenat. Aber wenn man sich die Hochschule genauer ansieht – ein Blick in das Gesetz und die Grundordnung der Hochschule hilft dabei –, erkennt man schnell, dass die demokratische Verfassung vor allem Fassade ist. Der Präsident wurde von der CDU für fünf Jahre eingesetzt und nicht gewählt. Im Hochschul-

rat sitzt die Handelskammer und nicht die Gewerkschaft der Polizei. Im Gesetz der Hochschule der Polizei wird die Wissenschaftsfreiheit negiert und die von CDU und GAL so gepriesene Hochschulautonomie gibt es nicht. Stattdessen wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, Frau Möller hat es angesprochen, dass die Fachaufsicht für die Polizeihochschule in die Innenbehörde verlagert wird. Das wurde zum 1. Januar 2009 umgesetzt. Nach dem Gesetz über die Hochschule der Polizei hat die Behörde die Rechtsaufsicht über die Hochschule und das ist richtig und wichtig. Wenn aber die Innenbehörde auch die Fachaufsicht über die Hochschule der Polizei hat, dann ist das vielleicht ein Fortschritt gegenüber den Zeiten, als die Polizei die Fachaufsicht hatte, aber so richtig kann man da nicht von Freiheit von Wissenschaft und Lehre sprechen; das ist ein Etikettenschwindel.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel und Dr. Monika Schaal, beide SPD)

Ich möchte betonen: Fachaufsicht ist keine Rechtsaufsicht. Fachaufsicht bedeutet, dass die Hochschule der Polizei von der Innenbehörde nicht nur kontrolliert wird, ob sie sich an Recht und Gesetz hält – das entspricht der Rechtsaufsicht –, sondern einer zusätzlichen Zweckmäßigkeitskontrolle unterliegt, bei der die Art und Weise der Aufgabenerfüllung überwacht wird. Wissenschaft und Forschung sind da eben nicht frei.

Interessanterweise ist in Paragraph 3 der Grundordnung der Hochschule der Polizei Hamburg festgelegt – ich zitiere –:

"Die Hochschule, ihre Mitglieder und Angehörigen sind gehalten, die durch Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes verbürgte Freiheit in Lehre, Studium und Forschung [...] zu nutzen und zu bewahren."

Was ist das denn für eine Formulierung, gehalten, das Grundgesetz zu beachten und es zu nutzen? Ich finde, das ist sehr merkwürdig.

Die Evaluation muss die Realität der Freiheit von Forschung und Wissenschaft an der Polizeihochschule analysieren und bewerten. Die fast vierjährige Praxis der Polizeihochschule dürfte dafür unseres Erachtens ausreichend sein.

Ich komme zum letzten Punkt – zum vorletzten Punkt. Ein kleiner Scherz muss sein; ich habe gewusst, dass Sie so reagieren.

Nicht beachtet bei der Einrichtung der Hochschule der Polizei wurden die erheblichen Einwände gegen die Ausbildung von Polizei und privatem Sicherheitsgewerbe in einem gemeinsamen Ausbildungsgang. Mit dieser Praxis wird verwischt, wie ein Experte in der seinerzeitigen Anhörung zu Recht anmerkte, dass es die Polizei ist, der im Inneren das staatliche Gewaltmonopol obliegt.

(Christiane Schneider)

Die Konstruktion, dass Handelskammer und Unternehmensverbände über eine Trägersgesellschaft die Durchführung des Studienganges Sicherheitsmanagement und die Übernahme der Kosten deckung gewährleisten, halten wir für sehr fragwürdig. Wir sind, ich sagte es bereits, bei der Ausbildung der Polizei für die Kooperation der verschiedenen, mit Sicherheit im weitesten Sinne befassten Fachrichtungen. Dieser Kooperationsgesichtspunkt ist durch das Public- Private-Partnership-Unternehmen Hochschule der Polizei aber doch etwas pervertiert.

Meine Damen und Herren! Ich habe diese kritischen Punkte angesprochen, um zu unterstreichen, dass eine Evaluation jetzt in unseren Augen mehr als sinnvoll ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/7671 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle das Ende des Sitzungstages fest und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 19.56 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Olaf Böttger, Hanna Gienow und Klaus-Peter Hesse